

A1NEU Präambel

Antragsteller*innen:

Text

1 Unterschiedliche Wege in die Zukunft sind nicht nur möglich, sie sind bereits im
2 Heute
3 angelegt. Genauso wie der Mensch die Macht hat, die Welt zu zerstören, hat er
4 auch die
5 Macht, sie zu einem besseren Ort für alle zu machen. Wir haben es selbst in der
6 Hand.

7 Politik ist, sich zusammensetzen und für eine bessere Zukunft einzustehen. Als
8 Partei eint
9 uns das Wertefundament dieses Grundsatzprogramms, eine geteilte Grundhaltung zu
10 der Welt,
11 wie sie ist und wie sie sein könnte. Ein Leben in Würde und Freiheit zu
12 ermöglichen, heute
13 wie übermorgen, überall auf diesem Planeten, den wir gemeinsam bewohnen, ist
14 unser Ziel.

15 So vielfältig, wie wir sein wollen, so offen müssen unsere Arme sein
16 mitzumachen, zukunftsfähige und nachhaltige Bündnisse
17 mit Demokrat*innen zu schmieden. Wir haben uns zusammengeschlossen, weil wir
18 darauf vertrauen, dass unsere Politik
19 den Unterschied machen kann.

A2NEU Grundwerte: Die Werte, die uns einen

Antragsteller*innen:

Text

- 20 (1) Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und
21 Freiheit. Jeder
22 Mensch ist einzigartig und frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Die
23 universellen
24 und unteilbaren Menschenrechte sind Anspruch und Maßstab unserer Politik.
- 25 (2) Die Werte, die unsere Politik tragen, sind Ökologie, Gerechtigkeit,
26 Selbstbestimmung,
27 Demokratie und Frieden. Dieses Fundament bildet für uns die Grundlage für eine
28 solidarische
29 Gesellschaft, in der sich die Freiheit der und des Einzelnen auch in der Achtung
30 der Anderen
31 als Gleiche sowie in ihrer Würde und Freiheit entfaltet.
- 32 (3) Diese Werte, die auf dem Prinzip der Menschenwürde beruhen, ergänzen sich
33 nicht nur, sie
34 stehen mitunter auch im Widerstreit. Werteorientierte Politik braucht also
35 Gespräch und
36 Streit, Gestaltung und Erneuerung. Nur ein geschlossenes Weltbild kennt keine
37 Widersprüche.
38 Eine demokratische Gesellschaft realisiert sich weder in Werte- oder
39 Regellosigkeit noch in
40 starren Dogmen, sondern indem das Verhältnis der Werte zueinander immer wieder
41 konkret
42 ausverhandelt wird. Das ist grundlegende Voraussetzung für die Legitimität von
43 Politik.
- 44 (4) Politik gestaltet die Wirklichkeit im Heute für das Morgen, im Bewusstsein
45 für das
46 Gestern und in der Verantwortung für zukünftige Generationen. Ohne Woher kein
47 Wohin. Wir blicken nach vorne, im Wissen um die geglückten
48 Erfahrungen und Katastrophen unserer Geschichte. Als Europäer*innen handeln wir
49 im
50 Bewusstsein einer Verantwortung für globale Gerechtigkeit auf Grundlage der
51 Bürger- und
52 Menschenrechte, wie sie sich in Deutschland im Grundgesetz manifestieren. Die
53 Lehren aus den
54 Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Verpflichtung.
- 55 (5) Unsere Politik richtet sich an alle Menschen. Wir verstehen uns als
56 Bündnispartei, die
57 auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen offen ist für unterschiedliche
58 Erfahrungen,
59 Vorstellungen und Ansätze. Sie orientiert sich nicht an der Summe einzelner
60 Interessen oder
61 einzelner Gruppen, sondern verbindet verschiedene Interessen zu einer
62 gemeinsamen Vision für
63 die Zukunft. Das kann anstrengend sein, aber nur so entsteht aus den vielen

64 verschiedenen
65 Erfahrungen und Ideen Neues.

66 (6) Jede Zeit hat ihre Aufgabe. Die Aufgabe unserer Zeit ist, eine krisenfeste
67 Gesellschaft
68 demokratisch zu gestalten. Dazu ist Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität,
69 Vorsorge und
70 Gerechtigkeit neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten. Um Krisen
71 zu meistern,
72 braucht es Zusammenhalt – in einer Gesellschaft, die allen Bürger*innen die
73 gleichen Rechte
74 und Möglichkeiten gewährt, die die Unterschiedlichkeit von Menschen und Regionen
75 als Stärke
76 und Wert begreift, die Minderheiten schützt und die Spannungen durch Respekt
77 ausgleicht. Wir
78 streben nach einem gemeinsamen Wir in einer vielfältigen Gesellschaft.

79 Ökologie

80 (7) Die Umwelt des Menschen zu schützen und zu erhalten ist Voraussetzung für
81 ein Leben in
82 Würde und Freiheit. Sauberes Wasser und saubere Luft, Artenvielfalt und
83 fruchtbare Böden
84 sind notwendige Bedingungen für unsere Entfaltungsfreiheit und Emanzipation.
85 Eine Politik,
86 welche die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, erhält die Möglichkeit zur
87 Selbstbestimmung
88 für uns und künftige Generationen. Das 21. Jahrhundert ist das Zeitalter des
89 Anthropozän.
90 Darin ist der Mensch zum entscheidenden Einflussfaktor dafür geworden, wie sich
91 unsere Erde
92 verändert. Die Natur braucht uns nicht. Wir brauchen sie.

93 (8) Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Leitlinie unserer Politik. Denn
94 wenn wir durch
95 unser Handeln die ökologischen Belastungsgrenzen in Bereichen wie Artenvielfalt,
96 Klimaerhitzung oder Meeresversauerung überschreiten, sind die Stabilität unseres
97 Ökosystems
98 und die Lebensgrundlagen der Menschen gefährdet. Es ist unsere Aufgabe, uns
99 durch
100 sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt zum Wohle der
101 Menschen so
102 nachhaltig weiterzuentwickeln, dass wir unsere Lebensgrundlagen bewahren und den
103 Weg in die
104 ökologische Moderne einschlagen.

105 (9) Wir haben nur diese eine Erde, in ihrer Schönheit und natürlichen Vielfalt.
106 Menschen
107 sind nicht die einzigen Lebewesen, die fühlen. Daher ist es Pflicht für uns
108 Menschen, das
109 Wohl von Tieren und die gesamte lebendige Natur zu schützen.

110 (10) Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für Gesundheit. Der Erhalt unserer
111 natürlichen
112 Lebensgrundlagen und die Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise verhindern
113 massive
114 Gesundheitsschäden und schützen im Sinne der Vorsorge die Gesundheit zukünftiger
115 Generationen.

116 (11) Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Ziel einer nachhaltigen
117 Entwicklung
118 ist auch die ökologische Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Es ist unsere
119 Verpflichtung, ihnen faire Handlungsspielräume und Entscheidungsfreiheiten zu
120 ermöglichen.

121 (12) Die Klimakrise und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen verschärft
122 bestehende
123 Ungleichheiten und trifft damit insbesondere Frauen. Ökologische Maßnahmen
124 müssen von Frauen
125 mitgestaltet werden. Nachhaltigkeit bedeutet auch Geschlechtergerechtigkeit.

126 (13) Unter der Zerstörung der Natur leiden diejenigen früher und am stärksten,
127 die dazu am
128 wenigsten beitragen und ihr am wenigsten entgehen können. Wo reiche Menschen
129 sich noch
130 teilweise anpassen können, spüren andere die Folgen mit brutaler Härte. Ökologie
131 und
132 Klimapolitik sind eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Jedoch können
133 ökologische
134 Maßnahmen in Widerspruch zu sozialen Interessen geraten. Daher muss ökologische
135 Politik
136 soziale Interessen immer miteinbeziehen.

137 (14) Wir denken Ökologie global. Ein Leben in Würde und Freiheit bedeutet ein
138 Recht aller
139 Menschen auf Selbstbestimmung und Teilhabe. Globale Umweltgerechtigkeit nimmt
140 die
141 historische Verantwortung der Industriestaaten für die Zerstörung der Umwelt in
142 den Blick.
143 Deshalb sind wir in der Pflicht, die ökologischen und sozialen Kosten unseres
144 Wirtschaftens
145 zu reduzieren, statt sie in andere Weltregionen zu verlagern, sowie diejenigen
146 zu
147 unterstützen, die schon heute stark von Umweltzerstörungen betroffen sind und
148 das in Zukunft
149 noch stärker sein werden.

150 (15) Eine nachhaltige Wirtschaftsweise schützt nicht nur Lebensgrundlagen,
151 sondern erhöht
152 auch Wohlstand und Lebensqualität. Das erfordert eine grundlegende
153 Dekarbonisierung unserer
154 Wirtschaft und unserer Lebensweise, für die in den kommenden
155 Jahrzehnte erhebliche
156 Investitionen notwendig sind.

157 (16) Der Weg in die ökologische Zukunft sichert Demokratie und Selbstbestimmung
158 für heute
159 und für künftige Generationen. Sonst verlieren wir, was wir mit dem Klima
160 schützen: Freiheit
161 und Würde. Demokratische Verfahren bringen die Kreativität und den
162 gesellschaftlichen
163 Zusammenhalt hervor, die es zur Bewältigung der ökologischen Krisen braucht.

164 **Gerechtigkeit**

165 (17) Die Würde und Freiheit des Menschen werden in einer gerechten und
166 solidarischen
167 Gesellschaft verwirklicht. Solidarität schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt.
168 Gerechtigkeit heißt für uns gleiche und größtmögliche Freiheit für alle. Sie ist
169 die
170 Grundlage für ein gutes Leben.

171 (18) Gerechtigkeit bedeutet mehr als ein Leben ohne Armut. Soziale Gerechtigkeit
172 braucht
173 einen starken Sozialstaat, der nicht nur materielle Sicherheit und Teilhabe
174 gewährleistet
175 und Menschen vor Armut schützt, sondern über starke öffentliche Räume und
176 Institutionen die
177 Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, glückliches Leben schafft. Jeder
178 Mensch hat das Recht auf
179 materielle Sicherheit und soziale Teilhabe sowie ein Leben frei von
180 existenzieller Not.

181 (19) Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht, gleichberechtigt am
182 gesellschaftlichen Leben
183 teilzunehmen. Das verlangt starke öffentliche Räume und Institutionen – gute
184 Schulen,
185 Schwimmbäder und Sportplätze, Bibliotheken und Theater, einen gut ausgebauten
186 öffentlichen
187 Nahverkehr, Internetversorgung für alle, gute gesundheitliche Versorgung und
188 gleichwertige
189 Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land. In Zeiten der
190 Individualisierung, in der
191 sich viele Menschen einsam fühlen, sind solche Orte von besonderer Bedeutung.

192 (20) Die Finanzierung dieser gerechten Gesellschaft und einer starken
193 Daseinsvorsorge ist öffentliche Aufgabe.

194 (21) Gute Bildung ist Voraussetzung für Gerechtigkeit. Wir brauchen ein
195 ganzheitliches und
196 am Menschen ausgerichtetes Bildungssystem. Das Vertrauen, dass wir die Zukunft
197 für uns und
198 die Generationen nach uns bewahren und gestalten können, ist ein notwendiger
199 Antrieb für
200 gesellschaftlichen Fortschritt.

201 (22) Eine Gesellschaft ist dann sozial, wenn ihr Wohlstand gerecht verteilt ist.
202 Unregulierter Kapitalismus produziert Ungleichheit und Machtkonzentration. Zu

203 große
204 Ungleichheit bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft und damit einen Pfeiler
205 der
206 Demokratie. Aufgabe von Politik ist es, durch Regulierung, Investitionen und
207 Steuern
208 Ungleichheit zu reduzieren und einen Ausgleich zu schaffen. Große Vermögen
209 bringen soziale
210 Verpflichtungen mit sich.

211 (23) Alle Menschen sollen unabhängig unabhängig von geschlechtlicher und
212 sexueller Identitäten der Gesellschaft teilhaben können.
213 Gerechtigkeit bedeutet, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit, Einkommen, Zugang
214 zu Bildung,
215 Eigentum und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt sind.

216 (24) Wirtschaft dient dem Menschen und nicht andersherum. Soziales und
217 ökologisches
218 Wirtschaften schafft, im Rahmen der ökologisch vertretbaren Grenzen, Innovation
219 und Fortschritt und trägt so zu einer gerechten Gesellschaft
220 bei. Dafür braucht es gemeinsame Regeln, die fairen Wettbewerb ermöglichen und
221 die
222 Konzentration von Macht verhindern. Eine am Gemeinwohlorientierte, sozial-
223 ökologische Marktwirtschaft trägt dazu bei,
224 dass Menschen sich verwirklichen können, Informationen effektiv genutzt werden,
225 Wohlstand
226 zum Wohle aller und nicht auf Kosten zukünftiger Generationen, entsteht und die
227 Versorgung mit grundlegenden Gütern gewährleistet ist.

228 (25) Um globale Gerechtigkeit zu ermöglichen, muss das Weltwirtschaftssystem ein
229 sozial-
230 ökologisches werden, das nach demokratischen Regeln organisiert ist und auf der
231 Grundlage
232 von Kooperation und Solidarität beruht.

233 Selbstbestimmung

234 (26) Menschen begegnen sich als Gleiche – in ihren Rechten und ihrer
235 Würde. Selbst über das
236 eigene Leben bestimmen zu können, macht die Würde und Freiheit eines Menschen
237 aus. Politik
238 hat die Aufgabe, die Freiheit und das Recht zur Selbstbestimmung zu schützen.
239 Sie erkennt
240 Unterschiede an und verhindert undemokratische und damit ungerechtfertigte
241 Herrschaft.
242 Voraussetzung für Selbstbestimmung, Freiheit und eine freie Entfaltung ist eine
243 Gesellschaft, in der weder der soziale Status, das Geschlecht oder die Herkunft
244 noch die
245 Religion oder äußere Merkmale noch das Alter oder die körperliche Verfassung
246 noch die
247 sexuelle Orientierung oder die sexuelle Identität einen Einfluss darauf haben,
248 wer

249 dazugehört und wer nicht. Freiheit muss gesellschaftlich aktiv ermöglicht
250 werden.

251 (27) Selbstbestimmtes Leben ist auf soziale, rechtliche, demokratische und
252 ökologische
253 Voraussetzungen angewiesen, sonst bleibt es das Privileg weniger. Freie
254 Entfaltung braucht
255 Sicherheit und Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Informationelle
256 Selbstbestimmung und
257 informationstechnische Sicherheit sind im digitalen Zeitalter zu garantieren.

258 (28) Selbstbestimmtes Leben setzt wirtschaftliche Freiheit voraus. Die Freiheit,
259 den Beruf
260 zu wählen, Verträge zu schließen und ein Gewerbe oder Unternehmen zu gründen,
261 gehört dazu.
262 Jede und jeder hat das Recht, in einer Gewerkschaft für gute Arbeitsbedingungen
263 und Löhne zu
264 kämpfen. Wirtschaftliche Freiheit gewährleistet Eigentumsfreiheit, die sozial
265 verpflichtet.

266 (29) In einer Welt, die geprägt ist von steigenden Anforderungen an jede*n
267 Einzelne*n, in der alle immer
268 schneller, anpassungsfähiger und immer besser sein müssen, darf es auch Schwäche
269 geben.
270 Jeder Mensch verdient Wertschätzung und Anerkennung für seine individuellen
271 Lebensentscheidungen, solange sie nicht zulasten Dritter gehen.

272 (30) Freiheit bedeutet Verantwortung für sich selbst und für andere. Sie fordert
273 Individuen
274 und Gesellschaft heraus. Sie verlangt uns allen etwas ab. Freiheit und
275 Selbstbestimmung
276 finden ihre Grenze dort, wo durch sie anderen Menschen und zukünftigen
277 Generationen Freiheit
278 und Selbstbestimmung genommen werden. Nur demokratische und rechtsstaatliche
279 Verfahren
280 können die Einschränkung von Freiheit und Selbstbestimmung legitimieren.

281 (31) Eine gleichberechtigte Gesellschaft ist eine, in der Frauen selbstbestimmt
282 über ihr
283 Leben und ihren Körper entscheiden können. Das setzt die Emanzipation von
284 Verhältnissen der
285 Unterdrückung und der Gewalt voraus. Wir stehen an der Seite von Frauen, die
286 global für ihr
287 Selbstbestimmungsrecht streiten.

288 (32) Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie haben eigene Rechte auf
289 Förderung ihrer
290 Entwicklung, auf Schutz, Teilhabe und Bildung. Selbstbestimmung ist nur möglich,
291 wenn allen
292 Kindern und Jugendlichen gleiche Entwicklungs- und Teilhabechancen gegeben
293 werden.

294 Demokratie

295 (33) Demokratie heißt gleiche politische Freiheit für alle. Die Demokratie lebt
296 von

297 Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Deshalb braucht sie
298 Demokratinnen
299 und Demokraten. Demokratie steht nie still. Sie entwickelt sich immer weiter.
300 Demokratie ist
301 die Staatsform, die zur Selbstkorrektur in der Lage ist.

302 (34) Demokratie ist mehr als die Herrschaft der Mehrheit, denn sie garantiert
303 den Schutz von

304 Menschen-, Freiheits- und Minderheitenrechten auf Grundlage eines liberalen
305 Rechtsstaates.

306 Sie braucht Bürger*innen, die sie aktiv verteidigen und ihr immer wieder neue
307 Kraft geben.

308 Das ist der beste Schutz gegen die Zerstörung von innen.

309 (35) In einer Demokratie eignen sich Menschen ihre Zukunft gemeinsam an und
310 verwandeln

311 äußeres Geschehen in gemeinsame Entscheidungen. Demokratie ist anstrengend. Sie
312 braucht

313 respektvollen Streit genauso wie den Kompromiss. Voraussetzung für die
314 gleichberechtigte

315 Teilhabe aller ist die politische Gleichheit der Menschen, die durch Bürger- und
316 Menschenrechte garantiert wird. Demokratie braucht Freiheit und ist sogleich an

317 soziale

318 Voraussetzungen und Solidarität gebunden.

319 (36) Gewaltenteilung und ein starker Rechtsstaat tragen eine demokratische
320 Gesellschaft. Der

321 Rechtsstaat verankert das Gewaltmonopol des Staates und hegt es ein.

322 (37) Wir stehen für eine inklusive, vielfältige Demokratie. In einer immer
323 diverser

324 werdenden Gesellschaft sehen wir die Aufgabe, Unterschiede anzuerkennen und
325 Gleichberechtigung zu schaffen. Demokratie ermöglicht ein gesellschaftliches

326 Wir, das nicht

327 in Partikularinteressen auseinanderfällt. Sie wird reicher durch den Respekt vor
328 verschiedenen Erfahrungen.

329 (38) Allen geschlechtlichen Identitäten und Orientierungen kommt in der
330 Demokratie gleiche Gestaltungs- und Entscheidungsmacht

331 zu. Um Sie an allen demokratischen Prozessen gleichberechtigt zu beteiligen,
332 braucht es

333 Parität sowie Lebensbedingungen, die allen ermöglichen, Erwerbs- und
334 Familienarbeit sowie

335 gesellschaftliche und politische Arbeit zu vereinbaren.

336 (39) Demokratie ist eine öffentliche Angelegenheit. Der demokratische
337 Meinungsstreit braucht

338 eine starke und lebendige Zivilgesellschaft, Engagement und Bürgerbeteiligung,
339 starke und

340 freie Medien sowie gute Bildungseinrichtungen. Für die offene Auseinandersetzung

341 nach klaren
342 Regeln braucht Demokratie immer wieder Innovationen und Parteien, in denen sich
343 Menschen
344 zusammenfinden, um Meinungen zu bündeln und sich mit Programmen und Haltungen
345 der
346 öffentlichen Debatte und der Entscheidung zu stellen.

347 (40) Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich Menschen einmischen und
348 repräsentiert
349 sehen. Demokratie braucht Zugänge und auch direkte Beteiligung, um die
350 unterschiedlichen
351 Perspektiven und Positionen in den demokratischen Prozess einbringen zu können.

352 (41) Demokratie beruht auf nachvollziehbaren Entscheidungswegen und auf
353 Transparenz über
354 Einflussnahme – etwa durch Unternehmen, Lobbyismus oder andere Staaten. Ein zu
355 starker
356 Einfluss bestimmter Gruppen und ökonomischer Interessen untergräbt die
357 Eigenständigkeit und
358 Glaubwürdigkeit politischen Handelns und muss eingegrenzt werden.

359 (42) Der Schutz, die Förderung und die Gewährleistung der Menschenrechte sind
360 konstitutiv
361 für die Demokratie. Sie sind insbesondere in den Menschenrechtskonventionen der
362 Vereinten
363 Nationen, in der Europäischen Menschenrechtskonvention, in der Grundrechtecharta
364 der
365 Europäischen Union sowie im Grundgesetz verbindlich garantiert.

366 (43) Der Föderalismus in Deutschland ist eine Lehre aus dem düstersten Kapitel
367 unserer
368 Geschichte und verhindert zentralstaatliche Übergriffe auf die Bürgerrechte. Er
369 verpflichtet
370 zur Kooperation. Das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen sichert
371 demokratische und
372 soziale Stabilität. Es stärkt vielfältige Regionen und sorgt für eine nahbare,
373 ansprechbare
374 Politik. Im Streben nach gleichwertigen Lebensverhältnissen tragen Bund und
375 Länder
376 gemeinsame Verantwortung.

377 (44) Die europäische Integration ist grundlegend – sie zu einer Föderalen
378 Europäischen
379 Republik ökologisch, sozial und demokratisch weiterzuentwickeln ist
380 Voraussetzung und Teil
381 einer demokratischen Gestaltung globaler Fragen.

382 **Frieden**

383 (45) Gelebte Freiheit und garantierte Würde benötigen Frieden. Das Zusammenleben
384 der
385 Menschen fußt auf der Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei und friedlich zu lösen und
386 die

387 Menschenrechte aller zu wahren. Wo Gewalt friedliche Politik verneint, können
388 Menschenrechte
389 und Gewaltfreiheit in Konflikt geraten. Wir setzen auf die Mittel der Politik,
390 die dem Geist
391 der Kooperation in globaler Verantwortung entsprechen.

392 (46) Würde, Freiheit und Gleichheit ergeben sich aus der Universalität und
393 Unteilbarkeit der
394 Menschenrechte. Die verbrieften Menschenrechte sind nicht verhandelbar – weder
395 gegenüber
396 machtpolitischen oder wirtschaftlichen Interessen noch gegenüber einem
397 kulturellen
398 Relativismus. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Dies zu gewährleisten
399 ist
400 Verpflichtung nationaler und internationaler Politik. Wir tragen als
401 internationale
402 Gemeinschaft Verantwortung, gegen Menschenrechtsverletzungen und Völkermord im
403 Rahmen der Vereinten Nationen vorzugehen.

404 (47) Gewaltfreiheit ist mehr als die Nichtanwendung von physischer Gewalt,
405 Frieden mehr als
406 die Abwesenheit von Krieg. Kooperation, Dialog, demokratischer Ausgleich von
407 Interessen und
408 die Stärke des Rechts, genauso Multilateralismus, internationale Partnerschaft
409 und
410 europäische Einigung sind der Weg, um globale Herausforderungen, vor denen die
411 Menschheit
412 als Ganzes steht, zu bewältigen.

413 (48) Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Verwirklichung von Frauenrechten, der
414 Schutz vor
415 geschlechtsspezifischer Verfolgung und Diskriminierung sowie eine aktive
416 Mädchen- und
417 Frauenförderung in allen Bereichen sollen die internationale Politik leiten.

418 (49) Das vereinigte Europa ist ein einzigartiges Friedensprojekt. Gegen einen
419 autoritären
420 Nationalismus ist das Versprechen der europäischen Einigung auf Frieden,
421 Freiheit,
422 Solidarität und Stabilität wichtiger Anker multilateraler und
423 menschenrechtsorientierter
424 Politik in der Welt.

425 (50) Humanitäre Verantwortung und internationale Solidarität bestimmen unser
426 politisches
427 Handeln. Unser Ziel ist eine weltweite Ordnung mit internationalen
428 Institutionen. Sie soll
429 Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit sichern, Armut verringern, den
430 gleichberechtigten Zugang
431 zu globalen Gemeingütern ermöglichen, Demokratie fördern, die gleichberechtigte
432 Teilhabe von
433 Frauen und Minderheitengruppen garantieren und das Klima schützen, wie es in den

434 Zielen für
435 nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen vereinbart ist.

436 **Bündnispartei: Gemeinsam in Vielfalt**

437 (51) Als Bündnispartei einen uns die beschriebenen Grundwerte. Wir sind aus
438 verschiedenen
439 Wurzeln zusammengewachsen. Sie liegen in der Öko- und Anti-Atom-Bewegung, der
440 Frauen- und
441 Bürgerrechtsbewegung, der Lesben-, Schwulen-, Eine-Welt- und Friedensbewegung
442 sowie der
443 Freiheitsbewegung der friedlichen Revolution. Wir entwickeln uns seit vier
444 Jahrzehnten
445 stetig weiter – neue Menschen und neue Perspektiven kommen hinzu und geben
446 unseren Werten
447 und Zielen Kraft. Unsere Mitglieder und unsere Wähler*innen sind vielfältig. Die
448 Vielfalt
449 unserer Partei ist unsere politische Stärke.

A3NEU Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Antragsteller*innen:

Text

450 **Klima und Energie**

451 (52) Nach dem fossilen Zeitalter beginnt die ökologische Moderne. War der
452 Fortschritt der
453 Moderne bislang angetrieben von Kohle, Öl und Gas und verlagerte seine sozialen
454 und
455 ökologischen Kosten zu großen Teilen in andere Weltregionen und in die Zukunft,
456 geht es bei der weiteren Entwicklung heute darum, die natürlichen
457 Lebensgrundlagen zu bewahren sowie den
458 gegenwärtigen und kommenden Generationen weltweit ein Leben in Freiheit, Würde
459 und Wohlstand
460 zu ermöglichen. Je entschiedener und ökologisch nachhaltiger wir handeln, umso
461 mehr Freiheiten und Alternativen haben
462 wir in den kommenden Jahrzehnten.

463 (53) In der ökologischen Moderne ist das Prinzip der Nachhaltigkeit leitend. Die
464 natürlichen
465 Ressourcen dürfen demnach nur in dem Maße genutzt werden, wie sie sich auch
466 wieder erneuern
467 können. Das gilt für Technologien, Wirtschaftsweisen, für den privaten Verbrauch
468 und Konsum.
469 Konkret bedeutet das: Politische Entscheidungen müssen daran gemessen werden, ob
470 ihre Folgen
471 mit der Einhaltung der planetaren Grenzen vereinbar sind.

472 (54) Wir leben in Zeiten der Klimakrise. Der Anstieg der Meeresspiegel bedroht
473 das Leben an
474 den Küsten. Trockenheit und Wüstenbildung zerstören Lebensräume von Mensch und
475 Tier.
476 Hitzesommer und Wetterextreme sorgen für extreme Schäden und nehmen
477 lebensbedrohliche
478 Ausmaße an. Es ist Aufgabe der Menschheit, die Katastrophe so weit wie möglich
479 zu verhindern.
480 Leitlinie ist das Klimaabkommen von Paris, das vorsieht, die Erderhitzung auf
481 deutlich unter
482 zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad, zu begrenzen. Europa muss so schnell wie
483 möglich
484 Klimaneutralität erreichen. Deutschland als einem der größten Verursacher von
485 Treibhausgasen
486 kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Jedes Zehntelgrad weniger Erhitzung
487 zählt.

488 (55) Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist der Budget-Ansatz. Er zeigt auf, wie
489 viele
490 Treibhausgasemissionen jedes Land noch ausstoßen darf, um den eigenen Anteil am
491 Pariser

492 Klimaabkommen einzuhalten. Daraus folgt die Notwendigkeit, jeden Tag konkret zu
493 handeln.

494 „Morgen ist auch noch ein Tag“ gilt beim Klimaschutz nicht. Nur, wenn
495 substanzielle
496 Einsparungen schnell erzielt werden, gibt es später noch ausreichend
497 Handlungsspielraum.

498 (56) Der Übergang zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien, der Ausstieg aus allen
499 fossilen
500 Ressourcen und damit Dekarbonisierung sind die Schlüsselaufgaben des
501 Klimaschutzes. Kohle,
502 Öl und Gas vollständig durch erneuerbare Energien zu ersetzen gelingt nur, wenn
503 Energie
504 effizient genutzt und massiv eingespart wird sowie die Sektoren Strom, Wärme,
505 Verkehr, und
506 Industrie ineinandergreifen.

507 (57) Technologie kann neben der Einsparung des Energieverbrauchs als Beitrag für
508 Klimaneutralität dienen. Technologische Lösungen
509 müssen immer dem Vorsorgeprinzip folgen. Das heißt, dass die Abwägung von Nutzen
510 und
511 Schäden, mögliche Umkehrbarkeit sowie die Eingriffstiefe zu berücksichtigen
512 sind. Sie werden
513 grundlegende Veränderungen und schnelles Handeln nicht ersetzen, sondern nur
514 ergänzen
515 können.

516 (58) Die Digitalisierung leistet einen großen Beitrag für den Klimaschutz. Big-
517 Data-
518 Technologien ermöglichen es, eine schwankende erneuerbare Produktion mit dem
519 Verbrauch eng
520 zu verzahnen und so den Energiebedarf zu senken. Das Potential der
521 Digitalisierung für
522 Ressourceneffizienz, sparsamen Energieverbrauch, Dematerialisierung und
523 Suffizienz soll
524 bestmöglich gefördert werden – ohne zugleich massive Rebound-Effekte auszulösen.

525 (59) Erneuerbare sind dezentral in der Erzeugung, aber eine Versorgung mit
526 Erneuerbaren
527 Energien wird leichter sicherzustellen sein, je größer der Raum ist. Unser
528 Kontinent hat die
529 richtige Größe für die Energiewende. Die europäische Energieunion soll die
530 verschiedenen
531 Stärken der Regionen – zum Beispiel Solarenergie im Süden, Geothermie und
532 Wasserkraft in Skandinavien und
533 den Alpen, Offshore-Windkraft im Atlantik, im Mittelmeer und in der Nord- und
534 Ostsee, Onshore-
535 Windkraft und Biomasse in ganz Europa – miteinander verbinden.

536 (60) Es braucht eine vorausschauende Energieaußenpolitik. Denn auch im Zeitalter
537 der
538 Erneuerbaren wird es Energieimporte geben. Sie hilft den Partnerländern beim
539 Aufbau der

540 entsprechenden Strukturen und stellt sicher, dass die importierte Energie
541 nachhaltig und
542 unter sozial gerechten Bedingungen erzeugt wurde.

543 (61) Um die Klimakrise zu bewältigen, ist es weder notwendig noch vertretbar,
544 zur Atomkraft
545 zurückzukehren. Diese Hochrisikotechnologie birgt eine existenzielle Bedrohung
546 für Natur,
547 Mensch und Tier.

548 (62) Es ist Aufgabe in diesem Jahrzehnt, ein Endlager für den hochradioaktiven
549 Atommüll mit
550 höchstmöglichen Sicherheitsstandards und bei bestmöglichen geologischen
551 Bedingungen zu
552 finden. Bei der Suche ist die gesamtgesellschaftliche Verantwortung vor
553 regionale
554 Eigeninteressen zu stellen.
555 Politik und Betreiber müssen zu ihrer Verantwortung stehen.
556 Die Verklappung von Atommüll in den Meeren ist sofort zu stoppen.

557 Umwelt und Landwirtschaft

558 (63) Der Verlust an Artenvielfalt ist so dramatisch wie die Klimakrise.
559 Schlimmer noch: Die
560 beiden Krisen bedingen sich gegenseitig und können daher auch nur gemeinsam
561 gelöst werden.
562 Die Roten Listen und die planetaren Grenzen müssen als „Barometer des Lebens“
563 zum Gradmesser
564 für politische Handlungsleitlinien werden, denn die biologische Vielfalt sichert
565 das Leben
566 auf dem Planeten. Ökologischer Landbau, die Ökologisierung der konventionellen
567 Landwirtschaft, Schutzgebiete sowie mehr freie Natur an Land und im Meer sind
568 als wirksamer
569 Schutz für Artenvielfalt und Umwelt zu betreiben.

570 (64) Das Vordringen des Menschen in die letzten noch nicht zerstörten
571 natürlichen Gebiete
572 und die grenzenlose Aneignung von Umwelt und Tierwelt zum Verbrauch oder Verzehr
573 gefährden
574 nicht nur die Natur, sondern auch die menschliche Gesundheit. Sogenannte
575 zoonotische
576 Krankheiten, wie z. B. der Corona - Virus, können fatale gesellschaftliche
577 Folgen haben. Der Schutz von Ökosystemen trägt
578 auch dazu bei, Seuchen und Pandemien zu verhindern.

579 (65) Einen großen Beitrag zur CO₂-Senkung leistet auch der Wald. Dazu muss die
580 globale
581 Entwaldung gestoppt werden und Deutschland muss einen nachhaltigen Waldausbau –
582 weg von monokulturellen
583 Holzplantagen hin zu naturnahen Wäldern – leisten.

584 (66) Artenschutz erfordert Schutz von Lebensräumen und mehr Wissen. Unser Ziel
585 ist der
586 Aufbau eines vernetzten Verbundes von Schutzflächen. Die Forschung über die
587 verschiedenen
588 Arten und ihr Zusammenspiel im Ökosystem soll gefördert werden, denn geschätzt
589 sind heute
590 weniger als ein Viertel aller Arten bekannt und viele vom Aussterben bedroht.
591 Zum Schutz von Arten gehört es auch, den
592 Wildtierhandel effektiv zu bekämpfen. Zudem sollen alle Bestände der großen
593 Naturkundemuseen digitalisiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

594 (67) Um den Raubbau an der Natur zu beenden, muss auch die Verschmutzung der
595 Erde mit
596 Plastik, Müll, Chemikalien und Pestiziden ein Ende haben. Wo immer es möglich
597 ist müssen Verschmutzungsherde aufgelöst und renaturiert werden. In einer
598 Kreislaufwirtschaft wird
599 die Zahl der neu produzierten Waren und Güter minimiert, Produkte werden
600 langlebiger und
601 können repariert oder wiederaufbereitet werden. Produktion und Konsum finden so
602 weit wie
603 möglich in vollständigen Kreisläufen statt, so dass auch immer weniger
604 natürliche Ressourcen
605 verwendet werden müssen.

606 (68) Eine zukunftsfähige Landwirtschaft arbeitet mit der Natur. Statt wachsender
607 Abhängigkeit von Pestiziden, Weltmärkten, wenigen Großkonzernen und engen
608 Produktionszwängen
609 gehört die Zukunft einer modernen, regional verwurzelten Landwirtschaft, die
610 Erfahrung
611 mit modernen Techniken und digitalen Lösungen kombiniert. Sie arbeitet
612 ressourcenschonend,
613 naturverträglich und tiergerecht. Der Wandel hin zur zukunftsfähigen
614 Landwirtschaft gelingt
615 nur zusammen mit den Bäuer*innen.

616 (69) Die Sicherheit der Lebensmittelversorgung ist ein hohes Gut. Der
617 Landwirtschaft gebührt
618 Anerkennung dafür, dass sie diese gewährleistet. Im Sinne der globalen
619 Ernährungssouveränität gilt es, nachhaltige, kleinbäuerliche Strukturen zu
620 stärken und zu fördern. Wir
621 wollen aber, dass Landwirtinnen und Landwirte einen Ausweg aus dem System des
622 „Wachse oder Weiche“
623 erhalten und künftig für ihre vielfältigen Gemeinwohlleistungen gezielt be- und
624 entlohnt werden.
625 Wir machen uns dafür stark die EU - Agrarpolitik grundlegen im Hinblick auf
626 Tierschutz, Ökologie und Nachhaltigkeit zu reformieren.

627 (70) Tiere haben Rechte und dürfen nicht zu Rohstofflieferanten degradiert
628 werden. Solange
629 Menschen Tiere halten, um sie zu töten und zu essen oder um ihre Produkte zu
630 nutzen, sind
631 wir verpflichtet, für mehr Tierschutz und mehr Tierwohl in der Tierhaltung zu
632 sorgen.

633 Entsprechend ist die Landwirtschaft so zu gestalten, dass entlang den
634 Bedürfnissen von
635 Tieren gewirtschaftet werden kann. Es sollen immer weniger Tiere immer besser
636 gehalten
637 werden, damit der Konsum von Fleisch und anderen tierischen Lebensmitteln sinkt.

638 **Mobilität und Wohnen**

639 (71) Jeder Mensch hat das Recht auf Mobilität. Sie ermöglicht Freiheit und
640 Teilhabe und ist
641 Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss sich an den menschlichen
642 Bedürfnissen
643 orientieren und zugleich die planetaren Grenzen wahren. Eine sozial-ökologische
644 Mobilitätspolitik schafft die Verkehrswende und garantiert allen Menschen
645 nachhaltige
646 Mobilität. Das stärkt die Sicherheit.

647 (72) Die öffentliche Förderung der einzelnen Verkehrsmittel muss sich in Zukunft
648 am
649 ökologischen Fußabdruck ausrichten. Es gilt als Prinzip: Schiene stärken,
650 Straßen
651 dekarbonisieren. Der Raum in den Städten wird Stück für Stück neu aufgeteilt.
652 Sichere
653 Infrastruktur für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sowie ein attraktiver,
654 kostengünstiger
655 und verlässlicher Nahverkehr bilden das Rückgrat einer sozial-ökologischen
656 Mobilität.
657 Insgesamt wird es deutlich weniger Autos geben, die Autozentrierung von
658 Verkehrspolitik,
659 Stadtplanung und Gesellschaft gehört der Vergangenheit an, die Zukunft gehört
660 der autofreien
661 Innenstadt.

662 (73) Sina Die Mobilität in der ökologischen Moderne ist vernetzt und digital.
663 Verschiedene
664 Mobilitätsformen greifen nahtlos ineinander und ermöglichen individuelle
665 Mobilität, ohne ein
666 eigenes Auto besitzen zu müssen.

667 (74) Sina Gerade im ländlichen Raum werden auch in Zukunft viele Menschen
668 weiterhin auf das Auto
669 angewiesen sein. Dazu muss es jedoch emissionsfrei und digital vernetzt sein.
670 Nicht mehr das
671 Parken, sondern das Nutzen steht im Fokus.

672 (75) Die Verkehrswende in der Stadt und auf dem Land gelingt nur mit einer
673 starken Bahn. Sie
674 erfordert einen Aus- und Umbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Dazu
675 gehören die
676 Anbindung an Regionalzentren auch über Landkreisgrenzen hinweg sowie der Ausbau
677 des
678 Schienennetzes, damit alle größeren Städte angebunden sind und Kurzstreckenflüge

679 überflüssig
680 werden. Die europäischen Großstädte wollen wir durch schnelle transnationale
681 Bahnverbindungen vernetzen.

682 (76) Im urbanen Raum zeigen sich die Herausforderungen der ökologischen Moderne
683 wie unter
684 einem Brennglas. Das überholte Leitbild der autogerechten Stadt kostet
685 Lebensqualität und
686 macht krank. Durch mehr Flächen für Wohnen und Freizeit, für saubere Luft,
687 städtisches
688 Leben, Stadtgrün und Erholung entsteht die lebenswerte Stadt mit kurzen Wegen,
689 in der die
690 Menschen gerne wohnen.

691 (77) Die lebenswerte Stadt der Zukunft ist eine Null-Emissionen-Stadt. Dies
692 gelingt, wenn
693 erneuerbare Energien, saubere Mobilität und klimaneutrales Heizen verbunden
694 werden. Dazu
695 gehören Dächer, die Sonnenstrom und -wärme erzeugen, sowie Gebäude, die
696 nachhaltig gedämmt sind und die
697 vielfältigen klimafreundlichen Wärmequellen gemeinsam nutzen.

698 (78) Wohnungen sowie öffentliche und gewerbliche Gebäude sollen CO₂-neutral
699 geheizt, gekühlt
700 und beleuchtet werden. Klimagerechte Energiestandards für Neu- und Altbauten
701 sowie Wärme-
702 und Kühlsysteme, die auf erneuerbaren Energien basieren, geben den Weg dahin
703 vor.
704 Nachhaltige und möglichst kreislauffähige Baumaterialien und Dach- und
705 Gebäudebegrünung schützen das Klima.

706 **Soziales und Ökologie**

707 (79) Der Übergang in die ökologische Moderne muss den sozialen Zusammenhalt
708 stärken. Bei
709 allen Maßnahmen des Übergangs gilt es, auf den sozialen Ausgleich zu achten. Je
710 schneller
711 und verlässlicher der notwendige Umbau weg von den Fossilen angegangen wird,
712 umso besser
713 können abrupte Veränderungen vermieden werden.

714 (80) Im Zuge der ökologischen Modernisierung muss sichergestellt werden, dass
715 alle Menschen
716 Zugang zu lebensnotwendigen Gütern der Daseinsvorsorge wie Wasser, Strom,
717 Mobilität und gesunder
718 Ernährung haben. Deshalb müssen sozialstaatliche Garantien immer mit Blick auf
719 Preisänderungen angepasst werden. Um Klimaneutralität zu erreichen, braucht es
720 eine
721 Daseinsvorsorge, die es den Menschen ermöglicht, klimaneutral zu leben.
722 Investitionen in
723 eine solche Daseinsvorsorge tragen zu sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz
724 bei.

- 725 (81) Die ökologische Moderne bietet viele Chancen für neue Arbeitsplätze.
726 Zugleich bedeutet
727 der Übergang massive Veränderungen für diejenigen, die bisher in den fossilen
728 Industrien
729 arbeiten. Es braucht eine vorausschauende Industriepolitik, um möglichst viele
730 Arbeitsplätze
731 über den Wandel hin zu grünen Technologien und Produkten zu erhalten.
732 Gleichzeitig ist es
733 Aufgabe der Gesellschaft, den betroffenen Menschen umfassende Möglichkeiten zu
734 beständiger
735 Fort- und Weiterbildung oder Arbeitszeitverkürzung zu eröffnen.
- 736 (82) Subventionen in umwelt- und klimaschädliche Produktionsweisen und Produkte
737 verhindern
738 den ökologischen Umbau von Wirtschaft, Industrie und Landwirtschaft. Es gilt
739 daher, diese unverzüglich zu unterbinden.
- 740 (83) Eine Politik, die die ökologischen Kosten der Produktion in den Preisen
741 abbildet, ist
742 ökonomisch effizient, sie kann aber auch zu sozialen Schieflagen führen.
743 Deswegen gilt es,
744 Preispolitik immer mit Maßnahmen zu kombinieren, die zu mehr
745 Verteilungsgerechtigkeit
746 führen. Indem die Einnahmen aus ökologisch lenkenden Instrumenten an die
747 Bürger*innen
748 zurückfließen, werden Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander
749 verbunden.
- 750 (84) Die Kosten des Übergangs sollen gerecht und solidarisch getragen werden.
751 Dem Staat
752 kommt hier eine relevante Aufgabe zu. Den Weg in die ökologische Moderne nicht
753 zu gehen,
754 kostet wesentlich mehr..
- 755 (85) Wohlstand in der ökologischen Moderne definiert sich nicht allein durch
756 materiellen
757 Reichtum, sondern meint Lebensqualität. Es geht auch um Sicherheit, Freiheit,
758 Zeitsouveränität, gesunde Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, kulturelles
759 Erleben und ein
760 friedliches Zusammenleben. Dafür ist ein neuer Wohlstandsbegriff zu definieren
761 und ein anderes
762 Wirtschaften erforderlich. Mit einem umfassenden Wohlstandsindikator können
763 ökologische, soziale
764 und qualitative Merkmale erfasst werden. Wasser, Luft und Artenvielfalt sind
765 globale
766 Gemeingüter, die abseits einer reinen Verwertungslogik allen Menschen
767 zugutekommen.
- 768 (86) Wir brauchen einen Wechsel in unserem Wirtschaftssystem: Die Wirtschaft
769 dient
770 den Menschen und dem Gemeinwohl, nicht andersherum. Viele der heutigen
771 strukturellen Anreize
772 zum Produzieren, Handeln und Konsumieren stellen uns vor ökologische Probleme

773 dramatischen
774 Ausmaßes und befeuern sozial-ökonomische Verteilungskrisen. Gleichzeitig wird
775 Wachstum in
776 bestimmten Bereichen auch in Zukunft wichtig sein, um die Lebensbedingungen der
777 Menschheit
778 zu verbessern. Doch es geht uns um ein qualitatives Wachstum, das neben
779 ökonomischen
780 Kriterien auch soziale und ökologische berücksichtigt.

781 (87) Kapitalströme müssen in nachhaltige Aktivitäten umgelenkt werden. Im Rahmen
782 von
783 Divestment wird auf den Finanzmärkten nicht mehr in Kohle, Öl und Gas
784 investiert, sondern in
785 Erneuerbare Energie, emissionsfreie Mobilität, Gesundheit und Grüne IT. Der
786 Staat und die
787 öffentliche Hand müssen hierbei vorangehen, indem sie Transparenz gewährleisten
788 und ihre
789 Anlagestrategien an den Pariser Klimazielen orientieren.

790 (88) Der Weg in die ökologische Moderne braucht Pionier*innen. Menschen, die es
791 anders
792 machen wollen, die in ihrem unternehmerischen oder in ihrem privaten Handeln
793 neue Maßstäbe
794 setzen. Sie gilt es zu unterstützen, statt ihnen Steine in den Weg zu legen.

795 (89) Es ist Aufgabe der Politik, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren
796 Menschen.
797 Sinnvolle Umweltpolitik begnügt sich nicht mit Appellen, sondern setzt klare
798 Regeln, fördert
799 neue Technologien und investiert in neue Infrastrukturen und erneuerbare
800 Energien.

Text

801 **Sozial-ökologische Marktwirtschaft**

802 (90) Kern der sozial-ökologischen Marktwirtschaft ist, Wohlstand im Sinne von
803 Klimaneutralität, Nachhaltigkeit, Vorsorge und Gerechtigkeit neu zu bestimmen.

804 (91) Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das im Sinne einer
805 sozial-
806 ökologischen Marktwirtschaft Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation als
807 Mittel zur
808 Erreichung von mehr Lebensqualität für alle im Rahmen der planetaren Grenzen
809 nutzt.

810 (92) Den Weg zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft bereitet ein europäischer
811 Green Deal.
812 Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges
813 Wirtschaften,
814 indem er auf ein Bündnis aus Arbeit und Umwelt baut. Er investiert mutig in die
815 Zukunft. Er
816 setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen
817 Ausgleich und
818 stärkt Geschlechtergerechtigkeit.

819 (93) Freies und kreatives Handeln von Menschen sowie die Dynamik eines fairen
820 Wettbewerbs
821 und gesellschaftlicher Kooperation können nachhaltigen Wohlstand, Fortschritt
822 und innovative
823 Problemlösungen schaffen.

824 (94) Märkte können ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz,
825 Innovation und
826 technologischen Fortschritt sein. Ihre Dynamik und Schaffenskraft sind
827 unverzichtbar, um die
828 großen Herausforderungen der ökologischen Krisen zu bewältigen. Unregulierte
829 Märkte aber
830 sind zukunftsblind, krisenanfällig und instabil. Erst klare Regeln stellen
831 sicher, dass
832 Märkte und Wettbewerb funktionieren und im gesellschaftlichen Interesse wirken.

833 (95) Es gilt das Primat der Politik, auch gegenüber Wirtschaft und Kapital. Wir
834 wollen es
835 neu begründen. Dafür braucht es einen starken, effizienten und handlungsfähigen
836 Staat und
837 klare Leitplanken aus Steuer-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter
838 öffentlicher
839 Forschungs- und Förderpolitik. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer
840 übergeordnete
841 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern befördert.

842 (96) Nur wenn Preise die ökologische Wahrheit sagen, geht der Wettbewerb der
843 Märkte nicht
844 zulasten der natürlichen Lebensgrundlagen. Klimafreundliche Alternativen können
845 sich dann
846 durchsetzen.

847 (97) Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik orientiert sich an einem Wohlstandsmaß
848 und einer
849 neuen Form der Wirtschaftsberichterstattung. Sie berücksichtigen neben
850 ökonomischen auch
851 ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen sowie Sorgearbeit, die
852 zum größten
853 Teil von Frauen – unbezahlt – geleistet wird. Wohlstand ist mehr als Konsum,
854 nämlich auch
855 Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit.

856 (98) Wir wollen den Weg ebnen für soziales Unternehmertum, eine Wirtschaft des
857 Teilens, frei
858 zugängliches Wissen und Gemeingüter. So wird die Gemeinwohlökonomie gestärkt.

859 (99) Zukunftsfähiges Wirtschaften braucht Planungssicherheit. Staatliche
860 Wirtschafts-,
861 Investitions- und Infrastrukturpolitik muss langfristig und verlässlich
862 stattfinden. Um
863 erfolgreich zu wirtschaften, brauchen Unternehmen eine moderne und intakte
864 Infrastruktur,
865 gut ausgebildete Fachkräfte, gute Finanzierungsbedingungen, eine funktionierende
866 öffentliche
867 Verwaltung sowie soziale Stabilität und Rechtssicherheit. Dazu zählen auch
868 schnellere
869 Planungsverfahren durch frühzeitige Verfahrensbeteiligung sowie Behörden mit
870 ausreichendem
871 Personal und einer vollständig elektronischen Abwicklung von Anträgen.

872 (100) Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Öffentliche Güter und
873 Institutionen
874 müssen für alle zugänglich sein. Grundinfrastrukturen der Sicherheit, des
875 Rechts, der
876 Verkehrsinfrastruktur und der Verwaltung gehören in öffentliche Hand. Güter und
877 Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die kommunale Daseinsvorsorge und
878 die kommunale
879 Selbstverwaltung müssen in öffentliche Hand und von Marktmechanismen und
880 Wettbewerb
881 ausgenommen bleiben.

882 **Wirtschafts- und Industriepolitik**

883 (101) Wettbewerb unter gleichen Bedingungen ist die Voraussetzung dafür, dass
884 Märkte
885 effizient funktionieren und Wohlstand und Fortschritt hervorbringen können. Es
886 ist Aufgabe
887 von Politik, Machtstellungen und Monopole zu verhindern und aufzubrechen.

888 (102) Dumping, Protektionismus und mangelnde Regulierung führen zu unfairem
889 Wettbewerb.

890 Darunter leiden viele europäische Unternehmen. Der Erwerb von
891 Unternehmensbeteiligungen,
892 Direktinvestitionen, Marktzutritte und auch die Vergabe öffentlicher Aufträge
893 durch und an

894 Dritte sollen auf der Basis von Standards und Gegenseitigkeit erfolgen.

895 Außereuropäische
896 Übernahmen müssen dann, wenn nötig, auch untersagt werden. Kritische
897 Infrastruktur und
898 Schlüsselindustrien gilt es zu schützen.

899 (103) Regulierung ist auf ihre Ziele auszurichten. Sie sollte Individuen und
900 Unternehmen

901 möglichst viel Freiheit in Bezug auf die gewählten Mittel überlassen. Es ist
902 laufend zu

903 überprüfen, ob es bestimmter Vorschriften noch bedarf. Auch ungeeignete
904 politische Regeln

905 schränken Wettbewerb ein und hemmen wirtschaftliche Entwicklung. Regulierungen
906 müssen so

907 ausgestaltet sein, dass sie nicht als Barriere für Gründungen wirken und zum

908 Wettbewerbsnachteil für kleine Unternehmen und das Handwerk werden. Sie sollen
909 stattdessen

910 bewirken, dass Machtunterschiede möglichst ausgeglichen werden.

911 (104) Digitale Plattformen sind Teil der Infrastruktur. Das Teilen, Tauschen und
912 Vermitteln

913 von Gütern, Dienstleistungen und Informationen auf digitalen Plattformen kann
914 die Teilhabe

915 der Menschen stärken. Diese Plattformen sollen klar und streng reguliert werden,
916 damit sie

917 ihre Machtstellung nicht ausnutzen können, faire Wettbewerbs- und
918 Arbeitsbedingungen

919 herrschen sowie Innovation im Sinne des Gemeinwohls stattfindet. In Europa
920 braucht es

921 öffentlich-rechtliche Alternativen zu den bisherigen privaten Monopolen.

922 (105) Wirtschaftspolitisch muss der Staat mehr tun, als nur einen Rahmen zu
923 setzen.

924 Deutschland kann nur in der ökologischen Moderne seine internationale Position
925 als globaler

926 Industriestandort wahren, mit neuen Produkten und guten Arbeitsplätzen. Dazu
927 braucht es eine

928 aktive Industriepolitik, die neuen Technologien zum Durchbruch verhilft, gerade
929 da, wo der

930 Markt das Risiko scheut. Sie muss außerdem Wettbewerbsnachteile ausgleichen, in
931 Forschung

932 investieren und Arbeitsplätze sichern.

933 (106) Unternehmer*innen dürfen nicht gezwungen werden, sich zwischen einem
934 wirtschaftlich

935 erfolgreichen Weg oder einer sozialen und ökologischen Ausrichtung des

936 Unternehmens zu

937 entscheiden. Wirtschaftliche Aktivität muss sich an langfristigen Zielen und
938 gesamtgesellschaftlichem Wohlstand ausrichten. Die Finanzberichterstattung soll
939 mit
940 Langfristzielen ergänzt werden sowie mit Indikatoren, welche die sozialen,
941 ökologischen und
942 gesellschaftlichen Auswirkungen messen.

943 (107) Schlüsselprojekt einer sozial-ökologischen Industriepolitik ist die
944 vollständige
945 Dekarbonisierung der Produktionsprozesse in Europa. Automobilindustrie, Chemie
946 und
947 Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der deutschen Wirtschaft in den
948 vergangenen
949 Jahrzehnten, aber diese Branchen müssen sich neu erfinden, um den
950 Herausforderungen des 21.
951 Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie auf das bauen,
952 was sie –
953 ganz besonders den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre Ingenieurskunst, ihre
954 Kreativität,
955 die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften sowie ihre europäische und
956 globale
957 Orientierung.

958 (108) Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt kann die Europäische Union
959 mit dem
960 gemeinsamen Binnenmarkt weltweit Standards setzen. Das gilt es zu nutzen, um die
961 Transformation voranzubringen, Menschenrechte zu schützen, wettbewerbsfähig zu
962 bleiben, sich
963 weniger abhängig von anderen globalen Playern zu machen und zugleich in der noch
964 weitestgehend unregulierten digitalen Welt Bürgerrechte zu sichern.

965 (109) Die Grundstoffindustrie wird auch künftig ein zentraler Baustein bleiben.
966 In einem
967 gemeinsamen Zusammenspiel von ökologischer und technologischer Innovation,
968 Digitalisierung,
969 branchenübergreifender Kooperation und planungssicherer politischer
970 Rahmensetzung sind die
971 Grundlagen dafür zu legen, dass Stahl, Aluminium, Glas, Papier oder Chemikalien
972 weiter in
973 Europa produziert werden. Die dafür nötigen Transformationsschritte müssen
974 wettbewerbsrechtlich ausgeglichen werden.

975 (110) Statt einer Abhängigkeit Europas im Bereich technischer Entwicklungen und
976 Erfindungen
977 brauchen wir ausreichend eigene Produktionskapazitäten für systemrelevante
978 Produkte wie
979 medizinische Präparate oder Techniken der kritischen Infrastruktur. Die
980 Regionalisierung in
981 kritischen Bereichen und eine globale Kooperation gehören zusammen. Der Markt
982 allein kann
983 das nicht richten.

984 (111) Das freie Unternehmertum, die Gründer*innen in Start-ups sind die
985 Treiber*innen für
986 Innovation. Grundlage für Neugründungen und Fortschritt sind Wagniskapital und
987 Investitionen
988 in Forschung. Wirtschaftspolitik begünstigt, fördert und vernetzt neue Ideen und
989 kleine
990 Unternehmen sowie Start-ups europaweit. Sie unterstützt bei der Finanzierung,
991 beim Transfer
992 von Grundlagenforschung in die Praxis und sorgt für attraktive
993 Rahmenbedingungen, um die
994 besten Forscher*innen, Gründer*innen und Fachkräfte anzuziehen.

995 **Eigentum und Gemeinwohl**

996 (112) Ohne Recht auf Eigentum sind eine freiheitliche Gesellschaft und eine
997 sozial-
998 ökologische Marktwirtschaft unvorstellbar. Gleichzeitig verpflichtet es
999 gesellschaftlich,
1000 weil eine zu starke Konzentration von Eigentum in den Händen Weniger Demokratie
1001 und
1002 Marktwirtschaft bedroht.

1003 (113) Das Privateigentum von Boden und Immobilien unterliegt einer besonderen
1004 Sozialpflichtigkeit. Deshalb sollten Renditen in diesem Bereich begrenzt sein
1005 sowie Grund
1006 und Boden, insbesondere in den Großstädten, wieder verstärkt in öffentliches
1007 Eigentum
1008 überführt werden.

1009 (114) Es braucht neue Formen von gemeinwohlorientiertem Eigentum und eine
1010 stärkere
1011 Gemeinwohlbindung. Genossenschaften und soziale Unternehmen können unsere
1012 Wirtschaft zu
1013 einer Gemeinwohlökonomie weiterentwickeln.

1014 (115) Die Weitergabe von bestehendem Wissen ist über Open Source praktisch ohne
1015 Kosten
1016 möglich. Der Zugang zu Wissen für alle Menschen erhöht Wohlstand und
1017 Gerechtigkeit.
1018 Geistiges Eigentum soll daher auf das Maß begrenzt werden, das erforderlich ist,
1019 um
1020 ökonomische Anreize zur Wissensgenerierung zu erhalten. So viel Wissen wie
1021 möglich soll
1022 Menschheitswissen werden.

1023 **Finanzmärkte und Banken**

1024 (116) Banken und Finanzmärkte haben die Aufgabe, realwirtschaftliche
1025 Investitionen zu
1026 finanzieren und Sparer*innen attraktive Anlagemöglichkeiten zu bieten. Durch die
1027 Deregulierung der Märkte geriet jedoch die Spekulation mit unproduktiven

1028 Finanzprodukten zum
1029 Hauptzweck. Spekulationen müssen eingedämmt werden und wir müssen zurück zum
1030 sogenannten
1031 „boring banking“, bei dem die langfristige Finanzierung im Vordergrund steht und
1032 nicht
1033 kurzfristige Spekulation.

1034 (117) Gute Banken sind Grundpfeiler moderner Volkswirtschaften. Werden sie zu
1035 groß, werden
1036 sie zur Gefahr. Deshalb sollte keine Bank so groß sein, dass sie eine ganze
1037 Volkswirtschaft
1038 in den Abgrund reißen kann. Eine Abwicklung muss ohne Rückgriff auf Steuermittel
1039 jederzeit
1040 möglich sein. Außerdem brauchen Banken eine gute Eigenkapitalausstattung und
1041 wirksame
1042 Haftungsregeln.

1043 (118) Deutschlands bestehendes Drei-Säulen-Bankwesen mit seinen vielen kleinen,
1044 lokalen
1045 Banken hat sich bewährt. Der Finanzmarkt braucht einfache, glasklare Regeln ohne
1046 Lücken, die
1047 für alle gelten – egal ob Banken, Hedgefonds oder FinTechs. Kleine Banken, von
1048 denen keine
1049 Gefahr für das Finanzsystem ausgeht, müssen nicht so umfassend reguliert und
1050 überwacht
1051 werden wie systemrelevante Großbanken.

1052 (119) Finanzmärkte haben eine wichtige Funktion für den Klimaschutz, wenn
1053 Anlagegelder in
1054 den ökologischen Umbau gelenkt werden und nicht mehr in die alte, fossile
1055 Wirtschaft
1056 fließen. Die öffentliche Hand muss vorangehen und sich vollständig aus
1057 Investitionen in
1058 fossile Unternehmen zurückziehen. Für private Anleger muss zu jeder Zeit
1059 transparent sein,
1060 worin investiert wird. Es gilt, die Finanzierung von Investitionen in
1061 Klimaschutz und
1062 Nachhaltigkeit günstiger zu machen als die Bereitstellung von Kapital für andere
1063 Zwecke.

1064 Geld- und Fiskalpolitik

1065 (120) Aufgabe der Geldpolitik von Zentralbanken sowie der Fiskalpolitik ist es,
1066 ökonomischen
1067 Krisen entgegenzuwirken. Denn sie vernichten Arbeitsplätze und Existenzen und
1068 können
1069 Gesellschaften ins Chaos stürzen.

1070 (121) Die Zentralbanken allein stoßen an Grenzen, wenn es um die Stabilisierung
1071 der
1072 Wirtschaft in Krisenzeiten geht. Insbesondere die Haushaltspolitik muss einen
1073 Beitrag

1074 leisten, das Auf und Ab der Konjunktur auszugleichen und tiefe wirtschaftliche
1075 Krisen zu
1076 verhindern. Deshalb gilt es, stets die Auswirkung von Staatsausgaben auf die
1077 Gesamtwirtschaft zu berücksichtigen. Es ist sinnvoll, sowohl auf nationaler als
1078 auch auf
1079 europäischer Ebene die Spielräume zur Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben
1080 zu nutzen und
1081 auszubauen, um Wirtschaftskrisen und deren soziale Folgen zu vermeiden.
1082 Langfristige
1083 Schuldenfähigkeit ist dabei stets zu gewährleisten und gerade mit Blick auf
1084 die
1085 Handlungsspielräume künftiger Generationen gesetzlich zu verankern.

1086 (122) Unsere gemeinsame europäische Währung trägt zu einem starken gemeinsamen
1087 Europa bei.
1088 Die Währungsunion ist allerdings ein unvollendetes Projekt geblieben. So
1089 verschärfen sich
1090 wirtschaftliche Unterschiede und Ungleichgewichte bei Wettbewerbsfähigkeit und
1091 Handel, ohne
1092 dass es dagegen europäische Instrumente gibt. Daher gilt es, die europäische
1093 Währungsunion
1094 zu vollenden und die dafür notwendigen Vertragsveränderungen auf den Weg zu
1095 bringen.

1096 (123) Die EU braucht eine eigene Zuständigkeit für die Wirtschafts- und
1097 Fiskalpolitik. Sie
1098 braucht einen Haushalt, der groß genug ist, um makroökonomisch zu stabilisieren
1099 und in
1100 schweren Krisen Zuschüsse für die nationalen Haushalte leisten zu können. Dieser
1101 Haushalt
1102 muss über eigene Steuereinnahmen verfügen. Um langfristige Investitionen zu
1103 finanzieren und
1104 schwere Konjunkturerbrüche abzuwehren und zu bekämpfen, muss sich dieser
1105 Haushalt auch über
1106 Kredite finanzieren können. Um den Euro zu stärken, müssen Staatsanleihen der
1107 Europäischen
1108 Union und ihrer Mitgliedstaaten eine absolut sichere Geldanlage darstellen. Ein
1109 Zahlungsausfall muss in jedem Fall ausgeschlossen sein.

1110 (124) Die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank ist ein hohes Gut. Sie
1111 gilt es zu
1112 bewahren. Krisen haben jedoch gezeigt, dass eine alleinige Ausrichtung auf das
1113 Ziel der
1114 Preisniveaustabilität ein zu enges Mandat für die Geldpolitik ist. Daher sollte
1115 die EZB, wie
1116 andere Zentralbanken auch, gleichberechtigt auch das Ziel der Wohlstandsmehrung
1117 und eines
1118 hohen Beschäftigungsstands verfolgen. Solange die Unabhängigkeit der Zentralbank
1119 gesichert
1120 ist, sollte es zulässig sein, dass die Notenbank in schweren Krisen die
1121 Liquidität der
1122 Staaten garantiert.

1123 (125) Auf europäischer Ebene ist eine stärkere Harmonisierung und
1124 Vergemeinschaftung von
1125 wettbewerbssensiblen Steuern notwendig, wie etwa der Besteuerung von
1126 Unternehmensgewinnen.
1127 Lohn- und Tarifpolitik sollten schrittweise stärker aufeinander abgestimmt
1128 werden. Im Fall
1129 von hohen und dauerhaften Handelsungleichgewichten innerhalb der Währungsunion
1130 müssen die
1131 Empfehlungen der Europäischen Kommission eine stärkere Verbindlichkeit haben,
1132 etwa den
1133 Defizit- wie auch den Überschusländern symmetrische Verpflichtungen zum Abbau
1134 aufzuerlegen.

1135 **Haushalts- und Steuerpolitik**

1136 (126) Haushaltsmittel gehören allen Bürger*innen. Mit ihnen ist stets sorgsam
1137 umzugehen und
1138 es ist zu überprüfen, ob die angestrebten gesellschaftlichen Ziele auf
1139 effizientem Weg
1140 erreicht werden. Die öffentlichen Haushalte sollten in einer Demokratie klar,
1141 transparent
1142 und nachvollziehbar sein. Gender Budgeting ist für einen gerechten Haushalt
1143 unerlässlich.

1144 (127) Wir stehen zu langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen und zu gesetzlichen
1145 Regeln für
1146 die Begrenzung der Kreditaufnahme. Dabei gilt es, nicht nur die
1147 Verbindlichkeiten zu
1148 betrachten, sondern auch das Vermögen der öffentlichen Hand zu erhalten und
1149 auszubauen.
1150 Investitionen in Infrastruktur und Nachhaltigkeit sichern die
1151 Handlungsspielräume künftiger
1152 Generationen. In diesem Sinne ist der Anteil der öffentlichen Investitionen an
1153 der
1154 Wirtschaftsleistung auszubauen. Für den Ausbau des öffentlichen Vermögens und
1155 die
1156 langfristige Sicherung unseres Wohlstands kann eine Kreditfinanzierung sinnvoll
1157 und
1158 pragmatisch geboten sein, insbesondere wenn sie eine gute Rendite verspricht.

1159 (128) Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Öffentlich-Private Partnerschaften
1160 kommen nur
1161 dann in Betracht, wenn sich durch sie ein Mehrwert bzw. geringere Kosten für die
1162 Steuerzahler*innen ergeben.

1163 (129) Unser Steuersystem stellt die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher.
1164 Es braucht
1165 ein gerechtes Steuersystem, das verständlich und effizient ist. Das ist
1166 Grundlage für
1167 Akzeptanz und reduziert soziale Ungleichheit.

- 1168 (130) Ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, begünstigt
1169 neue
1170 Aktivitäten und Investitionen und besteuert Vermögen sowie leistungslose
1171 Einkommen. Das
1172 Aufkommen der Steuern aus Kapital- und Gewinneinkommen und aus großen Vermögen
1173 muss wieder
1174 erhöht werden.
- 1175 (131) Steuern lenken. Steuersysteme sollen gesellschaftliche Ziele abbilden.
1176 Nicht am
1177 Gemeinwohl orientierte und ökologisch schädliche Tätigkeiten und Produkte sollen
1178 stärker
1179 besteuert und damit verteuert werden. Im Gegenzug werden der ökologische Umbau
1180 und soziales
1181 Engagement begünstigt.
- 1182 (132) Steuerdumping schadet Volkswirtschaften. Unternehmensgewinne und digitale
1183 Umsätze
1184 müssen stärker am Ort des Konsums besteuert und eine gemeinsame europäische
1185 Bemessungsgrundlage muss eingeführt werden.
- 1186 (133) Alle sollen sich nach ihrer Leistungsfähigkeit am Gemeinwohl beteiligen.
1187 Dafür braucht
1188 es Transparenz über wirtschaftliche Verhältnisse und eine Verwaltung, die in der
1189 Lage ist,
1190 das Recht durchzusetzen. Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit,
1191 Geldwäsche und
1192 Sozialbetrug sind mit allen Mitteln zu bekämpfen.

A5NEU Kapitel 3: Fortschritt gestalten

Antragsteller*innen:

Text

1193 **Wissenschaft und Forschung**

1194 (134) Im Zentrum allen Fortschritts steht der Mensch in seiner Würde und
1195 Freiheit. Der
1196 technologische Wandel muss so gestaltet werden, dass er Mensch und Umwelt nützt.

1197 (135) Wissenschaft und Forschung schaffen Zukunft. Frei denken und
1198 experimentieren ist Basis
1199 für neue Ideen und Kreativität. Forschungs- und Erfindungsgeist helfen,
1200 Transformationen zu
1201 gestalten. Sie können nur in Freiheit gedeihen und genießen zu Recht besonderen
1202 Schutz.
1203 Zukunftsentwürfe müssen sich am Gemeinwohl orientieren und sie müssen mit der
1204 Gesellschaft
1205 für die Gesellschaft gestaltet werden. Vielfalt an Wissen und Zugängen
1206 ermöglicht
1207 zukunftstaugliche Lösungen bei Krisen.

1208
1209 (136) Forschungsergebnisse sind zunächst Möglichkeiten. Sie bieten enorme
1210 gesellschaftliche
1211 Chancen, tragen aber auch das Risiko, missbraucht zu werden. Technologischer
1212 Fortschritt ist
1213 nicht über jeden Zweifel erhaben, sondern unterliegt ethischen Prinzipien wie
1214 dem
1215 Vorsorgeprinzip. Das beinhaltet auch die Freiheit, an bestimmten Entwicklungen
1216 nicht
1217 weiterzuarbeiten, wenn sie gegen ethische Grundprinzipien verstoßen.

1218 (137) Nur zusammen mit der Wissenschaft kann unsere Gesellschaft die vor uns
1219 liegenden
1220 Herausforderungen in Angriff nehmen, wie die Wasserknappheit, die Klimakrise,
1221 Ressourceneffizienz oder Elektromobilität. Wissenschaftlich-technologischer
1222 Fortschritt hat
1223 zu vielen globalen Krisen beigetragen und ist zugleich ein Weg, sie zu lösen.

1224 (138) Um qualifiziert abwägen und entscheiden zu können, braucht es Forschung –
1225 nicht nur an
1226 Technologien, sondern auch zu ihren Risiken und Auswirkungen. Ethische Fragen
1227 müssen in der
1228 Wissenschaft und mit der Gesellschaft diskutiert und demokratisch verhandelt
1229 werden.
1230 Wissenschaft kann Politik nicht ersetzen.

1231 (139) Gerade die freie, auf Neugier und Erkenntnis gerichtete
1232 Grundlagenforschung ist neben
1233 der Anwendungsforschung zur Bewältigung großer gesellschaftlicher
1234 Herausforderungen

1235 ausreichend abzusichern. Wir brauchen eine Vielzahl von Alternativen und können
1236 angesichts
1237 der vielfältigen Krisen in der Welt keine Möglichkeit, sie zu lösen, von
1238 vornherein
1239 ausschließen. Entsprechend brauchen wir mehr und strukturell gut ausfinanzierte
1240 Grundlagenforschung.

1241 (140) Grundlage für das gesellschaftliche Vertrauen in Wissenschaft sind hohe
1242 Standards
1243 wissenschaftlicher Arbeit. Wissenschaftliche Ergebnisse und Methoden unterliegen
1244 der
1245 Objektivität, Repräsentativität, Validität und der Reproduzierbarkeit. Der freie
1246 Informationsaustausch, die Überprüfbarkeit von Interessenkonflikten sowie die
1247 Veröffentlichung von Forschungsergebnissen sollen Grundprinzipien sein.
1248 Öffentliche
1249 Regulierung, beispielsweise zur Zulassung von neuen Präparaten oder Techniken,
1250 muss auf
1251 öffentlich kontrollierter und unabhängiger Forschung beruhen.

1252 (141) Eine freie, auskömmlich öffentlich finanzierte Wissenschaft steht in einem
1253 Rechenschaftsverhältnis zur Gesellschaft. Deswegen braucht es Transparenz
1254 darüber, wie
1255 Forschung finanziert wird, welche Projekte und Themen beforscht werden.
1256 Forschungsförderung
1257 darf nicht allein auf die ökonomische Verwertbarkeit ausgerichtet werden.
1258 Öffentlich
1259 finanzierte Forschungsergebnisse müssen der Gesellschaft im Sinne des Open
1260 Access zugänglich
1261 gemacht werden.

1262 (142) Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind als unabhängige öffentliche
1263 Einrichtungen
1264 für das Entstehen technischer ebenso wie sozialer und geistiger Innovationen
1265 unabdingbar.
1266 Das funktioniert nur mit gut finanzierten Hochschulen, die dazu auch unabhängig
1267 von
1268 Drittmittelfinanzierung die Möglichkeit bieten.

1269 (143) Hochschulen waren und sind auch ein Ort der kritischen Selbstreflexion
1270 unserer
1271 Gesellschaft. Wissenschaft analysiert gesellschaftliche Veränderungen, erkennt
1272 frühzeitig
1273 politische Umbrüche und diskutiert sie. In einer komplexer werdenden Welt
1274 gewinnen gerade
1275 Geistes- und Sozialwissenschaften sowie interdisziplinäres Arbeiten und Forschen
1276 an
1277 Bedeutung.

1278 (144) Wissenschaftler*innen und Studierende brauchen zeitliche und inhaltliche
1279 Freiräume, um
1280 aus dem Studium mehr mitzunehmen als nur berufsbezogenes Wissen. Das Studium
1281 soll
1282 grundsätzlich gebührenfrei sein. Es braucht die Möglichkeit des von sozialer

1283 Herkunft
1284 unabhängigen Studierens. Personengruppen und Perspektiven, die bislang in
1285 Wissenschaft und
1286 Forschung unterrepräsentiert sind, sollen gezielt eingebunden und gefördert
1287 werden.
1288 Forschung braucht Vielfalt an Talenten.

1289 Digitalisierung

1290 (145) Digitalisierung kann genutzt werden, um Großartiges zu leisten, aber auch,
1291 um
1292 Gesellschaften zu manipulieren bis hin zu digitalen Diktaturen. Sie kann zu
1293 Engagement
1294 motivieren und neue Solidarität stiften, aber auch zur Passivität und zur
1295 Vereinsamung
1296 führen. Sie hat die Potentiale, das Gesundheitssystem massiv zu entlasten,
1297 Energie
1298 einzusparen oder Verkehr effizienter zu lenken. Politik hat die Aufgabe, die
1299 Digitalisierung
1300 so zu gestalten, dass sie Freiheitsgrade und Selbstbestimmung verstärkt, statt
1301 sie
1302 einzugrenzen. Dazu ist es unerlässlich, neben Technologiefirmen und staatlichen
1303 Stellen auch
1304 die Zivilgesellschaft zentral in die Entwicklung und den Ausbau der
1305 Infrastruktur
1306 einzubeziehen.

1307 (146) Ein Mensch ohne Privatsphäre ist niemals selbstbestimmt. Informationelle
1308 Selbstbestimmung und informationstechnische Sicherheit sind zu garantieren.
1309 Ebenfalls, dass
1310 Daten im Internet auch wieder gelöscht werden (Recht auf Vergessenwerden).

1311 (147) Jeder Mensch hat ein Recht, sich frei zu informieren und frei zu
1312 kommunizieren. Die
1313 digitale Transformation kann allen Individuen mehr Macht verleihen. Sie bringt
1314 eine neue
1315 Welle der Aufklärung mit sich. Menschen werden von Nutzer*innen zu
1316 Gestalter*innen. Dabei
1317 müssen die alten Fragen der Moderne nach Freiheit, Gleichberechtigung, Vernunft
1318 und Moral
1319 neu beantwortet werden.

1320 (148) Der Umgang mit Daten muss von klaren Kriterien geleitet sein:
1321 Nachvollziehbarkeit,
1322 Transparenz, Nichtdiskriminierung, Schutz von Privatheit und Freiheit im Netz.
1323 Das bedeutet
1324 auch, eine angemessene Vergütung für Künstler*innen und Kulturschaffende
1325 sicherzustellen.

1326 (149) Übermäßige Datenmacht und Datenmonopole gilt es zu verhindern und
1327 aufzubrechen.
1328 Unternehmen und Behörden, die über viele Daten verfügen, müssen ihre Daten der

1329 Allgemeinheit

1330 anonymisiert zur Verfügung stellen. Open Source und Open Data sind die
1331 europäische Antwort,
1332 um einer unkontrollierten Datenmacht von Staaten wie von Unternehmen
1333 entgegenzuwirken.

1334 (150) Die Bedeutung von datenverarbeitenden und selbstlernenden Systemen nimmt
1335 stetig zu.

1336 Sie greifen teils direkt in die Lebenswelt der Menschen ein und treffen eigene
1337 Entscheidungen. Deshalb braucht es für diese Systeme klare Haftungsregeln.
1338 Algorithmen, die
1339 digitale Prozesse steuern, müssen nachvollziehbar sein, damit sie kontrolliert
1340 werden
1341 können.

1342 (151) Ethisch-normative Prinzipien dürfen nur von Menschen aufgestellt werden.
1343 Automatisierte Entscheidungen müssen von natürlichen oder juristischen Personen
1344 verantwortet
1345 werden. Entscheidungen über Leben und Tod dürfen nur von Menschen getroffen
1346 werden, nicht
1347 von Maschinen und Algorithmen.

1348 (152) Frauen sollen die digitale Welt gleichberechtigt mitgestalten. Es gilt,
1349 Frauen
1350 speziell zu fördern und Hemmnisse abzubauen, damit sie sich in digitalen Berufen
1351 etablieren
1352 und Vorbilder sein können.

1353 (153) In einer global verflochtenen Welt wird technologischer Wandel effizienter
1354 durch
1355 internationale Kooperation. Die Rahmenbedingungen dafür sollten zumindest
1356 europäisch gesetzt
1357 werden.

1358 (154) In einer Wertesystemkonkurrenz zwischen einem regulierten kapitalistischen
1359 und einem
1360 autoritär gelenkten Fortschritt streben wir eine größere technologische
1361 Souveränität Europas
1362 an, damit sich Europas Bürger*innen auch in einer technisierten Welt mündig,
1363 aufgeklärt und
1364 damit selbstbestimmt bewegen können. Das gilt insbesondere für kritische
1365 Infrastruktur.

1366

1367 (155) Der Innovationsstandort Europa soll im globalen Kontext ausreichend
1368 finanziert werden.

1369 Das umfasst die Förderung offener Hard- und Software sowie offener Standards.
1370 Dem Gedanken
1371 der Demokratie widersprechen Akkumulationen von Märkten, aus denen weltweit
1372 agierende
1373 Konzerne hervorgehen, die mächtiger sind als Staaten.

1374 **Bioethik**

1375 (156) Im medizinischen Bereich stellen sich ethische Fragen nach den Grenzen des
1376 Handelns

1377 ganz besonders. Vor allem dort, wo durch Veränderungen des Erbguts auch das
1378 Leben künftiger

1379 Generationen betroffen ist. Eingriffe in die menschliche Keimbahn sollen

1380 ausgeschlossen und

1381 der strenge Embryonenschutz soll beibehalten werden.

1382 (157) In der Medizin braucht es eine vorausschauende Ethik mit klaren Kriterien:

1383 Menschenwürde, Freiheit und Selbstbestimmung sowie Verantwortung gegenüber den
1384 nachfolgenden

1385 Generationen. Vorausschauend können zum Beispiel Moratorien sein, um ethische

1386 Grenzfragen

1387 genauer beurteilen sowie Risiken, Gefahren und Auswirkungen auf künftige

1388 Generationen

1389 exakter abschätzen zu können oder Forschungen auch gar nicht durchzuführen. Das

1390 Klonen von

1391 Menschen ist auszuschließen.

1392 (158) Menschen sollen selbstbestimmt Entscheidungen über ihren Körper und ihr

1393 Leben treffen

1394 können. Voraussetzung dafür ist eine umfassende Information, damit Vor- und

1395 Nachteile

1396 abgewogen werden können.

1397 (159) Reproduktionsmedizin bietet die Möglichkeit zur selbstbestimmten

1398 Elternschaft. Dabei

1399 müssen Frauen frei von patriarchaler Bevormundung und ökonomischem Druck sein.

1400 Alle Kinder

1401 benötigen einen klaren Rechtsstatus.

1402 (160) Auch wenn die Versprechen der klassischen Gentechnik bis heute nicht

1403 eingelöst sind,

1404 so sind alte und neue gentechnische Verfahren doch in der Welt. Unser Kompass

1405 zum Umgang mit

1406 ihnen ist wie bei jeder Technologie, die Folgen der jeweiligen Anwendung für

1407 Mensch und

1408 Umwelt zu beurteilen. Nicht die Technologie, sondern ihre Chancen, Risiken und

1409 Folgen stehen

1410 im Zentrum. Forschung zu neuer Gentechnik soll ebenso gestärkt werden wie

1411 alternative

1412 Ansätze, die auf traditionelle Züchtungsverfahren setzen. Auch bei neuen

1413 gentechnischen

1414 Verfahren braucht es Risikoforschung. Wir halten an einem strengen

1415 Zulassungsverfahren und

1416 an der europäischen Orientierung am Vorsorgeprinzip fest. Es darf keine Patente

1417 auf den

1418 Genpool der Natur geben. Alle Züchtungen von Pflanzen und Tieren sind unter eine

1419 Open-

1420 Source-Lizenz zu stellen, die eine Patentierung ausschließt.

Text

1421 **Einheit**

1422 (161) Offen ist eine Gesellschaft, in der alle Bürger*innen die gleichen Rechte
1423 und
1424 Möglichkeiten haben, die die Unterschiedlichkeit von Menschen und Regionen als
1425 Stärke
1426 begreift und als Wert verteidigt und den Schutz von Minderheiten gewährt. Die
1427 offene
1428 Gesellschaft ist eine gewaltfreie. Ihre Grenzen findet sie in den Rechten und
1429 Freiheiten der
1430 Mitmenschen. Die offene Gesellschaft hinterfragt sich, lernt und ist
1431 selbstkritisch. Sie
1432 beruht auf Bedingungen, die sie selbst nicht schützen kann. Deshalb sind der
1433 Schutz und die
1434 Arbeit für sie eine dauernde politische Aufgabe.

1435 (162) Menschen sind unterschiedlich, aber ihre Rechte und ihre Würde sind
1436 gleich. Eine
1437 vielfältige, diskriminierungsfreie, gleichberechtigte Gesellschaft bedeutet
1438 demokratischen
1439 Fortschritt für alle. Sie entwickelt sich stets weiter und handelt permanent die
1440 Regeln
1441 ihres Zusammenlebens neu aus. In einer pluralistischen Gesellschaft bilden
1442 gleichberechtigte
1443 Individuen aus vielfältigen Perspektiven ein Bündnis für ein gemeinsames Wir zum
1444 Schutz und
1445 zur Förderung von Freiheit und Würde.

1446 (163) „Wir“ schließt alle ein, die in unserem Land leben. Wir sind
1447 unterschiedlich, aber uns
1448 verbindet Respekt und Akzeptanz allen Menschen gegenüber, unabhängig davon, wie
1449 sie leben,
1450 lieben, glauben und aussehen. Das macht den Reichtum unseres „Wirs“ aus.

1451 **Stadt und Land, Jung und Alt**

1452 (164) Die regionale Vielfalt, die verschiedenen historischen Erfahrungen und
1453 unterschiedlichen Lebensstile der Menschen machen Deutschland aus. Auch die
1454 historische
1455 Spaltung in Ost und West durch den Kalten Krieg sowie die Verwerfungen nach der
1456 Wiedervereinigung haben Deutschland geprägt. Unterschiede anzuerkennen, zu
1457 schützen und
1458 zugleich den sozialen Zusammenhalt zu stärken ist unsere Verpflichtung. Es ist
1459 Verantwortung
1460 des Staates, die Lebensbedingungen in sich ökonomisch und strukturell

1461 unterschiedlich
1462 entwickelnden Regionen im gesamten Bundesgebiet und auf allen Ebenen
1463 anzugleichen – etwa im
1464 Verhältnis von ländlichen Gegenden zu Städten, vom Norden zum Süden, von Ost
1465 nach West, von
1466 schrumpfenden zu wachsenden Regionen.

1467 (165) Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist als normative Aufgabe
1468 wichtig, aber
1469 immer schwieriger zu definieren. Während in strukturschwachen Regionen oftmals
1470 staatliche
1471 Institutionen fehlen, sind dort auf der anderen Seite Mieten günstiger. Die
1472 Sicherung von
1473 gleichwertigen Lebensverhältnissen wird nicht durch das gleiche Angebot wie in
1474 den
1475 Metropolen zu erreichen sein, wohl aber durch die Schaffung von Voraussetzungen
1476 für
1477 kreative, flexible und digitale Lösungen. Wir streben nach einer neuen Politik
1478 des
1479 Ausgleichs zwischen ländlichen Räumen und Städten. Dazu wollen wir eine neue
1480 Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“.

1481 (166) Gute und sichere öffentliche Räume und Institutionen sind Voraussetzungen
1482 dafür, dass
1483 die Gesellschaft zusammenhält. Damit Sicherheit und Gemeinsamkeit möglich
1484 werden, garantiert
1485 der Staat gute Versorgung, Anbindung von ländlichen Regionen und Orte der
1486 Begegnung. Zur
1487 Daseinsvorsorge gehören Breitbandversorgung, Ärzt*innen sowie Krankenhäuser, die
1488 auch für
1489 die Dorfbewohner*innen erreichbar sind, Jugendhäuser, Theater und Orchester in
1490 den
1491 ländlichen Regionen, Sportplätze und Schwimmbäder in Stadt und Land. So helfen
1492 öffentliche
1493 Räume und Institutionen, Freiheit und Selbstbestimmung zu ermöglichen,
1494 Chancengleichheit
1495 herzustellen und Aufstiegschancen zu schaffen. Sie sind mehr als staatliche
1496 Daseinsvorsorge,
1497 sie sind ein Zusammenspiel von demokratischer Staatlichkeit und
1498 bürgerschaftlichem
1499 Zusammenleben.

1500 (167) Wir wollen bessere regionale Wirtschaftskreisläufe. Sie sind nicht nur
1501 ökologischer,
1502 sondern können auch Regionen mit Strukturproblemen helfen. Die regionale
1503 Wirtschaftsförderung ist so auszurichten, dass regionale Kreisläufe unterstützt
1504 werden, vor
1505 Ort eine gute Infrastruktur vorhanden ist und auch ländliche Regionen
1506 verlässlich an die
1507 Welt angebunden sind. Dafür braucht es starke regionale Zentren als Ankerpunkte
1508 in den
1509 Regionen, die ein breites Angebot an öffentlichen und kulturellen
1510 Dienstleistungen

1511 vorhalten. Ein Beispiel sind die europäischen Metropolregionen. Bei der
1512 Ansiedelung von
1513 Bildungsinstitutionen, Landes- und Bundesbehörden sollen strukturschwache
1514 Gebiete besonders
1515 berücksichtigt werden.

1516 (168) Die europäischen Gesellschaften sind geprägt durch demographischen Wandel.
1517 Bevölkerungsverluste und -zuwächse sind sehr ungleich verteilt, vor allem
1518 zwischen Stadt und
1519 Land, und prägen unterschiedliche Identitäten und kulturelle Erfahrungen.
1520 Gleichwertige
1521 Lebensverhältnisse herzustellen ist ein Verfassungsgrundsatz und Kernaufgabe
1522 unserer
1523 Politik.

1524 (169) Das gute Zusammenleben aller Generationen und Gerechtigkeit zwischen ihnen
1525 wird in
1526 einer alternden Gesellschaft zentraler. In ihr braucht es neue Formen des
1527 Zusammenlebens und
1528 eine altersgerechte Infrastruktur. Das wirkt Einsamkeit entgegen und stärkt den
1529 sozialen
1530 Zusammenhalt.

1531 (170) Für viele Menschen ist die Familie das Fundament ihres Zusammenlebens und
1532 Glücks.
1533 Deswegen stehen Familien zu Recht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes.
1534 Familie ist
1535 da, wo Menschen mit dem Ziel der Dauerhaftigkeit Verantwortung füreinander
1536 übernehmen, sich
1537 umeinander kümmern und füreinander da sind. Das unterstützen wir, egal ob mit
1538 oder ohne
1539 Trauschein, ob alleinerziehend oder mit Partner*in, ob gleich- oder
1540 mehrgeschlechtlich, ob
1541 Patchwork oder in Mehr-Eltern-Konstellationen. Alle Formen sollen rechtlich und
1542 sozial
1543 abgesichert sein.

1544 (171) Viele Eltern wollen sich Sorge- und Erwerbsarbeit gleichberechtigt
1545 aufteilen. Das wird
1546 möglich durch ein flächendeckendes Betreuungsangebot, einen Wandel der
1547 Arbeitswelt sowie
1548 eine Reduzierung der Arbeitszeit.

1549 (172) Kinder brauchen die Freiheit zu spielen und zu lernen, zu lachen und zu
1550 weinen, zur
1551 Freude und zur Wut. Sie haben eigene Rechte. Diese gehören in den Mittelpunkt
1552 von Politik
1553 und Gesellschaft und sind im Grundgesetz eigenständig zu garantieren. Das muss
1554 sich auch in
1555 der Ausstattung von öffentlichen Räumen und Institutionen sowie der
1556 Verwirklichung von
1557 Teilhabe und eigenen Entscheidungen widerspiegeln.

1558 (173) Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf besonderen Schutz und eine
1559 starke
1560 öffentliche Fürsorge, die über gemeinsame bundesweite Standards für Kitas,
1561 Schulen,
1562 Jugendämter und föderale Träger zu garantieren sind. Kinderschutz gehört in alle
1563 Curricula
1564 für Jura, Medizin, Erziehungswissenschaften und Polizei. Kinder müssen bei
1565 Entscheidungen
1566 gehört, ihre Rechte und ihr Wille im Mittelpunkt stehen. Überall, wo mit Kindern
1567 umgegangen
1568 wird, muss Basiswissen über Kindeswohlgefährdung und Missbrauch zur
1569 Voraussetzung werden.
1570 Die Fortbildungspflicht für Familienrichter*innen und die Anforderungen an die
1571 Qualifikation
1572 von Verfahrensbeiständen sind klar gesetzlich zu regeln.

1573 (174) Guter, bezahlbarer Wohnraum für alle ist eine öffentliche Aufgabe.
1574 Wohnraum, Grund und
1575 Boden dürfen keine Spekulationsobjekte sein. Das Recht auf Wohnen soll im
1576 Grundgesetz
1577 verankert werden. Kein Mensch soll ohne Obdach sein. Auch kleine
1578 Gewerbetreibende dürfen
1579 nicht durch steigende Mieten aus ihren Vierteln vertrieben werden. Es braucht
1580 ein starkes
1581 Mietrecht, eine gesetzliche Begrenzung der Miethöhe und zum Beispiel eine
1582 Mietermitbestimmung.

1583 (175) Um das Recht auf Wohnen zu verwirklichen, ist ein hoher Bestand an
1584 öffentlichem und
1585 sozial gebundenem Wohnraum nötig. Dort, wo viele Menschen zuziehen, muss in
1586 großem Umfang
1587 gebaut werden. Wir verpflichten uns zu nachhaltigem Bauen und einer behutsamen
1588 Nachverdichtung.

1589 (176) Unser Leitbild ist das einer lebendigen, durchmischten und offenen Stadt
1590 der kurzen
1591 Wege: Dort leben Junge und Alte sowie Menschen verschiedener Herkunft gern in
1592 ihren
1593 Wohnvierteln, haben es nicht weit zur Arbeit und zum nächsten Sportplatz. Der
1594 demographische
1595 Wandel bringt neue Formen des Zusammenlebens. Ein ausreichender Bestand an
1596 barrierefreien
1597 Wohnungen und Möglichkeiten für ältere Menschen, ein aktives Leben zu führen,
1598 werden immer
1599 wichtiger.

1600 (177) Sport verbindet. Alte und Junge, Menschen verschiedener Herkunft, mit
1601 verschiedenen
1602 Erfahrungen – auf dem Fußballplatz sind alle gleich. In Deutschland engagieren
1603 sich viele
1604 Millionen Menschen im Sport – in Vereinen und Organisationen – für Fairness,
1605 Teamgeist und
1606 Verantwortung. Im Sport können die Werte einer offenen und solidarischen

1607 Gesellschaft
1608 vermittelt werden. Der organisierte Sport ist einer der wichtigsten Träger der
1609 außerschulischen Jugendarbeit und vermittelt Bildung. Diese Strukturen zu
1610 erhalten und zu
1611 stärken bedeutet, das friedliche Zusammenleben zu stärken. Auf internationaler
1612 Ebene leistet
1613 der Sport einen wichtigen Beitrag zum Kulturaustausch und zu gegenseitiger
1614 Begegnung. Sport
1615 findet nicht im politischen Vakuum statt. Das bedeutet Verantwortung für den
1616 Zusammenhalt in
1617 unserer Gesellschaft, für den Schutz von Menschenrechten, aber genauso als
1618 wirtschaftlicher
1619 Akteur und im Kampf gegen Doping.

1620 (178) Privat übernehmen viele Menschen ehrenamtlich Verantwortung für andere,
1621 sei es in
1622 Familie und Nachbarschaft oder in Vereinen, Kirchen und Initiativen. Das
1623 Ehrenamt hat eine
1624 konstitutive Rolle in unserer Demokratie und für unser Zusammenleben. Dafür
1625 braucht es Zeit,
1626 Anerkennung und Förderung, die wir als Gesellschaft bereitstellen müssen.

1627 (179) Viele Menschen sind motiviert, freiwilligen Einsatz für die Gesellschaft
1628 zu bringen.
1629 Die bestehenden Freiwilligendienste können zu einem neuen gesellschaftlichen
1630 Generationenprojekt werden, wenn sie ausgebaut und auch für die Menschen im
1631 Ruhestand
1632 geöffnet werden, die ihre Erfahrung und ihr Können weiter einbringen wollen. Ein
1633 solcher
1634 „Zivilgesellschaftsdienst“ soll Rentner*innen wie allen jungen Menschen, die ihn
1635 ausüben
1636 wollen, unabhängig vom eigenen Geldbeutel offenstehen.

1637 Vielfalt

1638 (180) In der vielfältigen Gesellschaft sind alle Staatsbürger*innen
1639 gleichberechtigt – mit
1640 gleichen Rechten, Zugängen und gleicher Teilhabe. In einer vielfältigen
1641 Gesellschaft richtet
1642 sich Zugehörigkeit nicht danach, wo jemand geboren ist, in welchem Stadtteil
1643 jemand wohnt,
1644 woher die Eltern kommen oder wie viel sie verdienen, wie jemand aussieht, was
1645 jemand glaubt
1646 oder wie der Namen klingt.

1647 (181) Diskriminierung trifft nicht alle gleichermaßen, aber sie geht alle
1648 gleichermaßen an.
1649 Eine vielfältige Gesellschaft schützt alle Menschen vor Diskriminierung,
1650 Rassismus,
1651 Antisemitismus und Gewalt – im Alltag, ob subtil oder durch gesellschaftliche
1652 Strukturen und
1653 öffentliche Institutionen.

1654 (182) Eine vielfältige Einwanderungsgesellschaft bietet Unterstützung und
1655 ermöglicht durch
1656 Zugänge und Teilhabe die Integration von Menschen, die neu zu uns kommen. Das
1657 ist ein
1658 wechselseitiger Prozess, der von allen Beteiligten die Bereitschaft verlangt,
1659 friedlich und
1660 in gegenseitigem Respekt zusammenzuleben und die Werte des Grundgesetzes zu
1661 achten.

1662 (183) Das Staatsbürgerschaftsrecht soll allen Menschen, die hier leben, arbeiten
1663 oder zur
1664 Schule gehen, wirkliche Teilhabe ermöglichen. Dazu gehören die erleichterte und
1665 beschleunigte Einbürgerung, die Ermöglichung von doppelter Staatsangehörigkeit
1666 und die
1667 Ausweitung des Geburtsrechts. Ausländer*innen, die die Voraussetzungen erfüllen,
1668 sollen
1669 möglichst bald Inländer*innen mit gleichen Rechten und Pflichten werden können.
1670 Mehrstaatigkeit bildet die Lebensrealität vieler Menschen ab.

1671 (184) Die deutsche Gesellschaft ist religiös und weltanschaulich plural. Wir
1672 setzen uns für
1673 die Bewahrung und Durchsetzung der Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen
1674 ein. Zu einer
1675 pluralistischen Gesellschaft gehört auch Religionskritik, und zwar inner- wie
1676 außerhalb der
1677 Religionsgemeinschaften. Die Wahrung der grundrechtlichen Normen und Werte kann
1678 durch keine
1679 Religion relativiert werden.

1680 (185) Die christlichen Kirchen sind Teil und Stütze unserer Gesellschaft. Der
1681 säkulare Staat
1682 muss sich am Neutralitätsprinzip ausrichten. Das bedeutet aber nicht ein
1683 Kooperationsverbot
1684 zwischen Staat und Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften. Das
1685 kooperative Modell des
1686 Staatskirchenrechtes soll zu einem pluralen Religionsverfassungsrecht
1687 weiterentwickelt
1688 werden.

1689 (186) Ein aktives jüdisches Leben in Deutschland und Europa nach der Shoa ist
1690 eine große
1691 Verantwortung für den deutschen Staat. Jüdinnen und Juden in ihrer
1692 Selbstentfaltung zu
1693 unterstützen sowie ihre Sicherheit und die der jüdischen Einrichtungen zu
1694 gewährleisten ist
1695 eine wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft. Sich Antisemitismus in jeder Form
1696 entgegenzustellen ist die Verpflichtung unseres Rechtsstaates und die immer
1697 währende Aufgabe
1698 aller Menschen in Deutschland und in Europa. Das Existenzrecht und die
1699 Sicherheit Israels
1700 mit gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar.

1701 (187) Muslimas und Muslime sind nach den Angehörigen der großen christlichen
1702 Konfessionen
1703 die größte religiöse Gruppe in diesem Land. Der Islam gehört damit
1704 selbstverständlich zu
1705 Deutschland. Moscheen und muslimische Gemeinden müssen vor Bedrohungen und
1706 Angriffen
1707 geschützt, die Sicherheit von Muslimas und Muslimen muss gewährleistet werden.
1708 Antimuslimischen Rassismus zu bekämpfen ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft.
1709 Wir
1710 unterstützen das Anliegen vieler Muslimas und Muslime, mittelfristig anerkannte
1711 und
1712 gleichberechtigte Religionsgemeinschaft(en) im Sinne und nach den Regeln des
1713 Grundgesetzes
1714 bilden zu können, und befürworten Staatsverträge mit islamischen
1715 Religionsgemeinschaften.

1716 (188) Menschen mit Romno-Hintergrund sind die größte Minderheit in Europa. Sie
1717 sind Teil der
1718 europäischen Geschichte und Gegenwart seit mehr als 600 Jahren, auch in
1719 Deutschland.
1720 Menschen mit Romno-Hintergrund werden oft als homogene Gruppe wahrgenommen. Sie
1721 werden mit
1722 stereotypen, stigmatisierenden Eigenschaften beschrieben, die zu massiver
1723 Diskriminierung in
1724 Bereichen wie Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen und Gesundheit führen. Kultur und
1725 Sprache der
1726 nationalen Minderheit der Sinti und Roma sind vom Staat zu schützen und zu
1727 fördern.

1728 (189) Das Bewusstsein für die Singularität der Verbrechen des
1729 Nationalsozialismus als
1730 universelle Mahnung an die gesamte Menschheit und die daraus folgende
1731 historische
1732 Verantwortung wachzuhalten ist vordringliche Aufgabe deutscher
1733 Erinnerungskultur. Es kann
1734 keinen Schlussstrich geben.

1735 (190) In einer erweiterten Erinnerungskultur mit globaler Perspektive sollten
1736 sich die
1737 unterschiedlichen historischen Erfahrungen der Menschen widerspiegeln, die nach
1738 Deutschland
1739 eingewandert sind und hier leben. Die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit
1740 ist
1741 Voraussetzung für eine Gesellschaft, in der Schwarze Menschen frei von Rassismus
1742 leben
1743 können, und sollte selbstverständlicher Teil der Erinnerungskultur sein.

1744 (191) Inklusion ist ein Menschenrecht. In einer inklusiven Gesellschaft können
1745 alle Menschen
1746 ohne Angst in ihren Eigenschaften und Lebensformen verschieden sein. Die Rechte
1747 von Menschen
1748 mit Behinderung müssen umfassend gewahrt, geschützt und realisiert werden. Wir
1749 streben

1750 Inklusion und Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen an. Sicherung der
1751 Selbstbestimmung
1752 und eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe genießen dabei Priorität.

1753 **Feminismus und Geschlechtergleichstellung**

1754 (192) Feminismus ist sowohl die Vision einer gleichberechtigten Gesellschaft als
1755 auch der
1756 Weg dorthin. Er verspricht, echte Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen
1757 einzulösen –
1758 rechtlich, kulturell und ökonomisch.

1759 (193) Eine Gesellschaft, in der gleiche Teilhabe für alle Geschlechter
1760 Wirklichkeit ist,
1761 schützt und stärkt die Rechte aller Frauen in ihrer Unterschiedlichkeit und
1762 unabhängig von
1763 Herkunft, Alter, Religion, Behinderung, Sexualität oder Klasse. Deshalb
1764 verfolgen wir einen
1765 Feminismus, der verschiedene Diskriminierungsformen auch in ihrer Verschränkung
1766 erkennt und
1767 an ihrer Beseitigung arbeitet.

1768 (194) Gesellschaftlich vorgegebene Rollenzwänge führen zu ungleichen Chancen und
1769 häufig zu
1770 individuellem Leid. Sexismus behindert Frauen im Job, in der Schule, in der Uni,
1771 vor
1772 Gericht, im Privatleben, in den Medien, im Internet. Auch Männer profitieren von
1773 der
1774 Überwindung feststehender Geschlechterrollen. Gemeinsam schaffen wir eine
1775 Gesellschaft, in
1776 der alle Menschen frei von einschränkenden Rollenbildern leben können.

1777 (195) Das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper und das eigene
1778 Leben muss für
1779 Frauen und Mädchen uneingeschränkt gelten. Dieses Recht zu realisieren ist Teil
1780 einer guten
1781 Gesundheitsversorgung. Schwangerschaftsabbrüche haben nichts im Strafgesetzbuch
1782 verloren.
1783 Intergeschlechtliche- und transsexuelle Menschen haben ausschließlich selbst das
1784 Recht, ihr
1785 Geschlecht zu definieren.

1786 (196) Frauen sollen in allen Bereichen der Gesellschaft mitbestimmen und
1787 Verantwortung
1788 übernehmen können. Gleichberechtigung bedeutet nicht nur, aber auch mehr Frauen
1789 in
1790 Führungspositionen – in der Politik, in der Zivilgesellschaft und in der
1791 Wirtschaft. Wo
1792 freiwillige Selbstverpflichtung nicht hilft, sind Quoten ein wichtiges
1793 Instrument für mehr
1794 Parität. Sie zielen dabei immer auf eine Welt, in der sie sich selbst
1795 überflüssig machen.

1796 (197) Eine offene Gesellschaft ist eine der Geschlechtervielfalt, in der alle
1797 Menschen ohne
1798 Angst verschieden sein können. Freiheit und Würde bedeuten, sich einem
1799 Geschlecht zuordnen
1800 zu können oder auch nicht. Und es bedeutet, die eigene sexuelle Identität
1801 selbstbestimmt zu
1802 finden. Freiheit und Würde bedeuten auch, gemäß der eigenen sexuellen
1803 Orientierung die
1804 Lebensform, die Partnerschaft und das Familienmodell selbst zu wählen und dafür
1805 jeweils die
1806 gleichen Rechte und den gleichen Schutz vom Staat zu erhalten. Antiquere, homo-
1807 und
1808 transphobe Ressentiments und Diskriminierung sowie Angriffe auf Lesben, Schwule,
1809 Bi-, Trans-
1810 und Intersexuelle, Transgender oder Queers sind menschenrechtliche Verstöße und
1811 müssen von
1812 der gesamten Gesellschaft klar zurückgewiesen werden.

1813 **Kunst und Kultur**

1814 (198) Kunst ist frei. Kunst dient niemandem. Kunst gehört niemandem exklusiv.
1815 Sie ist
1816 vielfältig und deutungsoffen und nie homogen. Kunst und Kultur lassen aus dem
1817 Zusammenspiel
1818 unterschiedlichster Einflüsse und Zusammenhänge Neues entstehen und sind so
1819 Motor
1820 gesellschaftlicher Entwicklung. Wir schützen die Freiheit der Kunst und wenden
1821 uns dagegen,
1822 Kunst und Kultur vereinheitlichen, ethnisch oder sozial abgrenzen zu wollen oder
1823 alleinige
1824 Deutungshoheit über sie zu beanspruchen.

1825 (199) Freie Kunst und Kultur sind eine Grundlage für Demokratie und friedliches
1826 Zusammenleben. Sie sind Ausdruck und Anlass individueller und gesellschaftlicher
1827 Reflexion,
1828 persönlichen und kollektiven Erkenntnisgewinns sowie persönlicher und
1829 kollektiver
1830 Entwicklung. Kulturelle Vielfalt zu fördern und zu schützen ist wichtige Aufgabe
1831 in der
1832 offenen Gesellschaft. Der Zugang zu und Teilhabe an Kunst und Kultur muss für
1833 alle gleich
1834 gewährleistet sein. Das gilt für kulturelle Bildung genauso wie für
1835 Kulturinstitutionen,
1836 Kulturvereine und Kulturgüter. Deshalb brauchen Kunst und Kultur öffentliche
1837 Förderung.

1838 (200) Deutschlands Kolonialvergangenheit ist auch im Kulturbereich wenig
1839 aufgearbeitet. Der
1840 Schlüssel dafür sind eine umfängliche Forschung über die Herkunft von
1841 Kunstobjekten und der
1842 transparente Umgang mit den Sammlungen deutscher Museen, der in einem aktiven

1843 Austausch mit
1844 den betroffenen Gesellschaften mündet. Dazu gehört auch die Rückgabe von
1845 entwendeten
1846 Kulturgütern aus kolonialen Kontexten. Der auswärtigen Kultur- und
1847 Bildungspolitik kommt in
1848 diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle als Brücke in die Zivilgesellschaften
1849 der Welt zu.

1850 **Gesundheit und Pflege**

1851 (201) Oberste Aufgabe jeder Gesundheitspolitik ist es, die Würde der und des
1852 Einzelnen auch
1853 in Krankheitsfällen, Notfällen und Ausnahmesituationen zu wahren und
1854 gleichzeitig
1855 Krankheiten und Gesundheitsrisiken vorzubeugen. Gesundheit und Pflege sind
1856 zentrale Pfeiler
1857 der Daseinsvorsorge. Es ist öffentliche Aufgabe, jedem Menschen, unabhängig von
1858 Alter,
1859 Einkommen, Geschlecht, Herkunft, sozialer Lage oder etwaiger Behinderung sowie
1860 vom Wohnort,
1861 Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Versorgung zu garantieren. Die
1862 Versorgung muss dem
1863 Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entsprechen, den medizinischen
1864 Fortschritt
1865 berücksichtigen und auch den Bedarfen von besonders verletzlichen
1866 Personengruppen gerecht
1867 werden.

1868 (202) In der global vernetzten Welt des 21. Jahrhunderts ist spätestens seit der
1869 Corona-
1870 Krise klar, dass moderne Gesundheitssysteme für alle unverzichtbar sind.
1871 Gesundheit ist ein
1872 globales Gemeingut. Internationale und solidarische Kooperation bei
1873 Gesundheitsforschung und
1874 dem Aufbau guter Gesundheitssysteme ist eine gemeinsame Aufgabe der
1875 Weltgemeinschaft. Es
1876 braucht weltweit eine Versorgungssicherheit mit zentralen Arzneimitteln und
1877 Materialien. Sie
1878 müssen auch in Europa produziert werden.

1879 (203) Gesundheitsversorgung ist öffentliche Aufgabe. Sie muss dem Menschen und
1880 der
1881 Allgemeinheit zugutekommen und dient nicht dem Zweck, hohe Renditen zu erzielen.
1882 Öffentliches und beitragsfinanziertes Geld muss im System bleiben. Der Trend zur
1883 Privatisierung im Krankenhausbereich muss gestoppt werden. Bei privaten Kliniken
1884 und
1885 Pflegeheimen sollen Gewinnausschüttungen gesetzlich beschränkt werden.
1886 Gesundheitssysteme,
1887 die sich auf den Markt verlassen, sind teuer und ineffizient.

1888 (204) Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten eine gute Gesundheitsversorgung
1889 in der Stadt

1890 und auf dem Land. Jeder Mensch muss Zugang zu medizinischer Hilfe haben, egal wo
1891 er lebt.
1892 Dafür müssen aber nicht alle Kliniken dieselbe Leistung anbieten. Durch ein
1893 Stufenmodell von
1894 der Basisversorgung bis hin zu Spezialkliniken kann die Versorgung im ländlichen
1895 Raum
1896 gestärkt und zeitgleich eine gute Qualität bei allen Behandlungen sichergestellt
1897 werden.

1898 (205) Nur ein gut finanziertes Gesundheitssystem kann die Würde der
1899 Patient*innen und die
1900 Rechte der Beschäftigten gleichermaßen schützen. Die Kommerzialisierung des
1901 Gesundheitswesens hat zu Fehlanreizen, erzwungener Kostenersparnis zulasten der
1902 Versorgungssicherheit und zu einer falschen Verteilung von Geldern geführt. Die
1903 Krankenhausfinanzierung muss neu gedacht und im Sinne der Versorgungssicherheit
1904 und -
1905 qualität auf die Fläche, auf eine gute Bezahlung für Beschäftigte, auf Vorsorge
1906 und auf
1907 Krisenresilienz ausgerichtet werden. Kliniken sollen nicht nur nach erbrachter
1908 Leistung,
1909 sondern nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür müssen
1910 die
1911 Fallpauschalen reformiert und um eine strukturelle Finanzierung ergänzt werden.
1912 Die Planung
1913 im Gesundheitssystem soll gestärkt werden und sektorenübergreifend erfolgen. Das
1914 bedeutet,
1915 dass stationäre und ambulante Versorgung zusammen gedacht und finanziert werden.

1916 (206) Eine bessere Vernetzung, Koordination und Zusammenarbeit über alle
1917 Berufsgruppen
1918 hinweg, wie sie zum Beispiel in Gesundheitszentren stattfindet, ist notwendig,
1919 um den
1920 Bedarfen der Patient*innen in einer älter werdenden Gesellschaft besser gerecht
1921 zu werden.
1922 Eine gut abgestimmte integrierte Versorgung, in der Ärzt*innen, Pflegekräfte und
1923 andere
1924 Heilberufe sowie ein gut ausgestatteter öffentlicher Gesundheitsdienst Hand in
1925 Hand
1926 zusammenarbeiten, muss darum zur Regel werden. Dabei helfen eine umfassende
1927 Versorgungsplanung, Gesundheitsberichterstattung und eine Stärkung der
1928 Gesundheits- und
1929 Versorgungsforschung. Heilmittelerbringer*innen und gesundheitsnahe Berufe sind
1930 ein
1931 essenzieller Teil unseres Gesundheitssystems und müssen finanziell besser
1932 abgesichert
1933 werden. Eine Stärkung der professionellen Pflege ist Voraussetzung für ein gutes
1934 Versorgungsnetz in der Fläche. Dafür braucht es eine Aufwertung und Ausweitung
1935 der
1936 Kompetenzen in Gesundheits- und Pflegefachberufen.

1937 (207) Gute Gesundheit und Pflege gibt es nur mit guten Arbeitsbedingungen.
1938 Altenpfleger*innen, Krankenpfleger*innen oder Hebammen und Geburtshelfer sind
1939 das Rückgrat

1940 unserer Gesellschaft. In diesem Arbeitsbereich droht permanent die Gefahr von
1941 Überlastung
1942 und Überarbeitung. Sich um andere zu kümmern darf nicht krank machen. Es braucht
1943 mehr
1944 Personal, mehr Lohn und mehr Zeit. Der Staat trägt hier auch aufgrund des im
1945 Grundgesetz
1946 festgeschriebenen Sozialstaatsgebots eine besondere Verantwortung.

1947 (208) Die Digitalisierung und Automatisierung kann helfen, den Fachkräftemangel
1948 im
1949 Gesundheitswesen zu bekämpfen und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Mithilfe der
1950 Koordinierung und des Abgleichs von Kapazitäten und der Übernahme von
1951 unterstützenden
1952 Tätigkeiten durch Robotik und digitale Hilfsmittel kann mehr Zeit für die
1953 persönliche Arbeit
1954 mit Patient*innen gewonnen werden.

1955 (209) Solidarisch finanziert können die Herausforderungen der älter werdenden
1956 Gesellschaft
1957 und die Kosten des medizinischen Fortschritts am besten bewältigt werden. Indem
1958 alle
1959 Bevölkerungsgruppen in die Finanzierung über eine Bürgerversicherung einbezogen
1960 werden,
1961 können wir die Belastungen fair und für alle tragfähig ausgestalten. Gesundheit
1962 und Pflege
1963 muss allen Menschen gleich zur Verfügung stehen. Es darf keinen Unterschied beim
1964 Zugang nach
1965 Einkommen oder Versicherungsstatus geben.

1966 (210) Gute Gesundheitspolitik bedeutet die Vermeidung von Erkrankungen und von
1967 Pflegebedürftigkeit. Prävention und Gesundheitsförderung sind deshalb
1968 Querschnittsaufgaben,
1969 die in allen Politikbereichen verfolgt werden müssen. Prekäre Lebensverhältnisse
1970 machen in
1971 vielen Fällen krank. Menschen, die in Armut leben, haben eine höhere
1972 Wahrscheinlichkeit zu
1973 erkranken und oft einen schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem. Eine gute
1974 Sozialpolitik
1975 ist Teil einer umfassenden Gesundheitsvorsorge.

1976 (211) Menschen sind immer Menschen, niemals „Fälle“, egal ob gesund, krank,
1977 pflegebedürftig
1978 oder eingeschränkt. Patient*innen sind Akteur*innen mit starken Rechten. Für
1979 Patient*innen
1980 müssen ihre eigenen Gesundheitsdaten jederzeit zugänglich sein und durch strenge
1981 Datenschutzstandards gesichert werden. Gesundheitsbildung und unabhängige
1982 Gesundheitsberatung sollen zu einem festen Bestandteil unseres
1983 Gesundheitssystems werden.

1984 (212) Die digitale Verfügbarkeit von Patient*innen-Daten und Infektionswegen
1985 kann
1986 Bürger*innen-Rechte nicht nur schützen, sondern auch sichern. Die Chancen der
1987 Digitalisierung gilt es sowohl bei der Organisation der Gesundheitsversorgung,

1988 im
1989 Pflegebereich als auch bei der Verwaltung von Gesundheitsdaten und bei der
1990 individuellen
1991 Prävention zu nutzen. So wird auch in Zeiten des demographischen Wandels ein
1992 zukunftsfähiges
1993 Gesundheitssystem erhalten. Aufgrund der Sensibilität von Gesundheitsdaten kommt
1994 dem
1995 Datenschutz dabei eine herausragende Rolle zu. Gerade deshalb sollte die
1996 Infrastruktur von
1997 staatlicher Seite und nicht von privaten Drittanbietern zur Verfügung gestellt
1998 werden.
1999 Deshalb sollen die Gesundheitsdaten inklusive der Patient*innen-Daten unter
2000 Wahrung höchster
2001 Datenschutzstandards digital erfasst werden.

2002 (213) Menschen, die pflegebedürftig werden, wollen zumeist in ihrem gewohnten
2003 Umfeld
2004 bleiben. Eine dezentrale Pflegestruktur, bei der die Wünsche, die
2005 Selbstbestimmung und
2006 Selbstständigkeit der Betroffenen im Mittelpunkt stehen, ist dafür der beste
2007 Weg. Wir
2008 streben einen Sozialstaat an, der gute und inklusive Institutionen der Pflege
2009 und Betreuung
2010 für alle zur Verfügung stellt.

2011 (214) Leistungen, die medizinisch notwendig sind und deren Wirksamkeit
2012 wissenschaftlich
2013 erwiesen ist, müssen von der Solidargemeinschaft übernommen werden. Medikamente,
2014 die der
2015 Gesellschaft insgesamt dienen, dürfen nicht patentiert sein.

2016 (215) Die Versorgung mit Hebammen und Geburtshelfern, Geburtshäusern und
2017 Kreißsälen muss in
2018 ländlichen Regionen genauso gesichert sein wie in Städten. Die reproduktive
2019 Selbstbestimmung
2020 muss gewährleistet sein, das bedeutet den kostenfreien Zugang zu
2021 Verhütungsmitteln und die
2022 Sicherstellung von ärztlich vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüchen. Das ist ein
2023 wichtiger
2024 Teil der Gesundheitsversorgung und Selbstbestimmung von Frauen.

2025 (216) Statt einer Kriminalisierung von Süchtigen setzen wir auf Prävention,
2026 Entkriminalisierung und passgenaue Hilfsangebote. Cannabis sollte legalisiert
2027 werden. Eine
2028 kontrollierte Abgabe von Suchtmitteln und eine an den gesundheitlichen Risiken
2029 orientierte
2030 Regulierung sind der richtige Weg für wirksamen Jugendschutz, zur Verhinderung
2031 von
2032 Drogentoten und um kriminelle Strukturen und Ursachen für Drogenkriege
2033 trocken zu legen.

A7NEU Kapitel 5: Demokratie stärken

Antragsteller*innen:

Text

2034 Rechte und Zugänge

2035 (217) Demokratie ermöglicht ein Leben in Würde und Freiheit. Vielfältige
2036 Demokratie
2037 bedeutet, dass wir als Gesellschaft unsere Lebensumstände mit gleichen
2038 Beteiligungsmöglichkeiten gemeinsam gestalten. Souverän eines demokratischen
2039 Staates sind
2040 die Staatsbürger*innen, der Verantwortungsbereich der Demokratie ist die gesamte
2041 Bevölkerung. Demokratie ist nicht auf einen formalen Prozess reduzierbar,
2042 sondern
2043 Leitprinzip für ein Miteinander in gleicher politischer Freiheit.

2044 (218) Staatlich garantierte Freiheitsrechte, Minderheitenschutz und
2045 Daseinsvorsorge, die
2046 Beseitigung von Armut und Diskriminierung, der Zugang zu Bildung und
2047 öffentlicher Meinungs-
2048 und Willensbildung sowie ein ausreichendes Maß an Zeit für politische
2049 Beteiligung gehören zu
2050 einer freiheitlichen und vielfältigen Demokratie.

2051 (219) Die Folgen demokratischer Entscheidungen reichen oft über den regionalen
2052 oder
2053 nationalen Rahmen hinaus. Daher müssen die globalen Auswirkungen in
2054 Entscheidungsprozessen
2055 immer berücksichtigt werden. Globalisierung erfordert transnationale
2056 demokratische
2057 Handlungsfähigkeit. Nur mit fairem Interessenausgleich und demokratischer
2058 globaler
2059 Kooperation können wir richtige und wirksame Antworten auf globale
2060 Herausforderungen geben.
2061 Um demokratische Handlungsfähigkeit in einer globalisierten Welt zu stärken,
2062 soll sich die
2063 EU perspektivisch weiterentwickeln zu einer Föderalen Europäischen Republik.

2064 (220) Demokratie ohne Meinungsfreiheit ist undenkbar. In der Demokratie kann
2065 jeder Mensch
2066 seine Meinung frei äußern und jede*r muss Widerspruch zur eigenen Meinung
2067 aushalten. Hass
2068 und Hetze sind nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt.

2069 (221) Demokratie ist angewiesen auf Demokrat*innen. Die Freiräume einer starken
2070 und
2071 lebendigen Zivilgesellschaft sind zu schützen. Demokratie beginnt vor Ort. Ohne
2072 ehrenamtliches Engagement würde unser Gemeinwesen nicht funktionieren.
2073 Demokratie lebt von
2074 Menschen, die sich für andere engagieren und unser Gemeinwesen mitgestalten – in
2075 Bürgerinitiativen und Parteien, in Vereinen, Feuerwehren und Kirchen, in NGOs,

2076 Gewerkschaften und Unternehmen, bei Demonstrationen, im Sportverein und in
2077 Bewegungen.

2078 Solches Engagement ist der Kitt, der unsere pluralistische Gesellschaft
2079 zusammenhält,
2080 deshalb muss Gemeinnützigkeit umfassend rechtlich abgesichert werden.

2081 (222) Friedlicher zivilgesellschaftlicher Protest ist eine wichtige Ressource in
2082 einer
2083 lebendigen Demokratie.

2084 (223) Die beste Verteidigung der parlamentarischen Demokratie ist ihre
2085 Weiterentwicklung. Es
2086 gilt, der Verknöcherung demokratischer Institutionen und Verfahren
2087 entgegenzuwirken, um die
2088 Demokratie lebendig zu halten. Durch Offenheit für neue
2089 Beteiligungsmöglichkeiten wird
2090 Vertrauensverlusten und einer einseitigen Interessenslage in demokratischen
2091 Prozessen
2092 entgegengewirkt.

2093 (224) Repräsentationsdefizite machen die parlamentarische Demokratie angreifbar.
2094 Ein
2095 demokratisches Miteinander muss die Voraussetzungen für sein Fortbestehen immer
2096 wieder neu
2097 schaffen und Ausschlüssen und Repräsentationsdefiziten in den eigenen Strukturen
2098 entgegenwirken. Eine vielfältige Gesellschaft muss sich in ihren demokratischen
2099 Institutionen und Einrichtungen abbilden.

2100 (225) Frauenrechte sind der Gradmesser der Demokratie. Frauen sollen an allen
2101 demokratischen
2102 Prozessen gleichberechtigt beteiligt und angemessen in den Parlamenten und
2103 gesellschaftlichen Führungspositionen vertreten sein. Voraussetzung hierfür sind
2104 Lebensbedingungen, die es ermöglichen, Erwerbsarbeit sowie Familien-,
2105 gesellschaftliche und
2106 politische Arbeit zu vereinbaren.

2107 (226) Um sich demokratisch engagieren und sich souverän und selbstbestimmt
2108 entscheiden zu
2109 können, braucht es die Möglichkeit zur unabhängigen Information. Digitale
2110 Plattformen, die
2111 nicht von kommerziellen Interessen gesteuert sind, unabhängiger Journalismus in
2112 freien
2113 Medien, ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk sowie solide
2114 Medienbildung von
2115 Kindesbeinen an sind Impfschutz gegen demokratiefeindliche Kampagnen und Fake
2116 News.

2117 (227) Voraussetzung für Demokratie sind ein gewaltfreier Diskurs und die
2118 Akzeptanz der
2119 Menschenwürde sowie der unverletzlichen und unveräußerlichen Grund- und
2120 Menschenrechte. Eine
2121 Gesinnung, die dem oder der Einzelnen seine bzw. ihre individuellen Bedürfnisse
2122 und
2123 Interessen abspricht und die definieren will, wer dazugehört und wer nicht, ist

2124 undemokratisch. Rassismus und Ausgrenzung widersprechen der Idee von politischer
2125 Gleichheit.
2126 Zivilcourage und rechtsstaatliche Maßnahmen gegen Hass und Entmenschlichung sind
2127 zentral für
2128 die Wehrhaftigkeit der vielfältigen Demokratie.

2129 (228) Die Interessen von Menschen, die sozial an den Rand gedrängt sind, die
2130 kaum Zugang zu
2131 guter Bildung haben oder die unter den Anstrengungen von prekärer Arbeit leben,
2132 sind häufig
2133 unterrepräsentiert. Eine Garantie auf ein Existenzminimum, ausreichend Zeit für
2134 politische
2135 Beteiligung sowie die Möglichkeit zur sozialen und kulturellen Teilhabe sind
2136 notwendige
2137 Bedingungen für Demokratie.

2138 (229) Unser Wirtschaftssystem unterliegt Werten und Regeln, wirtschaftliche
2139 Staatsbürgerrechte sind Teil der demokratischen Rechte des Einzelnen. Die
2140 sozial-ökologische
2141 Marktwirtschaft ist über betriebliche Mitbestimmung, Aktionärsbeteiligung sowie
2142 gewerkschaftliche Vertretung organisiert. All das braucht starke Gewerkschaften.
2143 Im Sinne
2144 der Gemeinwohlökonomie soll selbstverständlich sein, dass alle Stakeholder und
2145 Betroffenen
2146 ein Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen erhalten.

2147 (230) Verdeckte, einseitige Einflussnahme wirtschaftlich machtvoller Interessen
2148 gefährdet
2149 die Demokratie. Für klare Schranken sorgen Transparenz von beispielsweise
2150 personellen
2151 Verflechtungen oder Nebentätigkeiten politischer Entscheidungsträger*innen sowie
2152 die
2153 entschiedene Verfolgung von Korruption. So kann Lobbyismus von finanzstarken
2154 Akteur*innen,
2155 der anderen Interessen politische Spielräume nimmt und für unfaire
2156 Aushandlungsprozesse
2157 sorgt, kontrollier- und sanktionierbar werden.

2158 (231) Die Ausbildung einer transnationalen und europäischen Öffentlichkeit ist
2159 eine wichtige
2160 Voraussetzung für eine funktionierende Zusammenarbeit und die Demokratisierung
2161 der EU.

2162 **Repräsentanz und Beteiligung**

2163 (232) Über Repräsentation und demokratisch geregelte Verfahren können sich
2164 Meinungen,
2165 Interessen und Vorstellungen zu Entscheidungen und Mehrheiten angemessen und
2166 gerecht
2167 bündeln. Das ist Grundlage demokratischer Machtausübung. Die parlamentarische
2168 Demokratie
2169 schafft so legitime Herrschaft der Menschen über sich selbst.

2170 (233) Unsere Demokratie hat ein erhebliches Repräsentationsdefizit, wenn
2171 Millionen
2172 Jugendliche und Kinder ausgeblendet werden, obwohl sie von Geburt an
2173 Staatsbürger*innen
2174 sind. Entsprechend sollte im nächsten Schritt ein bundesweites Wahlrecht ab 16
2175 gelten und
2176 sollten weitere Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen ausgebaut werden.

2177 (234) Parlamente sind zentrale Orte der politischen Debatte und das Rückgrat
2178 unserer
2179 vielfältigen Demokratie. Abgeordnete brauchen Unabhängigkeit und starke
2180 Kontrollrechte
2181 gegenüber der Regierung. Parlamentarismus braucht das Ringen um beste Lösungen
2182 zwischen
2183 Regierung und Opposition. Gleichzeitig trägt inhaltliche Zusammenarbeit abseits
2184 von starren
2185 Fraktionsgrenzen wie im Europaparlament und in anderen europäischen Parlamenten
2186 zum Finden
2187 dieser Lösungen bei. Für das Vertrauen in demokratische Verfahren ist es
2188 zentral, die
2189 Nachvollziehbarkeit von Regeln, Prozessen und Ergebnissen gewährleisten zu
2190 können.

2191 (235) Ziel einer lebendigen Demokratie ist es, möglichst vielen Menschen die
2192 Möglichkeit zu
2193 geben, ihre konkrete Lebensrealität und ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.
2194 Demokratie
2195 braucht Parteien. Sie sind der Ort, wo Menschen ihre politischen Haltungen,
2196 Interessen und
2197 Ziele organisieren und diese in die öffentliche und parlamentarische
2198 Auseinandersetzung
2199 tragen können. Parteien wirken bei der Meinungsbildung mit, bündeln Interessen
2200 und
2201 Werthaltungen und treten in einen demokratischen Wettstreit zur Besetzung von
2202 Parlaments-
2203 und Staatsämtern.

2204 (236) Parteien brauchen eine auskömmliche staatliche Finanzierung. Parteispenden
2205 von
2206 Unternehmen sind immer auch Einflussnahme und Lobbyismus. Spenden an Parteien
2207 von
2208 natürlichen Personen sind mit einer jährlichen Obergrenze zu versehen, um die
2209 Unabhängigkeit
2210 von ökonomisch mächtigen Interessen zu garantieren. Solange Unternehmensspenden
2211 erlaubt
2212 sind, sprechen wir uns für eine Begrenzung der Wahlkampfbudgets von Parteien
2213 aus.

2214 (237) Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die repräsentative
2215 Demokratie. Mit
2216 Bürgerräten soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei ausgewählten Themen die
2217 Alltagsexpertise von Bürger*innen noch direkter in die Gesetzgebung einfließen
2218 zu lassen.

2219 Zufällig ausgewählte Bürger*innen beraten in einem festgelegten Zeitraum über
2220 eine konkrete
2221 Fragestellung und erarbeiten Handlungsempfehlungen und Impulse für die
2222 öffentliche
2223 Auseinandersetzung und die parlamentarische Entscheidung. Es gilt
2224 sicherzustellen, dass die
2225 Teilnehmer*innen sich frei, gleich und fair eine Meinung bilden können und dass
2226 ihnen
2227 ausreichend Raum für eine intensive Auseinandersetzung mit der Fragestellung
2228 gegeben wird.
2229 Bürgerräten kommt eine rein beratende Funktion für die öffentliche Debatte und
2230 Gesetzgebung
2231 zu. Regierung und Parlament müssen sich mit den Ergebnissen auseinandersetzen,
2232 ihnen aber
2233 nicht folgen. Bürgerräte können auf Initiative der Regierung, des Parlaments
2234 oder als
2235 Bürgerbegehren zu einer konkreten Fragestellung eingesetzt werden. Das soll auch
2236 auf
2237 Bundesebene möglich sein.

2238 **Föderale Europäische Republik**

2239 (238) Die Herausforderungen unserer Zeit können wir nur gemeinsam meistern.
2240 Daher brauchen
2241 wir eine gestärkte politische Europäische Union. Es gilt, die EU im Zuge
2242 weiterer
2243 Integrationsschritte gemeinsam mit den europäischen Bürger*innen zu stärken und
2244 perspektivisch zur Föderalen Europäischen Republik weiterzuentwickeln.

2245 (239) Die Föderale Europäische Republik schafft einen Rahmen, in dem sich nicht
2246 einzelne
2247 mächtige Interessen oder Regierungen durchsetzen, sondern das Allgemeinwohl. In
2248 ihr werden
2249 gleiche Rechte für alle Bürger*innen über die EU-Grundrechtecharta verbindlich
2250 garantiert,
2251 und zwar unabhängig davon, in welchem Land der Republik jemand lebt. So wird die
2252 Souveränität der Bürger*innen gestärkt. Es gilt das Prinzip der Subsidiarität,
2253 wonach
2254 Aufgaben und Zuständigkeiten auf der jeweils untersten möglichen Ebene –
2255 Kommune, Land,
2256 Bund, EU – behandelt werden.

2257 (240) Der zentrale Ort für alle europäischen Entscheidungen ist das Parlament.
2258 Es ist in
2259 einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein gleichberechtigter Teil der
2260 gesetzgebenden
2261 Gewalt. Das Europäische Parlament wird ermächtigt, selbst Gesetze auf den Weg zu
2262 bringen,
2263 alle Politikbereiche der Union und das Budget zu kontrollieren. Die EU-
2264 Kommission soll in
2265 der Föderalen Europäischen Republik Teil eines parlamentarischen

2266 Regierungssystems sein. Der
2267 Haushalt speist sich auch aus eigenen Mitteln und wird vom Europäischen
2268 Parlament
2269 beschlossen. Er verfügt über eigene Steuereinnahmen und ist groß genug ist, um
2270 makroökonomisch zu stabilisieren und in schweren Krisen Zuschüsse in die
2271 nationalen
2272 Haushalte zu leisten.

2273 **Bundesstaat**

2274 (241) Wir denken Politik von unten nach oben. Dörfer und Städte, in denen wir
2275 leben, geben
2276 Halt in einer komplexen Welt, daher sind Kommunen zu stärken. Den Stimmen der
2277 Regionen
2278 wollen wir auf europäischer Ebene mehr Gewicht verleihen. Demokratische
2279 Entscheidungen
2280 müssen so nah wie möglich an den Bürger*innen getroffen werden und immer dort,
2281 wo sie am
2282 besten zu verwirklichen sind – in den Gemeinden und Städten, auf Landesebene, in
2283 den
2284 Nationalstaaten oder auf Ebene der EU.

2285 (242) Kooperationen zwischen den Ländern und zwischen den Kommunen sollen
2286 gestärkt werden.
2287 Sinnvoll sind sie da, wo sie zu Effizienz- und ökologischen Gewinnen und
2288 gleichwertiger
2289 Versorgung führen, etwa bei gemeinsamen Gewerbe- und Baugebieten, regionaler
2290 Daseinsvorsorge, Klimaschutz und Bewältigung der Klimafolgen, bei
2291 Digitalisierung und
2292 Mobilität.

2293 (243) Länder und Kommunen brauchen eine eigene politische Gestaltungsfähigkeit
2294 sowie einen
2295 größeren Handlungsspielraum, insbesondere bei den sogenannten freiwilligen
2296 Leistungen. Das
2297 Konnexitätsprinzip zwischen Bund und Ländern führt dazu, dass eine auskömmliche
2298 und
2299 aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen gesichert ist. Es gilt
2300 allerdings nicht
2301 umgekehrt, dass also Kommunen oder Länder, die Aufgaben nicht wahrnehmen, sich
2302 an der
2303 Aufgabenerfüllung auf anderer Ebene beteiligen müssen. Das wollen wir ändern,
2304 dafür wollen
2305 wir einen Altschuldenfonds einführen sowie ein Investitionsprogramm
2306 Daseinsvorsorge
2307 auflegen.

2308 **Rechtsstaat und Sicherheit**

2309 (244) Erst wenn sich Menschen sicher fühlen, leben sie frei, selbstbestimmt und
2310 in Würde.

2311 Sicherheit muss für alle gleich garantiert sein, egal, wo jemand wohnt, was
2312 jemand glaubt,
2313 wen jemand liebt, wie jemand aussieht oder woher jemand und seine Vorfahren
2314 kommen. Freiheit
2315 und Sicherheit bedingen sich.

2316 (245) Der Rechtsstaat ist der Garant für den Schutz der individuellen
2317 Freiheitsrechte und
2318 der vielfältigen Demokratie. Ein funktionierender Rechtsstaat bedeutet: Alle
2319 Menschen sind
2320 gleich vor dem Gesetz und haben dieselben Rechte und Pflichten. Der Rechtsstaat
2321 schützt die
2322 Grund- und Abwehrrechte des oder der Einzelnen gegenüber staatlichen Eingriffen
2323 und
2324 exekutivem Handeln. Damit dieser Rechtsstaat funktioniert, braucht es eine
2325 unabhängige und
2326 gut ausgestattete Justiz, die in der Lage ist, Recht zu sprechen, exekutive,
2327 behördliche
2328 oder legislative Maßnahmen effektiv zu prüfen und gegebenenfalls wirksam zu
2329 korrigieren.
2330 Vertrauen in den Rechtsstaat setzt Rechtsdurchsetzung voraus.

2331 (246) Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte haben mit dem
2332 Grundgesetz der
2333 Bundesrepublik Deutschland sowie der Europäischen Grundrechtecharta ein starkes
2334 Fundament.
2335 Doch auch ein Fundament muss gepflegt und modernisiert werden. Die Verfassung
2336 definiert
2337 unser Gemeinwesen als wehrhafte Demokratie. Demokratie ist unsere Stärke und ihr
2338 konsequenter Schutz ist handlungsleitend.

2339 (247) Damit Rechtsstaatlichkeit in den europäischen Demokratien nicht noch
2340 weiter unter
2341 Druck gerät, muss die Vergabe von EU-Mitteln stärker an rechtsstaatliche
2342 Prinzipien geknüpft
2343 werden und der Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta auf nationales Recht
2344 ausgeweitet
2345 werden. So erhalten alle EU-Bürger*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte.

2346 (248) Die öffentliche Sicherheit und den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten,
2347 gehört zu den
2348 wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates. Jede*r hat das Recht auf ein Leben frei
2349 von Gewalt.
2350 Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Dies ernst zu nehmen bedeutet, ein Ende des
2351 privaten
2352 Besitzes von tödlichen Schusswaffen mit Ausnahme von Jäger*innen und
2353 Förster*innen sowie
2354 illegalen Waffenbesitz stärker zu kontrollieren und zu ahnden.

2355 (249) Rechtsextremismus und Rassismus sind die größte Gefahr für die liberale
2356 Demokratie und
2357 die Sicherheit in Deutschland. Rassismus, der von rechtsextremistischen
2358 Netzwerken und

2359 Verfassungsfeinden in und außerhalb der Parlamente geschürt wird, ist der
2360 geistige Nährboden
2361 für terroristische Anschläge. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen
2362 muss Priorität
2363 für alle Sicherheitsorgane haben.

2364 (250) Islamismus stellt sich gegen Demokratie, Menschenrechte und Freiheit. Der
2365 Staat muss
2366 in der Lage sein, jede Form von Terror und Fundamentalismus abzuwehren. Dazu
2367 gehören neben
2368 sicherheitspolitischen Maßnahmen auch Prävention und Deradikalisierungsprogramme
2369 in aktiver
2370 Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendeinrichtungen und Moscheevereinen.

2371 (251) Der Schutz unserer Verfassung und der Grundwerte ist unser aller Auftrag.
2372 Es gilt, die
2373 Aufgaben des Verfassungsschutzes zwischen Gefahrenerkennung und Spionageabwehr
2374 mit
2375 nachrichtendienstlichen Mitteln einerseits und der Beobachtung von demokratie-
2376 und
2377 menschenfeindlichen Bestrebungen mit wissenschaftlichen Methoden unter der
2378 ausschließlichen
2379 Nutzung von öffentlichen Quellen andererseits voneinander zu trennen, so dass
2380 die
2381 Öffentlichkeit in der Lage ist, darauf zu reagieren. Es braucht eine starke
2382 parlamentarische
2383 Kontrolle der Geheimdienste.

2384 (252) Polizei und Sicherheitsorgane garantieren die Sicherheit im Innern. Als
2385 sichtbarer Arm
2386 des staatlichen Gewaltmonopols ist die Polizei in besonderer Weise Hüterin und
2387 Verteidigerin
2388 von Rechtsstaat und wehrhafter Demokratie. Dafür braucht sie eine gute
2389 Ausstattung und
2390 ausreichend Personal – in der Stadt wie auf dem Land. Sie ist auf das Vertrauen
2391 aller
2392 Bürger*innen angewiesen. Bei Fehlverhalten müssen Fehler, strafbares Verhalten
2393 und
2394 strukturelle Mängel ohne falsche Rücksichten aufgeklärt und geahndet werden.

2395 (253) Unser Leitbild ist das einer faktenbasierten Kriminal- und
2396 Sicherheitspolitik, die auf
2397 Prävention, Rechtsstaat und Information setzt. Sie koordiniert Verantwortung und
2398 geht den
2399 notwendigen Umbau der Sicherheitsarchitektur an. Anlasslose
2400 Massendatenspeicherung schränkt
2401 individuelle Freiheitsrechte der Bürger*innen ein.

2402 (254) Durch den grenzüberschreitenden Ausbau der Zusammenarbeit von Polizei und
2403 Justiz durch
2404 gemeinsame europäische Polizeiteams, ein Europäisches Kriminalamt und
2405 europäische
2406 Staatsanwaltschaften wird in der Sicherheitspolitik zunehmend europäisch

2407 koordiniert und
2408 kooperiert. Bei der Reform der föderalen Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden
2409 werden
2410 einheitliche Standards geschaffen, so dass verstärkt gemeinsam ermittelt werden
2411 kann.

2412 (255) Strafrecht als schärfster Eingriff des Staates in die Freiheitsrechte darf
2413 nur
2414 äußerstes Mittel sein, denn es ist nicht das Allheilmittel zur Lösung
2415 gesellschaftlicher
2416 Probleme aller Art. Damit das Strafrecht wirkt und Sicherheit schafft, müssen
2417 Haftbefehle
2418 zügig vollzogen werden. Die Justiz ist entsprechend auszustatten. Damit die
2419 Justiz gut
2420 funktionieren kann, muss sie in der Lage sein, sich auf das Wesentliche zu
2421 konzentrieren.
2422 Deswegen ist das Strafrecht zu entrümpeln, indem Bagatelldelicten wie
2423 Schwarzfahren
2424 entkriminalisiert werden. Straf- und Asylrecht müssen klar voneinander getrennt
2425 werden. Im
2426 Bereich des Strafvollzugs soll Resozialisierung im Mittelpunkt stehen.

2427 (256) Eine wehrhafte Demokratie muss sich auch online schützen. Demokratische
2428 Willensbildungsprozesse dürfen nicht durch intransparente Social-Media-
2429 Kampagnen, den
2430 Einsatz von Troll-Armeen und automatisierte Computerprogramme (Bots) sowie
2431 weitreichende IT-
2432 Angriffe von Regierungen, Geheimdiensten oder ihnen nahestehenden Gruppierungen
2433 manipuliert
2434 werden. Hierfür braucht es Digitalkompetenz in den zuständigen Behörden,
2435 gesetzliche
2436 Transparenzverpflichtungen, klare internationale Übereinkünfte und eine
2437 rechtsstaatliche
2438 Verfolgung über Ländergrenzen hinweg.

2439 (257) Die Rechtsdurchsetzung muss auch im Netz umfassend gegeben sein. Hass im
2440 Netz trifft
2441 gerade Frauen und diskriminierte Gruppen besonders stark. Wenn sich Verbrechen
2442 ins Internet
2443 verlagern, müssen auch die Ermittlungsfähigkeiten, entsprechend der analogen
2444 Welt, unter
2445 Wahrung des Rechtsschutzes, auf das Netz ausgerichtet sein.

2446 (258) Jede dritte Frau wird einmal in ihrem Leben Opfer von körperlicher oder
2447 sexualisierter
2448 Gewalt. Bildung, Aufklärung, ein Rechtsanspruch auf Schutz und eine verlässliche
2449 Infrastruktur aus Beratungs- und Schutzeinrichtungen können Gewalt gegen Frauen
2450 und Mädchen
2451 verhindern. Dazu gehört auch Prävention und Täterarbeit. Männer, insbesondere
2452 Jungen, die
2453 von (sexualisierter) Gewalt betroffen sind, brauchen eigene Hilfs-, Beratungs-
2454 und
2455 Schutzangebote.

2456 (259) Der Rechtsstaat zeigt sich in einer bürgerorientierten, leistungsstarken
2457 und für alle
2458 zugänglichen öffentlichen Verwaltung. Für verlässliche, transparente Behörden
2459 braucht es
2460 eine angemessene finanzielle, personelle und strukturelle Ausstattung. Die
2461 Aufgaben sind zu
2462 bewältigen, wenn sich die Verwaltung umfassend digitalisiert und automatisiert
2463 und
2464 ressortübergreifend arbeitet. Öffentliche Verwaltung muss auf Augenhöhe mit
2465 finanziell
2466 mächtigen Interessen in Konzernen und Banken agieren.

2467

2468 (260) Staatliche Institutionen müssen für die Vielfalt der Gesellschaft stehen.
2469 Institutionelle Diskriminierung, insbesondere Rassismus, ist trotz formaler
2470 rechtlicher
2471 Gleichheit für viele Bürger*innen Realität. Es bleibt eine wichtige Aufgabe,
2472 durch Vielfalt
2473 und Repräsentanz sowie mit Sensibilisierungsprogrammen und Monitoring dafür zu
2474 sorgen, dass
2475 staatliche Strukturen alle Bürger*innen schützen und gleich behandeln.

Text

2476 **Sicherheitsversprechen**

2477 (261) Es braucht ein neues soziales Sicherheitsversprechen. Ein starkes soziales
2478 Netz ist
2479 die Grundlage für persönliche Entfaltung und gesellschaftlichen Zusammenhalt.
2480 Soziale
2481 Politik schafft Teilhabe. Dafür braucht es soziale Infrastruktur, Orte des
2482 Miteinanders
2483 sowie gleichwertige Lebensverhältnisse. Eine gute Daseinsvorsorge ist
2484 Voraussetzung für
2485 Zusammenhalt.

2486 (262) Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen
2487 Voraussetzungen
2488 nicht beachtet werden. Das Grundgesetz soll deshalb um soziale Grundrechte
2489 ergänzt werden.

2490 (263) Die weitere Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union
2491 ist eine
2492 Voraussetzung für eine von allen positiv erlebte Freizügigkeit. Europa braucht
2493 daher
2494 Investitionen in sozialen Zusammenhalt und Klimaschutz und keine destruktive
2495 Sparpolitik.
2496 Sie hat die Europäische Union in der Vergangenheit auseinandergetrieben.

2497 **Arbeit**

2498 (264) Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit mehr als Existenzsicherung.
2499 Arbeit stiftet
2500 Sinn, man gehört dazu, bringt etwas voran. Erwerbsarbeit in Vollzeit muss immer
2501 so viel wert
2502 sein, dass man davon auskömmlich leben kann.

2503 (265) Um ein neues Dienstleistungsprekariat zu verhindern, das Menschen ohne
2504 soziale
2505 Absicherung arbeiten lässt, brauchen wir ein starkes Arbeitsrecht. Dazu zählen
2506 faire Löhne,
2507 ein armutsfester Mindestlohn, Lohngleichheit bei gleicher Arbeit, klare Vorgaben
2508 zu Arbeits-
2509 und Gesundheitsschutz sowie die Regelung von Arbeitszeiten. Das Arbeitsrecht
2510 muss auch in
2511 digitalen Arbeitsmodellen und Unternehmen vollständig gelten und gestärkt
2512 werden.

2513 (266) Die Vertretung von Arbeitnehmer*innen-Interessen durch Gewerkschaften und
2514 Betriebsräte

2515 gilt in allen Unternehmen und Branchen. Die Sozialpartnerschaft muss auch im
2516 Wandel bewahrt
2517 und ausgebaut werden. Für ihre Lebensplanung brauchen Menschen Verlässlichkeit,
2518 auch im
2519 Erwerbsleben. Dazu gehören ein effektiver Kündigungsschutz und, wo möglich,
2520 unbefristete
2521 Arbeitsverträge und Tariflöhne. Wir wollen die Tarifbindung stärken und die
2522 öffentliche Hand
2523 soll dies bei ihrer Auftragsvergabe berücksichtigen. Starke Gewerkschaften sind
2524 dabei unsere
2525 Partner.

2526 (267) Eine vielfältige Gesellschaft bringt immer vielfältigere Formen der
2527 Beschäftigung und
2528 Arbeit hervor, oftmals jenseits der Festanstellung. Um Solo-Selbstständige zu
2529 unterstützen
2530 und gleichzeitig in das Sozialsystem einzubinden bzw. um prekäre
2531 Lebensverhältnisse zu
2532 verhindern, sollen neue Sicherungsmodelle entwickelt werden. Ihnen soll der
2533 Eintritt in die
2534 Gesundheits- und Rentenversicherung erleichtert werden und sie sollen die
2535 Möglichkeit haben,
2536 sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Dabei haben die besonderen
2537 Bedingungen des
2538 Berufsbildes Auswirkungen sowohl auf den Anspruch wie auf die Auszahlung.

2539 (268) Die ökologische Transformation und der digitale Wandel ändern das
2540 Wirtschaften
2541 grundlegend, und damit immer wieder auch die Arbeit und die Arbeitsbedingungen.
2542 Die Hälfte
2543 der Kinder, die in die Schule kommen, werden später in Berufen arbeiten, die es
2544 heute noch
2545 gar nicht gibt. Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet Chancen und Risiken.
2546 Welche
2547 Tendenzen sich durchsetzen, ist eine Frage der politischen Gestaltung. Ohne
2548 klare politische
2549 Steuerung erleben wir neue Formen von Ausbeutung, Überforderung und Entfremdung,
2550 von
2551 Überwachung und ständiger Erreichbarkeit. Doch wenn die Transformation politisch
2552 organisiert
2553 wird, bietet sie große Chancen für mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Es gilt,
2554 die
2555 Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um schwere Tätigkeiten zu
2556 erleichtern.

2557 (269) Neben Einkommen ist Zeithaben für viele Menschen ein immer größerer Wert.
2558 Die
2559 Verfügbarkeit über die eigene Zeit schafft Lebenszufriedenheit. Die Steigerung
2560 der
2561 Produktivität soll so genutzt werden, dass Menschen freier und souveräner
2562 agieren können.
2563 Die Möglichkeit, selbst über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen, gilt es zu
2564 stärken.

2565 Gleichzeitig kann durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung Arbeit gerechter
2566 verteilt
2567 werden, so dass alle Menschen mehr Zeit für sich selbst, ihre Familien, ihre
2568 Hobbys und für
2569 gesellschaftliches Engagement haben. In Zeiten der Erziehung, Pflege und
2570 Weiterbildung
2571 braucht es eine solidarische Unterstützung und Förderung.

2572 (270) Die Veränderung der Arbeitswelt verlangt den Menschen viel ab:
2573 Flexibilität,
2574 Umstellung, Anstrengung. Es braucht einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung, der
2575 solidarisch
2576 finanziert wird. Für Menschen, die durch den Strukturwandel ihre Arbeit
2577 verlieren, gibt es
2578 eine besondere gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Arbeitslosigkeit darf
2579 nicht zum
2580 Ausschluss vom Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe führen.

2581 (271) Homeoffice bietet viele Möglichkeiten der selbstbestimmteren
2582 Arbeitsgestaltung. Das
2583 Recht auf Homeoffice muss gestärkt werden und grundsätzlich einhergehen mit
2584 einem Recht auf
2585 einen Arbeitsort auch außerhalb der eigenen vier Wände. So wird die Gefahr einer
2586 Doppelbelastung, insbesondere für Frauen, gebannt.

2587 (272) Unterschiedliche Menschen realisieren unterschiedliche Arbeitsformen und
2588 Arbeitswünsche. Arbeit soll sich stärker am Leben der Menschen ausrichten und
2589 nicht das
2590 Leben an der Arbeit. Digitalisierung bietet die Möglichkeit für mehr
2591 Souveränität und
2592 Flexibilität. Dafür ist mehr Mitsprache von Beschäftigten bei Umfang, Art und
2593 zeitlicher wie
2594 örtlicher Lage der Arbeit nötig. Erwerbsarbeit darf nicht in andere Bereiche
2595 übergreifen.
2596 Überstunden müssen in allen Bereichen erfasst und abgegolten werden.

2597 (273) Menschen, die sich in sozialen und sorgenden Berufen um andere Menschen
2598 kümmern, sind
2599 das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es fehlt ihnen oft an gesellschaftlicher
2600 Anerkennung
2601 und guten Arbeitsbedingungen. Das betrifft vor allem Frauen. Ihre Leistung für
2602 das
2603 Gemeinwesen muss aufgewertet und besser bezahlt werden. Das umfasst vor allem
2604 eine bessere
2605 finanzielle Ausstattung von kommunalen Einrichtungen sowie Investitionen in die
2606 Daseinsvorsorge.

2607 (274) Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt und ist eine wichtige
2608 Säule unserer
2609 Arbeitswelt. Die Rechte von Auszubildenden wollen wir stärken und mehr
2610 betriebliche
2611 Mitbestimmung ermöglichen. Ausbildungen umfassen Arbeit, sie muss gut entlohnt
2612 werden.

2613 Geschlechtergleichstellung

2614 (275) Noch immer bestehen große ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen
2615 den

2616 Geschlechtern. Um Gleichberechtigung zu erreichen, ist das Arbeitsleben zentral.

2617 Das Prinzip

2618 der gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit muss durchgesetzt werden.

2619 (276) Alleinerziehend zu sein ist oftmals trotz Arbeit ein hohes Armutsrisiko,

2620 überwiegend

2621 für Frauen. Alleinerziehende müssen besonders vom Staat abgesichert werden.

2622 (277) Durch zahlreiche Regelungen im Steuer- und Sozialrecht wird eine ungleiche

2623 Aufteilung

2624 von Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern gefördert. Das Steuer-, das

2625 Arbeits- und das

2626 Sozialrecht müssen auf gleichen Rechten beruhen und geschlechterneutral sein.

2627 Wir wollen es

2628 stärker an ökonomischer Unabhängigkeit ausrichten. Erwerbstätigkeit soll sich

2629 für alle

2630 gleichermaßen lohnen.

2631 (278) Nicht nur unser gesellschaftliches Zusammenleben, auch unser

2632 wirtschaftlicher

2633 Wohlstand baut auf Sorgearbeit auf, die meistens unbezahlt oder unterbezahlt von

2634 Frauen

2635 geleistet wird. Es gilt, die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Arbeit

2636 gerecht

2637 zwischen den Geschlechtern verteilt werden kann. Insbesondere Kinderbetreuung

2638 ist keine

2639 Privatsache, sondern gesellschaftliche Aufgabe.

2640 Soziales Netz

2641 (279) Soziale Leistungen erfolgen nach dem Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit. Sie

2642 orientieren

2643 sich an gruppenspezifischen – zum Beispiel geschlechterspezifischen – sowie an

2644 individuellen

2645 Bedürfnissen. Sie werden möglichst dort erbracht, wo man lebt, und

2646 berücksichtigen die

2647 konkrete Situation.

2648 (280) Die Garantiesicherung schafft neben dem Existenzminimum die Möglichkeit zu

2649 sozialer

2650 und kultureller Teilhabe. Diese Garantie soll ohne weitere Bedingungen für jeden

2651 Menschen

2652 gelten, dessen eigenes Einkommen und Vermögen nicht ausreicht. Eigenes

2653 Tätigwerden muss sich

2654 immer lohnen und honoriert werden.

2655 (281) Existenzsichernde Sozialleistungen sollen Schritt für Schritt

2656 zusammengeführt und

2657 langfristig soll die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So

2658 schaffen wir einen
2659 transparenten und einfachen sozialen Ausgleich. Verdeckte Armut wird überwunden.

2660 (282) Einer Gesellschaft mit hoher Gleichheit geht es fast immer besser als
2661 einer
2662 Gesellschaft mit hoher Ungleichheit. Dennoch hat die soziale Ungleichheit
2663 innerhalb unserer
2664 Gesellschaften zugenommen. Ungleiche Vermögen führen zu ungleichen Einkommen und
2665 ungleichen
2666 Lebenschancen, die sich über Generationen vererben. Das bedeutet einen Verlust
2667 an
2668 Zufriedenheit, treibt die Lebenssituationen der Menschen auseinander und schadet
2669 dem
2670 Zusammenleben und der wirtschaftlichen Stabilität. Das Steuersystem soll
2671 Ungleichheit
2672 reduzieren. Wir streben eine gleichere Verteilung von Einkommen, Vermögen,
2673 Erbschaften und
2674 Chancen an und verbessern öffentliche Infrastrukturen, die sozialen Zusammenhalt
2675 und
2676 Teilhabe schaffen.

2677 (283) Gerade bei Kindern und Jugendlichen führt eine ungleiche Verteilung an
2678 Einkommen und
2679 Vermögen, aber führen auch ungleiche Bedingungen je nach Wohnort oder Zugang zum
2680 Bildungssystem zu ungleichen Lebenschancen. Alle Kinder brauchen funktionierende
2681 und
2682 zugängliche öffentliche Orte wie Kitas und Schulen oder Sportvereine,
2683 Schwimmbäder und
2684 Bibliotheken. Kein Kind in unseren reichen Gesellschaften sollte arm oder ein
2685 Armutsrisiko
2686 für Eltern sein. Jedes Kind ist gleich viel wert. Das sollte über eine
2687 Kindergrundsicherung
2688 garantiert werden.

2689 (284) Ein starkes soziales Sicherungssystem gibt es nur mit einem sozialen
2690 Europa. Die
2691 Währungsunion muss um einen sozialen Binnenmarkt erweitert werden, damit die
2692 Schieflage
2693 zwischen weitreichenden wirtschaftlichen Freiheiten und wenig entwickelten
2694 Arbeits- und
2695 Sozialstandards in der EU korrigiert wird. Dafür braucht es gemeinsame soziale
2696 Standards,
2697 wie etwa zu Mindestlohn und Grundsicherung, sowie eine europaweite
2698 Arbeitslosenrückversicherung.

2699 (285) Es gilt, die soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge in ganz
2700 Europa
2701 gemeinsam auszubauen und im Sinne geteilter Gemeingüter zu stärken.

2702 Rente

- 2703 (286) Solidarität lebt davon, dass sich alle an ihr beteiligen. Die
2704 Sozialversicherungen
2705 sollen deshalb zu Bürgerversicherungen weiterentwickelt werden, so dass alle
2706 Menschen vom
2707 Schutz der Sozialversicherungen profitieren und sich entsprechend ihrer
2708 Einkommen, egal ob
2709 Lohn oder Zins, solidarisch beteiligen.
- 2710 (287) Das Umlagesystem der Rentenversicherung sichert als Generationenvertrag
2711 die
2712 Altersvorsorge. Gleichzeitig stehen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung
2713 durch die
2714 strukturelle Alterung der Gesellschaft vor großen Herausforderungen. Oberste
2715 Priorität hat
2716 es, Altersarmut zu verhindern und ein lebensstandardsicherndes Rentenniveau zu
2717 erhalten.
2718 Langjährig in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte dürfen im Alter
2719 nicht auf
2720 Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein.
- 2721 (288) Die Einwanderung von Arbeitskräften, eine steigende Erwerbsbeteiligung von
2722 Frauen
2723 sowie eine breitere Solidarität über eine Bürgerversicherung helfen dabei, das
2724 Rentenniveau
2725 langfristig abzusichern.
- 2726 (289) Private und betriebliche Altersvorsorge können die gesetzliche Rente
2727 sinnvoll
2728 ergänzen. Die kapitalgedeckten Säulen der Altersvorsorge sollen künftig
2729 öffentlich
2730 organisiert und verwaltet werden. Jede*r, die und der nicht widerspricht, soll
2731 sich daran
2732 beteiligen. So wird eine attraktive Rendite auch für Kleinanleger*innen erzielt.

A9NEU Kapitel 7: In Bildung investieren

Antragsteller*innen:

Text

2733 **Recht auf Bildung**

2734 (290) Bildung ermöglicht es Menschen, ihr Leben eigenverantwortlich und
2735 selbstbestimmt
2736 gestalten zu können. Bildung befähigt Menschen dazu, ihre Potentiale und
2737 Interessen zu
2738 entwickeln und offen für neue Erkenntnisse und Erfahrungen zu werden. Das Recht
2739 auf Bildung
2740 ist ein Recht auf Selbstbestimmung und Mündigkeit.

2741 (291) Das Bildungssystem fördert Zukunftskompetenzen – Kooperation,
2742 Kommunikation,
2743 Kreativität und kritisches Denken. Und es muss Freiheit lassen für neue Ideen
2744 und
2745 Lernerfahrungen aller Beteiligten. Ein gleichberechtigter Zugang zu
2746 demokratischer Bildung
2747 ist Grundlage für gesellschaftliche Weiterentwicklung. Das Bildungssystem muss
2748 Kinder und
2749 Jugendliche auf eine Zukunft vorbereiten, die von Unwägbarkeiten, Klimakrise,
2750 digitalem
2751 Wandel und sozialen Veränderungen geprägt sein wird.

2752 (292) Das Bildungssystem soll zu nachhaltigem Handeln und verantwortungsvollem
2753 Entscheiden
2754 befähigen und Menschen die selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft
2755 ermöglichen. Es ist
2756 damit die Grundlage für eine freie und demokratische Gesellschaft. Das heißt
2757 auch,
2758 gesellschaftliche und technologische Entwicklungen einordnen zu können, um nicht
2759 Fake News
2760 oder Verschwörungsideologien zu erliegen. Kitas und Schulen sollen Orte sein, an
2761 denen
2762 Kinder und Jugendliche demokratisches Zusammenleben praktisch erleben und
2763 mitbestimmen
2764 können. Rollenbilder und Geschlechternormen müssen in allen
2765 Bildungseinrichtungen
2766 reflektiert und daher auch in der Ausbildung pädagogischer Berufe thematisiert
2767 und kritisch
2768 hinterfragt werden.

2769 (293) Es ist staatliche Aufgabe, ungleiche Startbedingungen durch soziale
2770 Benachteiligungen,
2771 das Wohn- und Lebensumfeld, Diskriminierung oder Sprachvoraussetzungen
2772 auszugleichen. Denn
2773 höhere Bildungsabschlüsse ziehen häufig höhere Einkommen, Anerkennung und
2774 Repräsentation

2775 nach sich. Das Einkommen oder der Bildungsgrad der Eltern darf nicht über die
2776 Zukunft von
2777 Kindern entscheiden. Benachteiligende Strukturen in der Gesellschaft sollen im
2778 Bildungssystem abgebaut und die Gleichbehandlung aller soll sichergestellt
2779 werden.

2780 (294) Bildung ist die wichtigste Grundlage für gute Entwicklungschancen im Leben
2781 und trägt
2782 dazu bei, dass Menschen in der modernen Arbeitswelt ihren Platz finden. Ein
2783 starkes
2784 Bildungssystem ist zugleich zentral für die wirtschaftliche Zukunft unseres
2785 Landes.

2786 **Kita und Schule**

2787 (295) Unterschiede bei den sozialen Voraussetzungen werden vor allem durch eine
2788 qualitativ
2789 hochwertige frühkindliche Bildung sowie Betreuung und Förderung in der
2790 Ganztagschule
2791 ausgeglichen. Das stellt neue Anforderungen an Erzieher*innen und Lehrkräfte,
2792 weswegen es
2793 überall im Land gute Personalschlüssel und verbindliche Qualitätsstandards
2794 braucht. Um den
2795 unterschiedlichen Bedarfen der Kinder gerecht zu werden, arbeiten in
2796 Ganztagschulen
2797 Menschen unterschiedlicher Qualifikationen in Teams. Um der Individualität von
2798 Kindern
2799 gerecht zu werden, sind Klassengrößen auf unter 20 Kinder zu reduzieren.

2800 (296) Bildungspolitik und Sozialpolitik gehören zusammen. Deshalb muss Bildung
2801 besser
2802 finanziert werden, damit Schulen für alle Kinder Orte der
2803 Persönlichkeitsentwicklung werden
2804 und das Zusammenleben zwischen den Schüler*innen stärken. Die Finanzierung des
2805 Bildungssystems ist eine zentrale Aufgabe für eine zukunftsgerichtete Gesellschaft
2806 und
2807 Voraussetzung für Gerechtigkeit. Denn Vermögen und Bildungszugang hängen immer
2808 noch
2809 besonders stark zusammen. Bund und Länder sollen deshalb die höhere Besteuerung
2810 von Vermögen
2811 bzw. Erbschaften zur besseren Ausstattung eines Bildungssystems nutzen, das
2812 allen Kindern
2813 und Jugendlichen die gleichen Chancen bietet.

2814 (297) Die Ganztagsbetreuung an Kitas und Schulen soll nicht nur Wissen
2815 vermitteln, sondern
2816 soziale Kompetenzen und das Miteinander fördern sowie eine stärkere Verknüpfung
2817 zwischen
2818 Lernen, Erfahren und Spielen gewährleisten. So können gezielt soziale und
2819 kulturelle
2820 Benachteiligungen überwunden werden. Die individuelle Förderung der Kinder je
2821 nach

2822 Potentialen ist entscheidend. Auf Ganztagsbetreuung soll es einen Rechtsanspruch
2823 geben.

2824 (298) Die Lernmittel an Schulen sollen frei sein, einschließlich digitaler
2825 Endgeräte.

2826 (299) Kinder mit Behinderung sollen gemeinsam mit nichtbehinderten lernen und am
2827 schulischen
2828 Leben teilnehmen können. Um Schulen inklusiv zu gestalten und den Kindern mit
2829 Behinderung
2830 gerecht zu werden, braucht es mehr Personal, kleinere Klassen und inklusive
2831 pädagogische
2832 Konzepte.

2833 (300) Gute Schulen brauchen Freiraum und gut ausgebildete Lehrkräfte, die den
2834 Unterricht so
2835 gestalten, dass er den natürlichen Wissensdurst junger Menschen fördert, sowie
2836 Personal, das
2837 eine ganzheitliche Entwicklung stärkt. Offene und durchlässige Strukturen im
2838 Unterricht und
2839 in der Schule helfen, Potentiale zu entfalten und unterschiedliche Stärken zu
2840 entwickeln.

2841 (301) Die technische Ausstattung der Kitas und Schulen auf dem gleichen Niveau
2842 wie in der
2843 digitalen Wirklichkeit außerhalb der Bildungsstätten ist notwendig und
2844 dringliche Aufgabe
2845 der öffentlichen Hand. Die Digitalisierung ist nichts, wovor man Kinder schützen
2846 muss.
2847 Stattdessen sollen sie befähigt werden, die technischen Möglichkeiten
2848 altersgerecht zu
2849 nutzen. Lehrer*innen sollen dafür aus- und fortgebildet werden. Die
2850 Digitalisierung
2851 verändert die Form des Lernens und des Unterrichts. Das muss sich auch in der
2852 Pädagogik
2853 widerspiegeln. Neben der digitalen Kompetenz braucht es auch eine Werte- und
2854 Normen-
2855 Reflexion der technisch-digitalen Entwicklung. Digitale Kompetenzen sind dabei
2856 eine
2857 Querschnittsaufgabe für alle Unterrichtsfächer.

2858 (302) Kinder, Heranwachsende, benachteiligte und verletzte Menschen benötigen
2859 in der
2860 digitalen Welt speziellen Schutz. Ihre selbstbestimmte Teilhabe an der digitalen
2861 Welt ist zu
2862 fördern und ihr Zugang zu elementaren digitalen Gütern und Dienstleistungen zu
2863 gewährleisten.

2864 (303) Das deutsche Bildungssystem braucht eine deutlich bessere
2865 Mittelausstattung für mehr
2866 Personal, Infrastruktur und Gebäude. Vor allem für den Kita- und Primarbereich
2867 müssen die
2868 Ausgaben gesteigert werden, denn hier werden die Weichen für den Bildungserfolg
2869 gestellt.

2870 (304) Der Bildungsföderalismus schützt die Demokratie vor Manipulation und
2871 sichert regionale
2872 Vielfalt. Er darf jedoch nicht dazu führen, dass nötige Investitionen in
2873 Digitalisierung,
2874 Ganztage oder Inklusion unterbleiben. Das können die Länder nicht allein leisten,
2875 sondern es
2876 ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Das Kooperationsverbot in seiner bestehenden
2877 Form muss
2878 entsprechend aufgehoben werden.

2879 **Lebenslanges Lernen**

2880 (305) Bildung ist ein lebenslanger Prozess. Die staatliche Verantwortung beginnt
2881 mit der
2882 Kita und der Schule und erstreckt sich über das Recht auf Weiterbildung und die
2883 Erwachsenenbildung. Bildung muss stärker als jemals zuvor in jedem Alter
2884 selbstverständlicher Teil des Lebens werden. Weiterbildung ist eine
2885 gesamtgesellschaftliche
2886 Aufgabe, damit gesellschaftliche Teilhabe in der Wissensökonomie gesichert wird.

2887 (306) Kein Bildungsschritt soll ohne Abschluss bleiben. Jeder Mensch soll die
2888 Möglichkeit
2889 haben, zu jedem Zeitpunkt in seinem Leben Schulabschlüsse, Berufsausbildungen
2890 oder
2891 Teilqualifizierungen (nachträglich) zu erwerben. Der garantierte und
2892 niedrigschwellige
2893 Zugang zur Erwachsenenbildung in Form des „Zweiten Bildungswegs“ fördert die
2894 soziale
2895 Mobilität innerhalb der Gesellschaft und ist unerlässlich für das Ziel gleicher
2896 Bildungs-
2897 und Lebenschancen. Direkt nach der Schule muss der Weg für jede*n Jugendlichen
2898 in eine
2899 anerkannte Berufsausbildung, die angemessen bezahlt ist, offen sein.

2900 (307) Auch in Deutschland gibt es funktionalen Analphabetismus in einem nicht
2901 unerheblichen
2902 Ausmaß. Dieser muss durch spezielle Angebote und Förderungen besiegt werden.

2903 (308) Der Fokus beim digitalen Lernen liegt auf der Medienkompetenz und der
2904 digitalen
2905 Mündigkeit. Gezielt sollen auch ältere Menschen angesprochen werden, damit sie
2906 die
2907 Möglichkeiten der digitalen Welt selbstbestimmt und sicher nutzen können.

2908 (309) Volkshochschulen und ähnliche Einrichtungen sollen zu
2909 Bildungsknotenpunkten der
2910 Erwachsenenbildung werden.

2911 (310) Viele Menschen lernen in unterschiedlichsten Vereinen, Jugendverbänden und
2912 Bildungsstätten sich einzubringen und mitzubestimmen. Auch diese außerschulische
2913 und
2914 nonformale Bildung muss ausreichend Raum und finanzielle Möglichkeiten erhalten.

2915 (311) Bildungswege sind heutzutage dauerhaft, berufsbegleitend und mit Wechseln
2916 verbunden.
2917 Leistungen wie BAföG müssen dieser Realität angepasst werden. Auf einem
2918 Arbeitsmarkt mit
2919 sich schnell wandelnden Anforderungen sind sowohl die Arbeitgeber*innen als auch
2920 die
2921 öffentliche Hand gefordert, durch vergütete Aus- und Weiterbildung, Bildungsgeld
2922 und
2923 Bildungsurlaub Chancengleichheit herzustellen. Niemandem dürfen aufgrund
2924 prekärer
2925 Beschäftigung die Möglichkeiten essenzieller Qualifikation verwehrt sein.

2926 (312) Bildungszugänge sind stark durch die Eigenheiten der Stadtteile oder durch
2927 Stadt-Land-
2928 Gegensätze geprägt. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sichern
2929 bedeutet, es auch
2930 Kindern im ländlichen Raum zu ermöglichen, mit akzeptablen Schulwegen eine
2931 hochwertige
2932 Bildung zu erreichen. Kreative Konzepte wie mobile Bibliotheken und Labore
2933 schaffen nicht
2934 nur für Erwachsene Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten in
2935 strukturschwachen Räumen,
2936 sondern sie ermöglichen auch den Erhalt von kleinen Schulen durch Vernetzung.
2937 Diese müssen
2938 ebenso gefördert werden wie der Schüler*innen-Transport. Das gehört zur
2939 staatlichen
2940 Daseinsvorsorge.

Text

2941 **Frieden und internationale Ordnung**

2942 (313) Die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur
2943 global lösen.

2944 Nachhaltige Politik bedarf vorausschauenden Handelns in internationaler
2945 Kooperation.

2946 (314) Eine an Frieden, Solidarität und globaler Gerechtigkeit orientierte
2947 Politik braucht

2948 Bündnisse all derer, die an den Wert von Kooperation und die Stärke des Rechts
2949 in den

2950 internationalen Beziehungen glauben. Multilaterale Zusammenarbeit in den
2951 internationalen

2952 Organisationen bleibt die beste Form, globale Politik zu gestalten.

2953 (315) Es braucht eine internationale Ordnung, die auf der gerechten Verteilung
2954 globaler

2955 Ressourcen und auf verbindlichen Regeln fußt, die die Rechte der oder des
2956 Einzelnen schützt,

2957 Konflikte verhindert oder gewaltfrei und zum Wohle der Allgemeinheit löst.

2958 (316) Eine friedliche und gerechte Weltordnung erfordert starke Vereinte
2959 Nationen mit dem

2960 Ziel einer Weltinnenpolitik. Die Vereinten Nationen sind das legitime Forum, um
2961 völkerrechtliche Normen zu entwickeln und sich auf weltgemeinschaftliche Ziele

2962 zu

2963 verständigen. Sie müssen gestärkt werden.

2964 (317) Zur Bearbeitung globaler Herausforderungen braucht es die Europäische
2965 Union als

2966 Friedensmacht, die sich ihrer Verantwortung in der Welt im Rahmen der Vereinten
2967 Nationen

2968 bewusst ist und zum Prinzip der internationalen Kooperation steht. Dieser
2969 Verantwortung kann

2970 die EU nur gerecht werden, wenn sie nationale Spaltungen überwindet und
2971 gemeinsam handelt.

2972 Die Antwort auf die aktuellen globalen Herausforderungen ist eine stetige

2973 Vertiefung und

2974 Weiterentwicklung der EU, perspektivisch hin zu einer Föderalen Europäischen
2975 Republik.

2976 **Europäische Union**

2977 (318) Die Europäische Union ist Anker für Multilateralismus und demokratische
2978 Souveränität

2979 in einer globalisierten Welt. Es gilt, das Versprechen der Europäischen Union

2980 auf eine
2981 wertebasierte Politik nach innen und außen einzulösen. Bei Krisen gerät das
2982 Projekt EU immer
2983 wieder unter Druck, die Nationalstaaten agieren unabgesprochen und oft auch
2984 unsolidarisch.
2985 Gerade in Krisen aber lernen wir, dass Europa als Gemeinschaft stärker ist.
2986 Gerade in Krisen
2987 wird klar, dass die Europäische Union mehr ist als ihr Binnenmarkt und dass sie
2988 als
2989 politisches Projekt weiterentwickelt werden muss.

2990 (319) Es ist zentrale Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten, die Gräben in der
2991 Europäischen
2992 Union nicht durch nationale Egoismen zu vergrößern. Es ist ihre Verantwortung,
2993 die
2994 Handlungsfähigkeit der EU nach innen und außen zu verbessern.

2995 (320) Freie Binnengrenzen und europäische Freizügigkeit sind Meilensteine der
2996 europäischen
2997 Einigung, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen.

2998 (321) Auf Grundlage der gemeinsamen Werte braucht es ein gemeinsames
2999 strategisches
3000 Bewusstsein der EU, das sich durch die verschiedenen Politikbereiche zieht.
3001 Indem die EU
3002 mehr strategische Souveränität aufbaut, kann sie auch global Demokratie schützen
3003 und den
3004 Klimaschutz voranbringen sowie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik an
3005 Menschenrechten und
3006 Gemeinwohl orientierte Standards setzen.

3007 (322) Mit dem größten Binnenmarkt der Welt ist die EU wirtschaftlich gesehen ein
3008 Riese. Es
3009 ist unsere Verantwortung, diese Stärke für eine an Menschenrechten und
3010 Gemeinwohl
3011 orientierte und regulierte Globalisierung einzusetzen, die Krisen verhindert,
3012 statt sie zu
3013 verstärken. Wer ökologisch, sozial und menschenrechtskonform produziert, soll
3014 davon einen
3015 Vorteil haben. Wer das Gegenteil tut, soll negative Konsequenzen spüren.

3016 (323) Damit Herausforderungen nicht nur durch die eigene nationalstaatliche
3017 Brille
3018 betrachtet werden und um gegenseitiges Verständnis zu stärken, braucht es einen
3019 paneuropäischen Diskurs durch eine europäische Öffentlichkeit. Dafür sind
3020 nichtkommerzielle
3021 und europäisch geförderte Kommunikations- und Begegnungsräume für alle
3022 Europäer*innen
3023 notwendig – digital, über die klassischen Medien und im direkten Austausch
3024 miteinander.

3025 (324) Die Europäische Union wächst mit verstärkter Zusammenarbeit. Denn nicht
3026 alle
3027 europäischen Staaten wollen immer dasselbe zur selben Zeit. Doch die europäische

3028 Einigung
3029 und die Blockadehaltung einzelner Staaten dürfen nicht zur Ausrede für
3030 kollektives
3031 Nichthandeln werden. Deswegen müssen manche Mitgliedstaaten nächste Schritte
3032 eher gehen als
3033 andere und in manchen Dingen gemeinsam vorangehen. Dabei ist immer
3034 sicherzustellen, dass das
3035 europäische Projekt als Ganzes nicht gefährdet wird und alle Mitgliedstaaten
3036 sich jederzeit
3037 anschließen können. So kann es in einem Bündnis der europäischen Demokratien
3038 auch gegen die
3039 nationalistischen Kräfte und Regierungen in Europa gelingen, das europäische
3040 Einigungswerk
3041 fortzusetzen sowie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu stärken.

3042 (325) Die EU muss weltpolitikfähig werden. Sie muss im Sinne universeller Werte
3043 und daraus
3044 abgeleiteter Interessen die Regeln des internationalen Umfelds mitgestalten.
3045 Eine geeinte
3046 Europäische Union kann sich in der globalisierten Welt behaupten und
3047 demokratische
3048 Gestaltungskraft entfalten. Die Grundlage dafür bilden die Menschenrechte und
3049 die globalen
3050 Nachhaltigkeitsziele.

3051 (326) Die EU muss ihre Soft Power nutzen, um die internationale Politik
3052 entscheidend
3053 mitzugestalten. Dabei gilt es, eine gemeinsame außenpolitische Strategie
3054 gegenüber
3055 nationalen Einzelinteressen der Mitgliedstaaten zu fördern. Das Prinzip der
3056 Einstimmigkeit
3057 soll durch Mehrheitsentscheidungen in diesem Bereich ersetzt werden, um die
3058 gemeinsame
3059 Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP/GSVP) zu stärken und so
3060 handlungsfähiger zu
3061 werden.

3062 (327) Das Friedensprojekt Europa ist mehr als die EU. Daraus erwachsen
3063 Verpflichtungen im
3064 Erweiterungsprozess und in der Nachbarschaftspolitik. Die EU steht in der
3065 politischen
3066 Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen nicht zu enttäuschen
3067 und
3068 gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in den Beitrittsländern
3069 mitzugestalten.
3070 Partnerschaften und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Regionen vor Europas
3071 Haustür
3072 tragen zu Stabilität und Sicherheit bei. Die Östliche Partnerschaft der EU wie
3073 auch die
3074 Kooperationen mit Staaten in Nordafrika und dem Nahen Osten stärken
3075 Demokratisierung,
3076 Durchsetzung von Menschenrechten und wirtschaftliche Entwicklung. Sie sollen
3077 ausgebaut

3078 werden. Die gemeinsamen europäischen Institutionen wie OSZE oder Europarat sind
3079 im
3080 Zusammenspiel mit einer starken Europäischen Union wichtige Säulen einer
3081 multilateralen
3082 Weltordnung.

3083 Bündnispolitik

3084 (328) Die Vereinten Nationen bilden den multilateralen Rahmen der
3085 internationalen
3086 Zusammenarbeit. Mehr Verantwortung in den Vereinten Nationen erfordert von
3087 Deutschland und
3088 der EU, ihr Engagement finanziell, personell und diplomatisch substanziell zu
3089 verstärken und
3090 die internationalen Vereinbarungen auch konsequent und kohärent in nationale und
3091 europäische
3092 Politik umzusetzen. Dabei geht es um das Prinzip der Reform durch Stärkung. Das
3093 ist gerade
3094 wichtig in Zeiten, in denen nationale Egoismen zunehmen und wichtige
3095 Entscheidungen
3096 blockiert werden.

3097 (329) Der Sicherheitsrat und andere Organe der Vereinten Nationen müssen an die
3098 Realitäten
3099 des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Das betrifft sowohl die strukturelle und
3100 finanzielle
3101 Ausstattung von VN-Organisationen als auch eine gerechtere Repräsentation der
3102 Regionen und
3103 Beitragsleister im Sicherheitsrat.

3104 (330) Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll als Sonderorganisation der VN
3105 und als
3106 wichtigste Organisation im Bereich der globalen Gesundheit gestärkt werden. Ihre
3107 Aufgabe
3108 kann sie nur mit einer ausreichenden Ausstattung und einem starken Mandat
3109 ausführen. Dafür
3110 sind deutlich höhere zweckgebundene Beiträge an die WHO notwendig.

3111 (331) Wenn multilaterale Prozesse in den Vereinten Nationen und der EU dauerhaft
3112 blockiert
3113 sind, braucht es im Sinne der Stärkung des internationalen Rechts und der
3114 internationalen
3115 Ordnung Vorreiter.

3116 (332) In Zeiten von dysfunktionalen internationalen Institutionen bauen
3117 informelle Formate
3118 Brücken. Diese dürfen aber nicht Machtinstrumente gegenüber denen sein, die
3119 nicht an ihnen
3120 beteiligt sind. Zum Beispiel spielen die G20 eine wichtige Rolle für die
3121 internationale
3122 wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Bewältigung globaler Herausforderungen.
3123 Sie müssen

3124 für andere Akteure offen sein. Langfristig sollen die Beratungen der G20 in den
3125 Sozial- und
3126 Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen überführt werden.

3127 (333) Neben der staatlichen Zusammenarbeit unterstützen wir Bündnisse mit und
3128 zwischen
3129 Städten und Regionen, Wirtschaftsakteur*innen sowie Zivilgesellschaften.
3130 Nichtstaatliche
3131 Akteure gehören stärker in Aushandlungsprozesse auf bilateraler und
3132 multilateraler Ebene
3133 einbezogen und in ihrer Vernetzung untereinander unterstützt. Im Dialog mit der
3134 globalen
3135 Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft können neue Wege entwickelt und neue
3136 Bündnispartner*innen gefunden werden, um die sozial-ökologische Modernisierung
3137 voranzutreiben. Auch wenn es noch keine Einigung auf ein internationales
3138 Vorgehen gibt, kann
3139 so in zentralen Bereichen wie beim Handel oder in der Flucht- und
3140 Migrationspolitik
3141 vorangegangen werden.

3142 (334) Zu einer fairen Globalisierung gehört die Stärkung regionaler
3143 Wirtschaftskreisläufe
3144 genauso wie die Mitbestimmung und demokratische Organisierung auf kommunaler und
3145 regionaler
3146 Ebene.

3147 (335) Die eigene kulturelle, sprachliche und religiöse Identität zu leben, ist
3148 für viele
3149 Menschen wesentlich. Statt immer öfter in regionale Nationalismen,
3150 Unabhängigkeitsbestrebungen oder gewaltsame Konflikte zu verfallen, brauchen wir
3151 eine
3152 Politik für nationale Minderheiten, die Beteiligungsrechte und kulturelle
3153 Partizipation
3154 sichert.

3155 **Globale Sicherheit**

3156 (336) Eine an universeller Würde und Freiheit orientierte Politik denkt
3157 Sicherheit nicht von
3158 nationalen Grenzen, sondern von jedem einzelnen Menschen her. Zivile
3159 Krisenprävention,
3160 Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter, eine gewaltfreie
3161 Regelung von
3162 Konflikten, Wiederaufbau, Klima- und Umweltschutz, gerechte Ressourcenverteilung
3163 und die
3164 Geltung des internationalen Rechts sind Grundlage einer nachhaltigen
3165 Sicherheitspolitik.

3166 (337) Über Frieden und Sicherheit nachzudenken sollte nicht erst beginnen, wenn
3167 beides schon
3168 in Gefahr ist. Konsequenterweise auf alle Politikfelder angewandt kann das Prinzip der

3169 Vorsorge

3170 viel Leid verhindern.

3171 (338) Zivile Krisenprävention muss noch stärker institutionell verankert werden.

3172 Dazu bedarf

3173 es ausreichender Analysekapazitäten, Regionalkompetenz, Wirkungsforschung und

3174 eines

3175 intensivierten Wissenstransfers zwischen Wissenschaft, Medizin, Praxis und

3176 Politik. Zivile

3177 Krisenprävention und politische Konfliktlösung haben unbedingt Vorrang vor dem

3178 Einsatz

3179 militärischer Gewalt. Wo sich multiple Krisen häufen, kommt es besonders darauf

3180 an,

3181 präventiv zu handeln.

3182 (339) Das allgemeine Gewaltverbot der VN-Charta ist eine große Errungenschaft.

3183 VN-geführte

3184 Friedenseinsätze sind ein zentrales Instrument kollektiver Friedenssicherung und

3185 als solche

3186 trotz aller Defizite zu stärken.

3187 (340) Die Europäische Union ist eine Friedensmacht. Das Primat des Zivilen und

3188 das breite

3189 Spektrum ziviler Instrumente zeichnen sie aus. Friedensmissionen, zivile

3190 Krisenprävention,

3191 Diplomatie, internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Auswärtige

3192 Kultur- und

3193 Bildungspolitik, Mediation, die Bereitstellung von Zivil- und Polizeixperten,

3194 Rechtsstaatsförderung und gesellschaftliche Verständigungsarbeit sind die

3195 Stärken der

3196 europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie muss institutionell, personell

3197 und

3198 finanziell gestärkt und noch enger verzahnt werden.

3199 (341) Maßgabe einer starken Außenpolitik und Grundlage für Sicherheit ist die

3200 gleichberechtigte Vertretung von Frauen auf allen Ebenen der internationalen

3201 Politik. Es

3202 gilt, in jedweder Art diplomatischer Verhandlungen oder bei der Zusammensetzung

3203 sicherheits-

3204 und außenpolitischer Gremien im Sinne einer feministischen Außenpolitik Frauen

3205 gleichberechtigt zu beteiligen. Frauen sind in besonderem Maße von Kriegen und

3206 gewaltsamen

3207 Konflikten betroffen. Für den Frieden einzustehen heißt also auch, für den

3208 Schutz der

3209 Menschenrechte von Frauen Sorge zu tragen. Frauen spielen eine wichtige Rolle in

3210 Versöhnungs- und Friedensprozessen. Ihr Ausschluss ist nicht nur eine

3211 frauenspezifische

3212 Diskriminierung, die über den Friedensschluss hinauswirkt, sondern er verhindert

3213 stabilen

3214 Frieden.

3215 (342) Die Klimakrise ist ein globales Sicherheitsrisiko. Klimapolitik ist daher

3216 ein

3217 zentraler Bestandteil der globalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.
3218 Dafür ist
3219 ein internationales Rahmenwerk auf VN- und EU-Ebene zur Vermeidung von Klima-
3220 und
3221 Umweltkonflikten erforderlich, um Staaten und Regionen, die besonders von den
3222 Folgen der
3223 Klimakrise oder von Rohstoffknappheit, Dürren, Nahrungsknappheit und
3224 Überschwemmungen
3225 betroffen sind, zu schützen und zu unterstützen: die Responsibility to Prepare.

3226 (343) Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und
3227 bleiben
3228 wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Abrüstung und Rüstungskontrolle
3229 bringen am Ende
3230 global mehr Sicherheit für alle. Es braucht ein strenges Regelwerk zur Abrüstung
3231 und zum
3232 Verbot von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen
3233 Massenvernichtungswaffen.
3234 Dazu gehört eine Unterstützung des VN-Atomwaffenverbotsvertrags. Unser Anspruch
3235 ist nichts
3236 Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt.

3237 (344) Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren,
3238 menschenrechtsverachtende Regime
3239 und in Kriegsgebiete verbieten sich. Es braucht eine gemeinsame restriktive
3240 europäische
3241 Rüstungsexportkontrolle mit starken Institutionen und im Einklang mit den EU-
3242 Leitlinien für
3243 Rüstungsexporte. EU-Mitgliedstaaten, die gegen verbindliche europäische
3244 Rüstungsexportkriterien verstoßen, haben in Zukunft mit Sanktionen zu rechnen.

3245 (345) Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner Steuerung durch den Menschen
3246 bei Auswahl
3247 und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare Bedrohung
3248 dar. Es ist von
3249 entscheidender Bedeutung für den Weltfrieden, autonome Waffentechnologien
3250 international zu
3251 ächten und zu verbieten. Um eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern,
3252 brauchen wir
3253 hohe Sicherheitsstandards und einen internationalen Verhaltenskodex.

3254 (346) Europa muss sich gegen Angriffe auf seine kritische Infrastruktur
3255 schützen. Um
3256 Angriffe über und auf das Internet zu verhindern, braucht es mehr eigene
3257 Anstrengung zur
3258 Sicherung der Infrastruktur und ein internationales Vertragswerk.

3259 (347) Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt bringt immer massives Leid mit
3260 sich. Wir
3261 wissen aber auch, dass die Unterlassung in einzelnen Fällen zu größerem Leid
3262 führen kann.
3263 Handlungsleitend in der internationalen Sicherheitspolitik ist das erweiterte
3264 VN-Konzept der

3265 Schutzverantwortung (Responsibility to Prevent, Protect, Rebuild), das uns als
3266 internationale Gemeinschaft verpflichtet, Menschen vor schwersten
3267 Menschenrechtsverletzungen
3268 und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen.

3269 (348) Die Bundeswehr ist eine in internationalen Bündnissen verankerte
3270 Parlamentsarmee.
3271 Daraus erwächst eine Fürsorgepflicht des Parlaments gegenüber den Soldat*innen
3272 sowie die
3273 Verpflichtung, sie entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben auszustatten.
3274 Der Auftrag
3275 und die Aufgaben der Bundeswehr orientieren sich an den realen Herausforderungen
3276 für
3277 Sicherheit und Friedenssicherung. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner
3278 verlassen
3279 können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen.
3280 Direkte
3281 Einsätze im Rahmen der VN haben dabei Vorrang vor Einsätzen der EU oder der
3282 NATO.

3283 (349) Die Prinzipien der „Inneren Führung“ und der „Staatsbürger*innen in
3284 Uniform“ binden
3285 die Soldat*innen an die Gesellschaft und die Werte und Normen des Grundgesetzes.
3286 Eine
3287 Bundeswehr, die fest in unserer Gesellschaft verankert ist, muss die Diversität
3288 der
3289 Gesellschaft abbilden. Das betrifft den Anteil von Menschen unterschiedlicher
3290 sozialer
3291 Herkunft, mit und ohne Migrationserfahrung, von People of Color sowie von
3292 Frauen, die in der
3293 Bundeswehr beschäftigt sind. Nicht zuletzt durch die schrecklichen Erfahrungen
3294 der deutschen
3295 Geschichte darf für Rechtsextremismus in der Bundeswehr kein Platz gelassen
3296 werden.

3297 (350) Der Einsatz von militärischer Gewalt ist immer nur äußerstes Mittel.
3298 Bewaffnete
3299 Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind einzubetten in ein System gegenseitiger
3300 kollektiver
3301 Sicherheit und in ein politisches Gesamtkonzept, basierend auf dem Grundgesetz
3302 und dem
3303 Völkerrecht. Bei Eingriffen in die Souveränität eines Staates oder dort, wo
3304 staatliche
3305 Souveränität fehlt, braucht es ein Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das
3306 Vetorecht im
3307 Sicherheitsrat missbraucht wird, um schwerste Verbrechen gegen die
3308 Menschlichkeit zu decken,
3309 steht die Weltgemeinschaft vor einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso
3310 Menschenrechte und
3311 Völkerrecht schädigt wie Handeln.

3312 (351) Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss Europa seiner
3313 Verantwortung für die

3314 eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame europäische
3315 Sicherheits-
3316 und Verteidigungspolitik setzt eine gemeinsame europäische Außenpolitik voraus.
3317 Wir wollen
3318 an einer Sicherheitsunion arbeiten, die parlamentarisch kontrolliert ist.
3319 Anstatt immer mehr
3320 Geld in nationale militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die
3321 verstärkte
3322 Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausgebaut und militärische Fähigkeiten
3323 sollten
3324 gebündelt werden. Sie brauchen dafür eine geeignete Ausstattung, den Ausbau von
3325 EU-Einheiten
3326 sowie eine Stärkung des gemeinsamen europäischen Hauptquartiers.

3327 (352) Europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss strategisch,
3328 vorausschauend, umfassend
3329 und schnell handlungsfähig sein. Dazu braucht es eine gemeinsame
3330 Analysefähigkeit sowie eine
3331 Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Schritt für Schritt sollen immer
3332 mehr
3333 Entscheidungen in diesem Bereich mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden
3334 können.

3335 (353) Die NATO ist ein unverzichtbarer und Renationalisierung entgegenwirkender
3336 Bestandteil
3337 der europäischen Sicherheitsarchitektur sowie der transatlantischen Beziehungen.
3338 Sie leidet
3339 unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz und
3340 einer
3341 unklaren strategischen Perspektive. Es braucht eine strategische Neuausrichtung.
3342 Mit einer
3343 stärkeren militärischen Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der EU und
3344 mit
3345 Großbritannien können europäische strategische Interessen, gerade auch in der
3346 NATO,
3347 geschlossen und durchsetzungsstärker vertreten werden.

3348 (354) Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in
3349 der EU. Wir
3350 teilen die Vision einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung innerhalb des
3351 OSZE-Raums. Die
3352 OSZE braucht eine Stärkung, um das Ziel eines Systems kollektiver Sicherheit in
3353 ganz Europa
3354 voranzubringen.

3355 Globale Strukturpolitik

3356 (355) In einer verflochtenen Welt verbinden und überkreuzen sich alle Bereiche
3357 der Politik,
3358 egal ob Umwelt-, Agrar-, Bildungs- oder Rechtspolitik, sogar und immer mehr auch
3359 die
3360 Innenpolitik der einzelnen Staaten. Für eine gerechte Globalisierung braucht es

3361 deshalb eine
3362 globale Strukturpolitik, die sich von einer „Politik nach außen“ löst und einen
3363 abgestimmten
3364 Ansatz verfolgt. Es ist an der Zeit, das Regieren und die Regierungsstrukturen
3365 ins 21.
3366 Jahrhundert zu führen. Das heißt auch, den Tunnelblick auf das eigene Ressort zu
3367 beenden und
3368 innere Widersprüche im Regierungshandeln konsequent auszuräumen. Alle
3369 politischen
3370 Entscheidungen müssen einem Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden.

3371 (356) Menschenrechte, die Klimaziele von Paris und die Agenda 2030 mit ihren 17
3372 Zielen für
3373 eine nachhaltige Entwicklung sind der Handlungsrahmen für eine globale
3374 Strukturpolitik. So
3375 wurden in der Vergangenheit unter anderem bereits große Erfolge bei der
3376 Bekämpfung von Armut
3377 und Hunger sowie dem Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem erreicht. Mit
3378 unseren
3379 Partner*innen gestalten wir zusammen weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt im
3380 Einklang mit
3381 Krisenfestigkeit, sozialer Gerechtigkeit und innerhalb der planetaren Grenzen.
3382 Um die
3383 globalen Nachhaltigkeitsziele einzuhalten und das globale Zusammenleben
3384 möglichst krisenfest
3385 zu gestalten, braucht es kohärente Politik in allen Politikfeldern.

3386 (357) Internationale Zusammenarbeit mit Staaten und Zivilgesellschaften in
3387 ärmeren Regionen
3388 der Welt ist weder auf Entwicklungszusammenarbeit zu reduzieren noch einseitigen
3389 wirtschafts- oder sicherheitspolitischen Interessen unterzuordnen.
3390 Internationale
3391 Zusammenarbeit basiert vielmehr auf rechtebasierter Kooperation, dem
3392 Partnerschaftsprinzip
3393 bei globalen Herausforderungen.

3394 (358) Die Fehler der Ausbeutung von Mensch und Natur müssen überwunden werden
3395 durch ein
3396 faires und nachhaltiges Wachstums- und Wohlstandsmodell. Aus den Verbrechen des
3397 Kolonialismus erwächst für Deutschland und Europa eine besondere Verantwortung.
3398 Wertegeleitete Politik hat ihr Handeln konsequent auf friedens-, menschenrechts-
3399 und
3400 klimapolitisch kontraproduktive Wirkungen zu prüfen und Schädliches zu
3401 unterlassen.

3402 (359) Es braucht öffentliche Entwicklungsfinanzierung. Sie gehört wirksam
3403 ausgeweitet und
3404 verbessert. Internationale Zusagen müssen verbindlich eingehalten und die
3405 Förderung der
3406 Geschlechtergerechtigkeit muss berücksichtigt werden. In der internationalen
3407 Klimafinanzierung stehen die Industriestaaten gegenüber den ärmeren Ländern bei
3408 der
3409 Anpassung und Bewältigung der Schäden durch die Klimakrise in der Verantwortung.

3410 (360) Als weltweit größter Geber hat die EU ein großes Potential für mehr
3411 Kohärenz und
3412 Effizienz in der globalen Strukturpolitik. Ziel ist mittelfristig eine
3413 europäische
3414 Vergemeinschaftung der nationalen Entwicklungspolitiken der Mitgliedstaaten.
3415 Eine gemeinsame
3416 europäische Entwicklungszusammenarbeit soll zu einem Kern des gemeinsamen
3417 europäischen
3418 Handelns werden.

3419 (361) Die feministische Perspektive ist auch in der gemeinsamen Außen- und
3420 Sicherheitspolitik der EU sowie in der internationalen Handelspolitik zu
3421 verankern und
3422 anzuwenden. Jede Planung und Durchführung von Projekten, etwa der
3423 Entwicklungszusammenarbeit, ist darauf auszurichten, Geschlechtergerechtigkeit
3424 zu fördern
3425 und die gleichberechtigte Teilhabe an sozialen, ökonomischen und politischen
3426 Ressourcen zu
3427 verwirklichen.

3428 (362) Eine lebendige Zivilgesellschaft trägt dazu bei, Korruption und soziale
3429 Ungleichheit
3430 zu bekämpfen. Sie fördert Transparenz, liefert wichtige Fakten und Impulse und
3431 bereichert
3432 öffentliche Debatten. Nachhaltiger Frieden und Demokratie sind auf eine aktive
3433 Zivilgesellschaft angewiesen. Daher gilt es, die Handlungsspielräume einer
3434 kritischen
3435 Zivilgesellschaft global zu verteidigen.

3436 **Handel**

3437 (363) Internationaler Handel verbindet Menschen und Staaten, ermöglicht Teilhabe
3438 an Gütern
3439 und Dienstleistungen und die Verbreitung von Innovationen. Handel ist dabei kein
3440 Selbstzweck, sondern dient einem gerechten Wohlstand und damit der menschlichen
3441 Entfaltung.
3442 Er soll fair gestaltet und demokratisch kontrolliert werden. Er muss zur
3443 Umsetzung der UN-
3444 Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens beitragen, anstatt diese zu
3445 konterkarieren.

3446 (364) Eine demokratische Welthandelsordnung unter dem Dach einer reformierten
3447 WTO soll für
3448 den regelgebundenen Ausgleich von Interessen stehen. Auch fortschrittliche
3449 bilaterale
3450 Abkommen sind wichtige Schritte auf diesem Weg, wenn sie transparent und
3451 demokratisch
3452 zustande kommen und sich an globalen Gemeinwohlinteressen ausrichten.

3453 (365) Europäische Handelspolitik ist ein starkes Instrument, um Umwelt- und
3454 Klimaschutz, die
3455 Einhaltung der Menschenrechte und soziale Standards wie den Schutz von

3456 Arbeitnehmer*innen-
3457 Rechten mit Wirtschaftsinteressen in Einklang zu bringen und weltweit
3458 durchzusetzen.
3459 Bereiche der Daseinsvorsorge, also öffentliche Güter wie beispielsweise Bildung,
3460 Gesundheit
3461 oder Wasser, sind staatliche Aufgaben und unterliegen einem öffentlichen
3462 Interesse.
3463 Sonderrechte und Sonderjustiz für Konzerne sind auszuschließen.

3464 (366) Es braucht weltweit eine regionale Versorgungssicherheit mit
3465 überlebensnotwendigen
3466 Lebens- und Arzneimitteln. Daher dürfen diese nicht allein krisenanfälligen
3467 globalen
3468 Lieferketten überlassen werden, sondern müssen auch im europäischen Binnenmarkt
3469 produziert
3470 werden können.

3471 (367) Handelsabkommen sind stark, wenn sie regionale Wirtschaftskreisläufe
3472 beachten und
3473 Instrumente beinhalten, welche die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele sichern,
3474 wie zum
3475 Beispiel Mindeststandards oder Handelsbeschränkungen.

3476 (368) Fairer Handel braucht einen Abbau der Ungleichgewichte im Welthandel und
3477 in der
3478 Eurozone. Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung und sollte mit
3479 öffentlichen
3480 Investitionen, guten Löhnen oder einer Stärkung der Binnennachfrage seinen
3481 Handelsbilanzüberschuss schrittweise reduzieren.

3482 (369) Ärmere Länder sind im Welthandel mit einer asymmetrischen Zollpolitik zu
3483 stärken. Sie
3484 sollen souverän entscheiden, welche Bereiche ihrer Wirtschaft sie öffnen und
3485 welche sie
3486 vorerst schützen wollen. Industriestaaten müssen unter Berücksichtigung hoher
3487 ökologischer
3488 und sozialer Standards ihre Märkte hingegen für diese Länder öffnen. Denn formal
3489 gleiche
3490 Rechte bei ungleich verteilter ökonomischer Macht führen zu ungerechten
3491 Ergebnissen.

3492 (370) Herstellung, Produktion und Transport der Waren für den europäischen Markt
3493 müssen frei
3494 sein von ausbeuterischer Arbeit, Menschenrechtsverletzungen und Kinderarbeit.
3495 Dafür soll
3496 Fair Trade Standard werden. Das gilt für den gesamten Weg der Lieferketten und
3497 ist über
3498 vollständige Transparenz, etwa durch digitale Verfahren und gesetzliche
3499 Verpflichtungen,
3500 herzustellen.

3501 **Finanzmärkte und Währungsordnung**

3502 (371) Unregulierte globale Finanzmärkte haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts
3503 eine schwere
3504 Wirtschaftskrise ausgelöst und in Schwellenländern immer wieder zu schweren
3505 Verwerfungen
3506 geführt. Kurzfristige, spekulative Finanzströme sollen daher reguliert,
3507 verteuert und
3508 notfalls verboten werden. Auch mit Steuerumgehung und nicht gesicherten
3509 Spekulationen soll
3510 künftig kein Geld mehr verdient werden. Steuersümpfe müssen trockengelegt und
3511 internationale
3512 Steuerhinterziehung muss bekämpft werden.

3513 (372) Nachhaltige internationale Direktinvestitionen fördern die weltweite
3514 Entwicklung und
3515 gehören zu einer starken europäischen Außenwirtschaftspolitik. Eine gerechte
3516 Weltwährungsordnung ermöglicht allen Ländern, nicht nur den wohlhabenden, eine
3517 langfristige
3518 und damit verlässliche Finanzierung von Investitionen. Neben einer Regulierung
3519 von
3520 kurzfristigem Kapitalverkehr braucht es dafür die Stabilisierung von
3521 Wechselkursen.

3522 (373) Nur globale öffentliche Institutionen können uns gegen spekulative
3523 Attacken auf
3524 Staaten und ihre Währungen absichern. Langfristiges Ziel ist daher eine
3525 weltweite
3526 Kooperation der Zentralbanken sowie eine Stärkung und Demokratisierung des IWF.
3527 So soll
3528 Liquidität sichergestellt, dem globalen Finanzmarkt ein stabiler Rahmen gesetzt
3529 und Krisen
3530 sollen so verhindert werden. Die Europäische Zentralbank steht schon jetzt in
3531 der
3532 Verantwortung, die Auswirkungen ihrer Politik auf weniger und am wenigsten
3533 entwickelte
3534 Länder zu berücksichtigen sowie Wechselkurse zu stabilisieren und abzusichern.
3535 So hilft
3536 europäische Geldpolitik, spekulative Kapitalflucht aus diesen Ländern zu
3537 vermeiden und deren
3538 Entwicklung zu fördern.

3539 (374) Überschuldung schadet insbesondere den Ärmsten der Armen. Aber sie bremst
3540 auch die
3541 Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele, gefährdet Gesundheitsversorgung,
3542 Bildung und
3543 Infrastruktur in vielen Ländern. Die internationale Gemeinschaft muss
3544 regelbasierte
3545 Verfahren ermöglichen, um bei Zahlungsunfähigkeit von Staaten durch
3546 Schuldenerlasse,
3547 Zahlungsaufschübe oder einen Schuldenschnitt einen Ausgleich zu finden.

3548 (375) Zu einer weltpolitikfähigen EU gehört eine sichere und starke Währung. Der
3549 Euro soll
3550 zu einer globalen Leitwährung werden. Voraussetzung dafür sind eine gemeinsame
3551 Fiskalpolitik
3552 der EU sowie die Herausgabe sicherer und liquider gemeinsamer Anleihen,
3553 abgesichert mit
3554 eigenen Steuerquellen. Europas strategische Souveränität soll auch durch eigene
3555 europäische
3556 Zahlungssysteme und ein digitales Zentralbankgeld sichergestellt werden.

3557 Migration und Flucht

3558 (376) Migration ist etwas zutiefst Menschliches und war stets Triebfeder für
3559 Entwicklung und
3560 globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von Innovation. Der Globale Pakt für
3561 Migration stärkt
3562 und sichert die Rechte und die Freiheit von Menschen, die in anderen Ländern
3563 leben, arbeiten
3564 oder zur Schule gehen. Er ist Grundlage für die internationale Verständigung zum
3565 rechtsbasierten Umgang mit Migration und soll in diesem Sinne weiterentwickelt
3566 werden. Seine
3567 Prinzipien müssen national verbindlich umgesetzt werden.

3568 (377) Migration braucht legale Zugangswege. Deutschland ist ein
3569 Einwanderungsland. Deshalb
3570 braucht es ein Einwanderungsgesetz mit klaren Kriterien für legale Einwanderung.
3571 Das
3572 schließt mit ein, dass Menschen ihren Status wechseln und zwischen ihrem
3573 Herkunftsland und
3574 dem Wohnort hin- und herreisen können. Menschen, die hier leben, sollen schnell
3575 den Zugang
3576 zu staatsbürgerlichen Rechten bekommen. Dafür braucht es ein modernes
3577 Staatsbürgerschaftsrecht.

3578 (378) Flucht ist, wenn Menschen aufgrund von politischer Verfolgung, Folter,
3579 massiven
3580 Menschenrechtsverletzungen oder Krieg gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.
3581 Das
3582 international verankerte Recht, in einem anderen Land Schutz zu suchen, beruht
3583 auf den
3584 Lehren aus dem Menschheitsverbrechen der Shoah. Die völkerrechtlich
3585 verbindlichen Regeln,
3586 insbesondere der Genfer Flüchtlingskonvention, gelten uneingeschränkt. Das
3587 individuelle
3588 Grundrecht auf Asyl ist Grundpfeiler einer menschenrechtsorientierten Politik
3589 und muss
3590 unangetastet bleiben.

3591 (379) Die weltweite Zahl von Menschen auf der Flucht steigt auch durch
3592 klimabedingte
3593 Katastrophen, die wiederum bestehende Konflikte weiter verschärfen. Ziel muss
3594 sein, durch

3595 Klimaanpassung und -schutz zu verhindern, dass Menschen aufgrund der Klimafolgen
3596 ihre Heimat
3597 verlassen müssen. Menschen, denen Staatenlosigkeit droht oder die dauerhaft ihre
3598 Heimat
3599 verlieren, brauchen Möglichkeiten zur würdevollen Migration. Sie dürfen nicht in
3600 eine
3601 Schutzlücke geraten. Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen
3602 Schutzstatus.

3603 (380) Duldungen bedeuten einen Zustand in der Schwebe, fortdauernde Unsicherheit
3604 und
3605 Perspektivlosigkeit. Ein solcher Ausnahmezustand muss wieder zur Ausnahme
3606 werden. Menschen,
3607 die dauerhaft hier leben, brauchen ein Bleiberecht. Abschiebungen in Kriegs- und
3608 Krisengebiete verbieten sich.

3609 (381) Ordnung braucht Humanität. Humanität braucht Ordnung. Rechtsstaatliche und
3610 geordnete
3611 Verfahren ermöglichen die Wahrnehmung der menschenrechtlichen Verantwortung der
3612 EU. Der
3613 sichere und geordnete Zugang zu einer menschenwürdigen Erstversorgung sowie zu
3614 fairen, nach
3615 völkerrechtlichen Standards ausgerichteten Asylverfahren in Europa ist zu
3616 gewährleisten.
3617 Dafür braucht es kontrollierte EU-Außengrenzen, eine zuverlässige Registrierung
3618 –
3619 perspektivisch über eine eigene europäische Asylbehörde – sowie schnelle,
3620 rechtsstaatliche
3621 Verfahren und ein einheitliches europäisches Asylsystem, das die Verantwortung
3622 innerhalb der
3623 EU fair verteilt.

3624 (382) Um eine humanitäre Versorgung von geflüchteten Menschen auch außerhalb der
3625 Europäischen Union zu unterstützen, sind Kooperation und Solidarität mit
3626 Nachbarstaaten und
3627 weiteren Aufnahmeländern notwendig. Besonderen Schutz brauchen vulnerable
3628 Gruppen wie zum
3629 Beispiel LGBTIQ, Frauen, Kinder, alte und kranke Menschen.

3630 (383) Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die Gründe für Flucht und nicht
3631 die Menschen
3632 auf der Flucht zu bekämpfen. Europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar-
3633 oder
3634 Rüstungsexportpolitik müssen konsequent auf ihre soziale und wirtschaftliche
3635 Wirkungen in
3636 Drittstaaten überprüft werden und nach dem Pariser Klimaabkommen, den
3637 Nachhaltigkeitszielen
3638 der Vereinten Nationen sowie den Menschenrechten gestaltet sein.